

*Kerru Både FEST*

# if 12

## **BENACHTEILIGUNGEN ÜBERWINDEN**

Bundesfrauen-  
konferenz 1973  
Ludwigshafen/Rhein vom  
23. – 25. März 1973

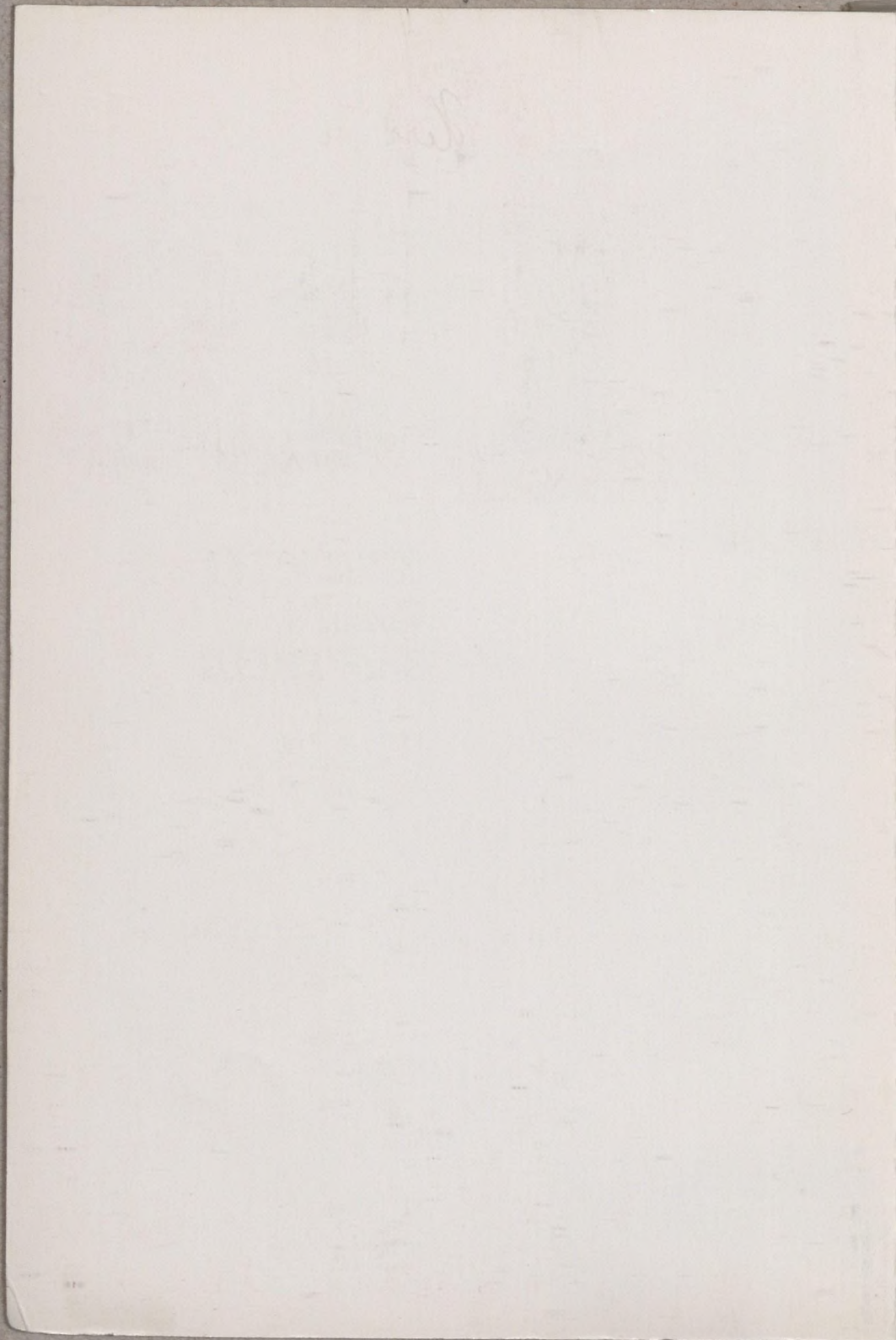
Herausgeber:  
Vorstand der SPD, Bonn

Reihe Frauenpolitik  
Heft 12

**SPD**

Friedrich-Ebert-Stiftung

**A 22 - 01466**



# f 12

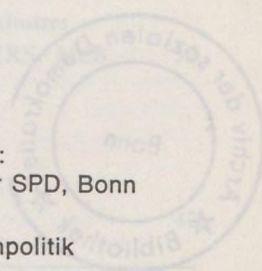
## BENACHTEILIGUNGEN ÜBERWINDEN

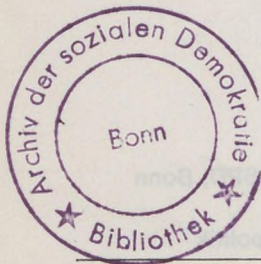
Bundesfrauen-  
konferenz 1973  
Ludwigshafen/Rhein vom  
23. – 25. März 1973

Herausgeber:  
Vorstand der SPD, Bonn

Reihe Frauenpolitik  
Heft 12

# SPD





Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Bonn  
Druck: braunschweig-druck GmbH, 33 Braunschweig, Schloßstraße 8  
1-74-A 1 - 10

X 1594

## Inhalt

	Seite
Vorwort	
ELFRIEDE EILERS, MdB Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen	5
Eröffnung	
ANNEMARIE RENGER, MdB Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der SPD	7
Begrüßung	
DR. KATHARINA FOCKE Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	13
Referat	
„Unser Ziel: Benachteiligungen überwinden“ DR. HANS-JOCHEN VOGEL Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	18
Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden des Bundesfrauenausschusses ANNEMARIE RENGER, MdB und ELFRIEDE EILERS, MdB	32
Erläuterungen zum Rechenschaftsbericht ANNEMARIE RENGER, MdB Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses	40
Auszüge aus der „Selbstverständnisdiskussion“ der Bundesfrauenkonferenz Ludwigshafen	46

	Seite
Berichte der Arbeitsgruppen:	
A = Familie	88
B = Wirtschaft und Verbraucherpolitik	94
C = Steuerpolitik	99
D = Bauen, Wohnen und Umwelt	102
E = Schulische und berufliche Bildung	106
Entschlüsseungen	109
Anschriften des Bundesvorstandes der ASF	111



## Vorwort

**Elfriede Eilers, MdB**

Vorsitzende der ASF  
Mitglied des Präsidiums der SPD

In einem unterschied sich die „Bundesfrauenkonferenz 1973“ im Vergleich zu den Tagungen in den Jahren zuvor von vornherein – das Interesse der Öffentlichkeit für das erwartete Geschehen war von Anfang an groß. Schon die Vorbereitungen dazu wurden aufmerksam beobachtet und kommentiert, auch das Presseecho nach der Tagung war zahlreich.

Von der Bundesfrauenkonferenz wurde Spektakuläres erwartet.

Für die Frauenarbeit in der Partei waren nach einheitlichem Organisationsprinzip die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen gebildet worden. Der Bundesfrauenausschuß, ein bisher vom Parteivorstand bestelltes Beratungsgremium, sollte durch einen Bundesvorstand abgelöst werden, der erstmals von ebenfalls schon durch Wahlen legitimierte Delegierte zu wählen war. Die Personaldebatte begann frühzeitig, und auf der Konferenz war mit einer intensiven Diskussion über die Aufgaben und Ziele sozialdemokratischer Frauenarbeit zu rechnen.

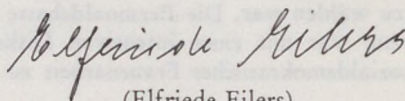
Die Frage nach dem Selbstverständnis unseres Wirkens wurde mit z. T. sehr konträren Standpunkten ausgiebig erörtert. Der Bundesvorstand der ASF wurde gewählt. Die Unterschiede im Alter und im politischen Standort seiner Mitglieder bieten nun – so meine ich – die Gewähr, daß theoretische Grundsätze wie praktische Erfahrungen und Gesichtspunkte in seine Beratungen und Beschlüsse mit einfließen werden.

Dabei sehe ich unsere Ziele so: Noch sind Abhängigkeiten in unserer Gesellschaft zu finden. Leidtragende sind vor allem die Frauen. Durch Reformen müssen wir zu gleichberechtigten Lebenschancen für alle kommen. Die SPD, als fortschrittliche, auf die Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen ausgerichtete Partei, hat hier eine verantwortungsvolle Aufgabe.

Wir Sozialdemokratinnen müssen mit dafür Sorge tragen, daß der Frau in vollem Maße die Rolle als Partner in der Familie, im Beruf und im öffentlichen Leben zukommt. In einer so veränderten Gesellschaft wird dann eine besondere Frauenarbeit überflüssig sein, denn Politik ist dann eine Aufgabe für uns alle.

In diesem Sinne lautete das Motto unserer Bundesfrauenkonferenz 1973 „Benachteiligungen überwinden“. Durch diese Veröffentlichung soll noch einmal dokumentiert werden, was politisch denkende und handelnde Frauen zu diesem Thema beizutragen haben. Die Anträge und Beschlüsse sowie Diskussionsbeiträge der Bundesfrauenkonferenz sind die Grundlage für unsere Initiative der nächsten Zeit in der Partei wie in der Öffentlichkeit. Es geht darum, durch Argumentation und Aktion auf den verschiedensten Ebenen, sei es im Ortsverein oder im parlamentarischen Raum, auf die politische Willensbildung so einzuwirken, daß konkrete Verbesserungen für die Frau erreicht werden. Wichtig ist dabei vor allem, daß die Frauen selbst sich ihrer politischen und gesellschaftlichen Situation stärker bewußt werden und zu ihrem eigenen Vorteil auf Veränderungen drängen. Wir erwarten aber auch die Solidarität unserer Genossen in diesem Veränderungsprozeß.

Der Bundesvorstand der ASF wird sich, unterstützt von allen aktiven Genossinnen, bemühen, in diesem Sinne zu arbeiten. Vieles ist noch zu tun. Es wäre zu wünschen, daß die nächste Bundesfrauenkonferenz wieder die gleiche Publicity zu verzeichnen hat – da wir dem Ziel der Emanzipation der Frau erfolgreich näher gekommen sind und auf ein gute Bilanz verweisen können.



(Elfriede Eilers)

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft  
Sozialdemokratischer Frauen





## Eröffnung

Bundestagspräsidentin

**Annemarie Renger, MdB**

Vorsitzende des Bundesfrauen-  
ausschusses der SPD

Diese Bundesfrauenkonferenz ist ein neuer Beginn sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik, deren Motto „Unser Ziel – Benachteiligungen überwinden“ der Partei im politischen Raum wie auf allen parlamentarischen Ebenen die Verpflichtung auferlegt, ihre Aufgabe noch ernster zu nehmen, nämlich die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten und die Ungleichheit abzubauen und überwinden zu helfen.

Diese Konferenz setzt sich zum ersten Mal aus gewählten Delegierten zusammen, die einen Vorstand von neun Mitgliedern wählen werden, dem ein Bundesausschuß als beratendes Gremium beigeordnet wird.

Damit ist der Weg frei zu einer eigenständigen Arbeitsgemeinschaft, die sich gemäß den Richtlinien und entsprechend den Grundsätzen für die Arbeitsgemeinschaften innerhalb der SPD als Teil der Partei versteht, und deren Aufgabe es weiterhin ist, in die Gesellschaft hineinzuwirken, um die Benachteiligungen und Ungleichheiten bewußt zu machen und um die Kräfte zu wecken, die in und mit der SPD die Reformpolitik durchsetzen wollen.

Dabei sollten wir uns darüber klar sein, daß die Arbeitsgemeinschaften kein Selbstzweck sind, und sich nicht neben der Partei oder gar gegen sie entwickeln dürfen. Mit dem der ASF gegebenen neuen Auftrag erwächst vielmehr eine noch größere Verpflichtung, uns die Interessen der Menschen, die wir vertreten, zu eigen zu machen, und die Integration – gerade auch der Frauen – in die Partei und in die Gesellschaft voranzutreiben.

Den Auftrag, die mit dem Wahl- und Regierungsprogramm vorgelegte sozial-liberale Reformpolitik durchzusetzen, hat die SPD am 19. November 1972 mit über 17 Millionen Wählerstimmen erhalten. Zu diesem groß-

artigen Wahlerfolg haben die Frauen in besonderem Maße beigetragen. Zum ersten Mal haben mehr Frauen als Männer SPD gewählt und zum ersten Mal haben mehr junge Menschen – gerade auch junge Wählerinnen und Erstwähler – SPD gewählt. Die Ausrechnungen liegen z. Z. noch nicht aus allen Bundesländern vor, aber es läßt sich schon sagen, daß von den Zweitstimmen der Frauen insgesamt rund 49 % auf unsere Partei entfielen. Den stärksten Anteil daran haben die 18- bis 24-jährigen Wählerinnen mit rund 63 % für die SPD.

Endlich haben alle Arbeitnehmerschichten verstärkt unsere Partei gewählt – und hier besonders die ungelerten und angelernten Arbeitnehmerinnen – die sich bisher offensichtlich vernachlässigt fühlten oder gar die Illusion hatten, eine konservative Regierung würde ihre Interessen besser vertreten.

Auch in der Mitgliederstruktur unserer Partei wird das gewachsene Engagement der Frauen deutlich. Erfreulicherweise konnte ein sehr starker Zugang von jüngeren Frauen bei der Erwerbung der Mitgliedschaft verzeichnet werden. Daß diese Entwicklung jetzt eingesetzt hat, ist sehr zu begrüßen. Die älteren Genossinnen unter uns werden sich noch gut erinnern, wie sehr wir um die aktive Mitarbeit dieser jüngeren Frauen gekämpft haben. Der Erfolg ist erfreulich.

Die Wähler- und Mitgliederstruktur unserer Partei – wir vertreten jetzt etwa 180 000 weibliche Mitglieder – stellt uns vor die große Aufgabe, daß wir uns um die am meisten benachteiligten Schichten kümmern müssen. Ich brauche nur das Problem der Leichtlohngruppen und der Lohnabschläge anzusprechen. Diesen benachteiligten Gruppen müssen wir mehr als anderen politisch und sozial Hilfestellung geben.

Diese Frauenkonferenz unmittelbar vor dem Bundesparteitag in Hannover, findet in einer Zeit statt, in der erneut und heftig die Frage nach dem Standort und dem Zustand der Partei gestellt wird. Es ist selbstverständlich, daß diese Fragestellung auch die Situation der Frauen in unserer Partei und in der Gesellschaft besonders anspricht und einschließt. Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen sehr herzlichen und aufrichtigen Dank an die Bundestagsfraktion der SPD zu sagen, die vor wenigen Tagen das, was wir auf der letzten Bundesfrauenkonferenz zu § 218 StGB verabschiedet haben, nun in einem Antrag Wirklichkeit werden läßt. Daß dies so weit gediehen ist, ist im besonderen der Aktivität und der Initiative von unzähligen Frauen in diesem Lande zu verdanken, die sich in einmaliger Solidarität für ein politisches und gesellschaftliches Problem interessiert haben.

Bereits auf unserem Frauenkongreß in Saarbrücken im Jahre 1968 konnten wir feststellen, daß das politische Engagement und das Interesse der Frauen, und hier besonders der jüngeren Frauen, ständig wächst. Dies hat in der ASF



*Blick ins Plenum*

zu Spannungen geführt. Lassen Sie mich versuchen, die Ursache und den Hintergrund dieser Spannungen aufzuzeigen.

Zu den Frauen, die inzwischen unserer Partei beigetreten und nachgewachsen sind, gehören viele, die Dank der in Bund und in den Ländern vorangetriebenen Bildungspolitik den geistigen Vorsprung des sogenannten Bildungsbürgertum abbauen konnten. Sie haben die gesellschaftlichen Unzulänglichkeiten besser analysieren und artikulieren gelernt als vorangegangene Generationen.

Viele junge Menschen mit diesem Hintergrund sind der Ansicht, daß Reformen viel zu langsam vorangehen, die notwendigen Änderungen zu lange auf sich warten lassen. Sie stellen die Effektivität von Reformen überhaupt in Frage. Sie empfinden, bezogen auf die Situation der Frau, ihre Benachteiligung und Unterdrückung, als allein dem kapitalistischen System immanent, was durch eine radikale Veränderung des Systems selbst überwunden werden könne. Meine Meinung dazu ist, das möchte ich hier besonders hervorheben, und ich hoffe, daß das im Laufe der Diskussion nachdrücklich diskutiert wird, daß von dieser Einstellung zwar eine anregende Aktivität ausgeht, daß aber diese sehr einseitige Betrachtung das Problem nicht trifft, höchstens in Teilaspekten herangezogen werden kann und uns damit auch keine Lösungsmöglichkeiten anbietet.

In Ihren Unterlagen befindet sich ein Papier der Jungsozialisten, das den Versuch einer Analyse der Situation der Frau in unserer Gesellschaft macht. Hierzu ist zu sagen, daß vieles, was darin steht, von jedem von uns unterschrieben wird, daß aber der Ansatz noch sehr überdacht werden muß. Denn – liebe Genossinnen und Genossen – wenn dieser Ansatz richtig wäre, wie er da steht, wären über 100 Jahre sozialdemokratische Politik und Gewerkschaftsarbeit eigentlich nicht sehr erfolgreich gewesen.

Die SPD will den demokratischen Sozialismus, aber sie will keinen Sozialismus, der den parlamentarischen Weg verwirft, und in Reformen etwas nahezu prinzipiell Unzulängliches sieht. Das Godesberger Programm beruht auf der Überzeugung, daß sich der Sozialismus, den die SPD anstrebt, nur in der verfassungsmäßigen Ordnung der parlamentarischen Demokratie verwirklichen läßt. Ich meine, wer im parlamentarisch-demokratischen Verfahren und im pragmatischen Vorgehen bei der Änderung der Verhältnisse etwa eine Kapitulation vor der Herrschaft des Kapitalismus sieht, müßte nicht nur bereit sein, seine Alternativen in Theorie und Praxis auf den Tisch zu legen, sondern sich auch fragen, ob er in der Tat diese Partei für die richtige für ihn hält.

Unsere Partei hat in den wenigen Jahren ihrer Regierungsverantwortung in der sozial-liberalen Koalition mehr für die Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen in der Gesellschaft getan als andere Regierungen in nahezu zwei Jahrzehnten vor ihr.

Die Gesellschaft, in der wir leben, hat sicher viele Mängel und Unzulänglichkeiten, aber sie hält jedem Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Ordnungen stand. Darüber hinaus gehört es zu den ungeheuren Vorzügen, daß wir mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie zu erreichen versuchen, was im Godesberger Programm der demokratische Sozialismus genannt wird oder eingängig heißt „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“. Für jeden Sozialdemokraten gibt es nur den demokratischen Weg zur Erreichung dieses Zieles.

Willy Brandt hat auf der Parteiratssitzung am 10. Dezember 1972 und am 17. März dieses Jahres warnende und uns alle zum Nachdenken zwingende Worte gesprochen. Hier meine ich nicht die aus dem Zusammenhang gerissene und dadurch falsch interpretierte Bemerkung über seine Rücktrittsdrohung, sondern die über die Glaubwürdigkeit der Partei gegenüber denen, die sie am 19. November 1972 gewählt haben. Das heißt, liebe Genossinnen und liebe Genossen, wenn wir 1976 die Wahl wieder gewinnen wollen – und das wollen wir ja wohl alle – brauchen wir in unserer Partei keinen Einheitsbrei von Meinungen aber, bei einem selbstverständlichen Pluralismus der Auffassungen von Methoden und theoretischen Erkenntnissen, brauchen wir die Gemeinsamkeit der Grundüberzeugungen, die Gemeinsamkeit der Ziele. Das bedeutet auch, daß man die Wirklichkeit nicht

der Theorie unterordnen kann, nur damit die Theorie stimmt. Kurt Schumacher hat einmal gesagt, der Sozialismus hat nur dann seine Berechtigung, wenn er den Menschen ein bißchen mehr Glück bringt. Das bedeutet aber doch wohl vor allem, persönliche Freiheit und Entfaltung, individuelle Gestaltung des eigenen Lebens bei Anerkennung der gesellschaftlichen Notwendigkeiten.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich bitte mir zu verzeihen, daß ich in meine Begrüßungsworte, die ja auch zugleich die Beendigung einer mir übertragenen Aufgabe bedeuten, meine Besorgnisse und vielleicht auch meine Mahnungen ausgesprochen habe. Es ist nicht darüber hinwegzusehen, daß in unserer Partei die Auseinandersetzungen manchmal über das normale Maß von Meinungsverschiedenheiten hinausgehen. Die Tatsache, daß sich gerade an der vielzitierten Basis manchmal Resignation und auch Unmut breitmachen, sollte uns alle zum Überdenken der eigenen Position zwingen. Lassen wir uns vor allen Dingen nicht von außen Gegensätze und Provokationen aufzwingen, die uns nur schaden wollen, und die die Unsicherheit und Zerrissenheit anderer verdecken.

Ich las in einer unserer Illustrierten eine Überschrift „Anders als Annemarie“. Anders als Annemarie wird selbstverständlich jeder neue Vorstand der ASF seine Aufgaben sehen, umso mehr, als die Gegebenheiten völlig andere sind als in der Vergangenheit. Bezogen auf diesen Artikel möchte ich eines ganz deutlich sagen: Wer in der Loyalität und Solidarität zu dem vom Parteitag gewählten Parteivorstand und seinem Vorsitzenden Abhängigkeit oder gar Unterwürfigkeit sieht, der hat das Wesen einer demokratischen Partei und besonders der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht verstanden.

Wer die demokratisch gewählten Genossinnen und Genossen zum Establishment abstempelt, das es zu bekämpfen gilt, der muß sich fragen lassen, ob er nicht überhaupt ein anderes System meint, das es zu schaffen gilt. Ein System freilich, und das sage ich mit aller Härte, das dann für meine Begriffe mit der SPD nichts mehr gemeinsam hat.

Diese Partei hat aus der Opposition heraus diesen Staat mitgestaltet, und sie hat nun endlich die Gelegenheit, noch mehr zu tun, um der sozialen Gerechtigkeit und der Befreiung der Frau zum Durchbruch zu verhelfen. Wir dürfen uns als freie Bürger in einem freien Staat fühlen. Aber die letzten Fesseln der Unfreiheit werden erst abgestreift sein, wenn wir nicht nur besser, sondern auch würdiger leben, und dieses Würdiger-Leben, schließt auch das Menschliche ein. Dafür arbeiten wir. Nicht nur in unserem Lande. In ganz Westeuropa erkennen die verantwortlichen Staatsmänner und Politiker überhaupt, daß die Krisenerscheinungen letzten Endes in einer Zivilisation wurzeln, die der Erneuerung bedarf. Der wirkliche innere Frieden, nach dem sich die Völker sehnen, wird erst gesichert sein, wenn diese Erneuerung gemeistert ist. Nach unserer Überzeugung ist der demokratische

Sozialismus mit seinem ethischen, philosophischen und materiellen Inhalt die Chance für eine neue Gesellschaft. Ihn – den demokratischen Sozialismus – als ständige Aufgabe zu begreifen, und als kategorischen Imperativ zu verwirklichen, dazu sind wir hier alle angetreten.

Die Konferenz ist damit eröffnet.



## Begrüßung

**Dr. Katharina Focke**

Bundesminister für Jugend, Familie  
und Gesundheit

Liebe Genossen, liebe Genossinnen. Die Bundestagswahl 1972 liegt hinter uns. Wir Frauen haben zu ihrem Erfolg für die Sozialdemokratische Partei beigetragen, obwohl es ebenso müßig wäre, diesen Erfolgsanteil zu definieren, wie den der Jusos, Lehrer, Ärzte, Selbständigen. Wichtig ist, daß wir uns alle *zusammen* mitsamt den Gliederungen der Partei sagen können: wir haben nach unseren Kräften dazu beigetragen, damit Willy Brandt wieder Bundeskanzler wurde, wobei ihm selbst ein herausragender Verdienst hieran zukommt.

Und wichtig ist, daß eine überzeugende Mehrheit der Wähler uns – zusammen mit dem Koalitionspartner FDP, vergessen wir das nicht – ihr Vertrauen ausgesprochen hat und damit sowohl das Geleistete wie das in unserer Wahlplattform Verkündete honoriert hat. Die Mehrheit der Wähler und, *zum ersten Mal in der deutschen Geschichte*, die Mehrheit der Frauen. Daran zu Beginn unserer Bundesfrauenkonferenz zu erinnern, soll – wie gesagt – keine selbstgefällige Zuschreibung sein. Es gehört zur Beschreibung des Standorts, an dem wir uns heute befinden.

Vor uns liegen Aufgaben. Um die geht es, nach vorn gewandt. Die Themen der Arbeitsgruppen heute nachmittag und der Anträge, die uns vorliegen, bersten vor Aufgaben. Genossinnen, ich hoffe, daß ihre Fülle und unsere Ungeduld uns nicht hindern, sie in den Griff zu bekommen, gedanklich und sprachlich hier, konkret und realisierend dann, jede in ihrem Aufgabenbereich.

Die Grundlage, von der aus wir an sie herangehen, war noch nie so solide. Der Weg zu unserem Ziel: Benachteiligungen überwinden, lag noch nie so deutlich und gangbar vor uns.

So richtig es ist, daß nur wer das Ziel kennt, den Weg finden kann, so

richtig ist es auch, daß man auf den Weg achten und ihn Schritt für Schritt gehen muß.

Um mit dem Dichter zu sprechen: Blick auf zu den Sternen, hab' acht auf die Gassen! Und die Gassen, lieben Genossinnen, sind immer noch steinig genug. Zieldiskussionen und gesellschaftspolitische Zukunftsplanungen und -forderungen dürfen uns nicht stolpern oder auf der Stelle treten lassen. Die Bürger erwarten, müssen erwarten, daß wir in der Gegenwart handeln, mit Augenmaß für das, was zugleich notwendig und möglich ist. Gehen wir so an die Aufgaben heran, mit denen wir Benachteiligungen überwinden können.

Damit wäre ich wieder beim Stichwort der Bundesfrauenkonferenz. Welche Benachteiligungen sind vor allem gemeint, auf welche wollen wir uns konzentrieren. Die Benachteiligung *der* Frau? Wir sind längst davon abgekommen, von *der* Frau zu sprechen, sondern differenzieren nach sehr unterschiedlichen Situationen und Lebenslagen von *Frauen*. In diesem Zusammenhang möchte ich dafür plädieren, daß wir verstärkt unser Augenmerk auf die Probleme besonders benachteiligter Frauen richten. Neulich hat sich z. B. Lieselotte Funcke, die FDP-Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, kritisch dazu geäußert, daß Frauen nicht Pilotinnen bei der Lufthansa werden dürfen. Das ist gewiß zu kritisieren. Aber es scheint mir nicht die schlimmste Benachteiligung zu sein, die wir zu überwinden haben. Wir werden uns überhaupt davor hüten müssen, die Probleme zu sehr aus unserer Sicht zu sehen. Wir alle, die wir hierher gekommen sind, dokumentieren schon allein durch diese Anwesenheit, daß wir Rechte und Möglichkeiten in Anspruch genommen haben, die eigentlich allen Frauen zustehen: Das Recht auf politische Betätigung, auf öffentliche Mitsprache, auf fundierte Schulbildung und qualifizierte Berufsausbildung. Aber tausende und abertausende von Frauen in unserem Land *wissen* überhaupt nicht, welche Rechte sie haben, welche Möglichkeiten der Staat ihnen bietet, wo ihre Chancen liegen. Solidarität mit den benachteiligten Frauen ist deshalb der erste Schritt zur Überwindung der Benachteiligung.

Wir dürfen uns nicht isolieren als Emanzipationsbewußte, die es relativ weit gebracht haben, aber als Vorreiter bloß um *ihre* eigene vollkommene Gleichberechtigung kämpfen, während die größere Zahl der wirklich unterprivilegierten Mädchen und Frauen ohne unsere sichtbare und verständliche Hilfe abseits stehen und unsere großen Ziele und Worte nicht begreifen, ja nicht einmal hören. Solidarität sozialdemokratischer Frauen mit den benachteiligten Frauen unserer Gesellschaft, das heißt, die Probleme der anderen sich zu eigen machen;

das heißt, gemeinsam handeln, um einzelnen zu helfen;

das heißt, durch eigenes Wissen eine Kettenreaktion an Wissen auszulösen.



Mir geht es – innerhalb der *insgesamt* benachteiligten Frauen – um die am meisten benachteiligten: in den Leichtlohngruppen, in den Obdachlosensiedlungen, in den Gastarbeiterunterkünften, um die ledige Mutter und die alleinstehende ältere Frau, die auf Sozialhilfe angewiesen ist. *Ihnen* gegenüber vor allem müssen wir Solidarität in Form von konkreten politischen Taten – aber auch in persönlichem Einsatz beweisen.

Die Diskussion über die Reform des § 218 stellt den aktuellsten Beitrag zu diesem Thema dar. Seit Jahren haben wir uns eingehend mit dem Für und Wider der Fristenlösung beschäftigt.

Wir alle haben uns die Wahl zwischen Indikations- und Fristenlösung nicht leicht gemacht. Die vor drei Tagen getroffene Entscheidung der Fraktion für die Fristenlösung, zusammen mit den sogenannten sozial-flankierenden Maßnahmen, die wir in Wirklichkeit als die Hauptsache betrachten, ist nicht zuletzt das Ergebnis intensiver Überlegungen, wie den benachteiligten Frauen am besten geholfen werden kann. Für die Frauen, die über Wissen, Beziehungen und Geld verfügen, gab es schon immer Möglichkeiten, diesen Paragraphen zu umgehen. Aber gerade Frauen, die durch eine Schwangerschaft schweren seelischen und sozialen Konflikten ausgesetzt sind, deren Lebens- und Berufschancen entscheidend beeinträchtigt werden, gerade diese Frauen sind oft gezwungen, ihr Leben bei sachkundigen Eingriffen zu riskieren, weil ihnen andere Möglichkeiten verwehrt sind.

Wir sind für eine Humanisierung und Liberalisierung des § 218 eingetreten, um den benachteiligten Frauen die gleichen Chancen einzuräumen wie den bessergestellten. Aber genauso intensiv müssen wir uns nun darum kümmern, daß jede Frau über Familienplanung und Empfängnisverhütung kostenlose Beratung erhält und erfährt, wo und wie ihr geholfen werden kann.

Wir setzen uns für das Recht jeder Frau ein, selbst zu entscheiden, ob sie ein Kind bekommen will oder nicht. Wenn sie sich aber *für* das Kind entscheidet, verdient sie ganz besonders unsere Verbundenheit und Mitverantwortung. Alleinstehende Mütter mit Kindern – vor allem ledige, aber auch geschiedene oder verwitwete Frauen – müssen alle Aufgaben allein bewältigen, die in der Vollfamilie partnerschaftlich geteilt werden *können*. Was können wir tun, um diesen Frauen zu helfen? Dafür, daß die alleinstehende Mutter oder diejenige, die aus anderen Gründen einem Beruf nachgehen *muß*, bevorzugt für ihr Kind im Vorschulalter einen Platz im Kindergarten oder -hort erhält, muß politisch schneller und nachdrücklicher gehandelt werden. Aber es ist auch denkbar, daß andere Mütter mit einspringen. Vergessen wir bitte vor lauter Rufen nach dem Staat die *persönlichen* Möglichkeiten, Benachteiligungen überwinden zu helfen, nicht.

Auf Ganztagschulen dringen Sozialdemokraten nicht zuletzt aus demselben Grund. Bis es soweit ist, müssen wir improvisieren, in der Kommu-

nalpolitik durch verschiedene Formen der Hilfen bei Schularbeiten, auch in Obdachlosensiedlungen und für Gastarbeiterkinder. Aber auch persönliche Hilfsbereitschaft in ganz konkreten Fällen, kann über Lebenschancen entscheiden.

Eine echte wirtschaftliche Hilfe für die alleinstehende Mutter mit Kindern wäre die Einführung sogenannter Unterhaltsvorschußkassen zur Sicherung des Unterhalts der Kinder. Diese Kassen würden der Mutter zivil- und strafrechtliche Verfahren gegen den Unterhaltspflichtigen ersparen, und den Weg über die Sozialhilfe überflüssig machen. Das Modell der „Pflegetante“, wie es im familienpolitischen Programm der SPD skizziert ist, ist im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit mitentwickelt worden.

Zu den Frauen, die unter erschwerten Bedingungen leben, gehören auch die Mütter mit behinderten Kindern. Damit es sie in Zukunft so wenig wie möglich gibt, hat seit 1971 jedes Kind bis zum vierten Lebensjahr Anspruch auf sieben Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten, die seine körperliche oder geistige Entwicklung gefährden könnten. Eine Novelle zum Bundessozialhilfegesetz, die gestern auf der Tagesordnung des Bundestages stand, wird auch Müttern behinderter Kinder neue Hilfen zuteil werden lassen.

Neulich berichtete eine Frauenzeitschrift über eine Mutter mit zwei behinderten Kindern, die seit Jahren keinen freien Nachmittag, geschweige denn Urlaub hatte. Von der Nachbarschaft gemieden, die mit den Kindern nichts zu tun haben möchte, lebt sie in einer Isolierstation ohne Mauern. Hier liegen gewiß politische Versäumnisse vor. Aber noch mehr müssen wir auch durch direkte Hilfe in einem solchen Fall die Forderung nach Verbesserung der Qualität des Lebens wörtlich nehmen. . .

Ich möchte nicht mißverstanden werden, als ob ich von der gesellschaftspolitischen Verantwortung – wer immer sie hat – ablenke. Aber alle Forderungen an Staat und Gesellschaft dürfen, können menschliche Initiative und Solidarität nicht ersetzen.

Obdachlosensiedlungen, Übergangshäuser und soziale Brennpunkte versuchen wir verstärkt aufzulösen, bzw. in eine normale Umgebung zu integrieren. Sozialarbeit, Erziehungshilfen, Bildungsreform, Wohnungsbau, Stadtplanung, Ausbildungshilfen – das sind hier die Stichworte, und hinter jedem stehen gesetzliche und andere Maßnahmen und Vorhaben der Bundesregierung. Trotzdem: auch hier bietet sich noch für sozialdemokratische Frauen ein weites Feld, gesellschaftspolitische Forderungen in die Praxis umzusetzen.

*Eine* äußerst benachteiligte Gruppe sind die Gastarbeiterinnen oder Frauen von Gastarbeitern in unserem Land. Sie tragen dazu bei, das Sozialprodukt in der Bundesrepublik zu steigern, aber die gesellschaftliche Integra-

tion wird ihnen vorenthalten. Spät, aber entschieden macht die Bundesregierung den Versuch, das Problem der Gastarbeiter grundsätzlich und in all seiner Komplexität, unter Einbeziehung der europäischen Ebene, anzugehen. Daneben gibt es persönliche Initiativen, auch zunehmend von sozialdemokratischen Arbeitskreisen.

Hinweise auf berufliche und sprachliche Bildungsmöglichkeiten, die Vermittlung bei der Wohnungssuche, die Mühe, einem Gastarbeiterkind zusammen mit dem eigenen bei den Hausaufgaben zu helfen, sind keine weltbewegenden Initiativen, aber auch sie überwinden Benachteiligungen.

Das war ein kleiner Ausschnitt. Er zeigt konkrete dringende Aufgaben auf dem Gebiet der Gesetzgebung, der personalen Hilfen.

In vielem fühle ich mich selbst angesprochen oder mitangesprochen als sozialdemokratischer Minister für Jugend, Familie und Gesundheit, „fachlich“, wie es so schön heißt oder auch, weil ich durch die Zuständigkeit für die Politik für Frauen in der Bundesregierung eine besondere Verantwortung trage.

Aufklärung, Information, Vorurteilsbekämpfung gehören gewiß dazu, und ich werde die mir gegebenen Möglichkeiten nutzen. Zu analysieren und zu erforschen ist gewiß noch vieles. Kommissionen können nützliche Arbeit leisten. Theorie kann hilfreich sein, Methode ist unerlässlich, um die Prioritäten abzuwägen, die Ressourcen am sinnvollsten einzusetzen, die Schritte richtig zu tun und dabei so zu reden und zu diskutieren, daß wir verstanden werden. Dies alles zusammen ist eine Strategie mit Arbeitsteilung und wir sozialdemokratischen Frauen haben dabei unseren Platz zu bestimmen, zusammen und in Aufgabenverteilung.

Eins weiß ich dabei gewiß: Diese Aufgaben sind schon heute und morgen gestellt. Viele von ihnen kennen wir bereits sehr genau und je konkreter wir über sie diskutieren, umso mehr werden wir in ihnen übereinstimmen können, auch wenn wir von unterschiedlichen Denkrichtungen her, wie das Godesberger Programm dies auch voraussetzt, an sie herangehen. Machen wir uns an die Arbeit, und tun wir dabei vor allem etwas für die, die am meisten benachteiligt sind.



## Referat: „Benachteiligungen überwinden“

**Dr. Hans-Jochen Vogel**

Bundesminister für Raumordnung,  
Bauwesen und Städtebau

Liebe Genossinnen und Genossen. Ich bin eingeladen worden, vor dieser Konferenz ein Grundsatzreferat zu halten. Dieser Einladung bin ich gerne nachgekommen. Denn ich meine, es ist eine Notwendigkeit, daß auf einer Bundesfrauenkonferenz auch die Grundsatzfragen behandelt werden, die uns alle, die die ganze Partei angehen. Die speziellen Probleme auch und gerade der Frauen lassen sich nicht aus dem allgemeinen Zusammenhang lösen. Wer beispielsweise die Mitbestimmung zu Recht zu einem zentralen politischen Anliegen erhebt, der muß diese Mitbestimmung nicht zuletzt der Gruppe unseres Volkes einräumen, die vorläufig in den Funktionen unseres Staates, in den Funktionen im wirtschaftlichen Bereich, aber auch in den Funktionen unserer Partei gemessen an ihrer Stärke am deutlichsten unterrepräsentiert ist, und das sind die Frauen.

Der Ausbruch aus dem Ghetto der Frauenthemen, die in den Programmen übrigens auch heute noch meist zwischen der Agrarwirtschaft und der Kunst in einer Verlegenheitsrubrik eingeordnet werden, ist dazu sicherlich ein wichtiger Schritt.

Ich will versuchen, meinen Auftrag zu erfüllen, indem ich zunächst auf die allgemeinen Zielsetzungen des demokratischen Sozialismus eingehe, dann die Herausforderungen darstelle, die in den letzten 15 Jahren neu auf uns zugekommen sind, und schließlich erörtere, welche konkreten Antworten wir auf diese Herausforderungen unter Beachtung unserer allgemeinen Zielsetzungen zu geben vermögen.

Dabei wird sich zeigen, daß wir bisher nur über einen Teil dieser Antworten einig geworden sind. Über einen anderen Teil aber noch in einer mitunter sehr kontroversen Form diskutieren. Daran soll sich noch eine kurze Schlußbemerkung knüpfen.

Die Ziele sozialdemokratischer Politik sind seit 1959 in unserem Godesberger Grundsatzprogramm in verbindlicher Weise festgelegt. Manche haben dieses Programm sehr vordergründig als ein Programm der Anpassung an die damals herrschenden konservativen und restaurativen Tendenzen des Zeitgeistes und als eine Abkehr von den Traditionen der Arbeiterbewegung mißinterpretiert. Auch in der Partei selbst hat es solche Deutungen gegeben. Aber die führen am Kern der Sache vorbei, die führen in die Irre. Gewiß, das Godesberger Programm hat die Partei vor dem Hintergrund der Weimarer Erfahrungen und der Erfahrungen mit den faschistischen und stalinistischen Gewaltssystemen und unter dem Eindruck der gewaltigen technisch-wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus den Fesseln eines orthodoxen starren Marxismus gelöst und ausdrücklich festgestellt, daß der demokratische Sozialismus im Geiste Kurt Schumachers für die christliche Begründung ebenso offen stehe wie für die humanistisch-ethische oder die marxistische.

Das Programm hat festgelegt, daß die Partei keine Ersatzkirche ist, die letzte Wahrheiten verkündet, daß sie keinen Absolutheitsanspruch erhebt, und daß der Sozialismus nicht einen eines Tages zu erreichenden Endzustand im Sinne eines irdischen Paradieses, sondern eine immerwährende, eine dauernde Aufgabe darstellt. Das war mehr noch in der Theorie als in der Praxis, die ja auch zu Zeiten Bebels nicht anders gehandhabt wurde, sicherlich ein Fortschritt. Ein Fortschritt war es auch, daß an die Stelle des Satzes „Demokratie das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“, der in der Weimarer Republik häufig genug zu hören war, der andere Satz trat: „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus erfüllt“.

Aber – das haben manche verdrängt und die Konservativen, die sich jetzt mit solcher Inbrunst auf das Godesberger Programm berufen, als ob sie es selber am liebsten übernehmen wollten, haben es wahrscheinlich gar nicht gelesen. Das Godesberger Programm sagt mit gleicher Klarheit, daß der demokratische Sozialismus eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung, ja insgesamt eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft anstrebt. Nicht als Selbstzweck und nicht, um die Menschen zu einem verordneten Kollektivglück zu zwingen, sondern um immer wieder aufs Neue die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß jeder Einzelne seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.

Das ist unverändertes Ziel aller sozialdemokratischen Politik. Daran muß sich alles messen lassen, was Sozialdemokraten im politischen Bereich tun oder unterlassen. Natürlich ist die Welt seit der Verabschiedung des Godesberger Programms nicht stehengeblieben. Zu den alten Problemen und

Herausforderungen des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht, der tödlichen Bedrohung durch atomare Rüstung, der ungerechten Verteilung materieller Güter, der mangelnden Chancengleichheit, mit denen sich die Väter des Programms konfrontiert sahen, sind neue hinzugekommen, von denen wir im Jahre 1955 keine oder höchst unzulängliche Vorstellungen besaßen. Die zentralste dieser neuen Herausforderungen ist sicherlich die These, daß wir den Prozeß des Wachstums nicht unbegrenzt fortsetzen können, daß vielmehr mit einiger Wahrscheinlichkeit jedenfalls das wirtschaftliche Wachstum durch ökologische Umstände in berechenbarer Zeit in einigen Bereichen an Grenzen stoßen wird.

Ich weiß, daß an dieser These lebhaft Kritik geübt wird. Insbesondere wird gerügt, daß der Rohstoff und der Energievorrat dieser Erde noch gar nicht in vollem Umfang bekannt seien, und daß das Berechnungsmodell, das dieser These zugrunde liegt, sowohl technische Innovationen als auch politisch-moralische Einflußnahmen, etwa auf das Bevölkerungswachstum, völlig außer Acht lasse. Aber einige Feststellungen müssen schon jetzt als relativ gesichert angesehen und deshalb bei der politischen Diskussion berücksichtigt werden.

Dies sind meines Erachtens die wichtigsten:

1. Die vorhandenen, zumindest aber die uns bekannten Ressourcen an Rohstoffen sind nicht unerschöpflich, sondern in einem schon für unsere Planung relevanten Maße beschränkt.

2. Die Umweltbelastungen durch einzelne Produktionsverfahren und durch einzelne Konsum- und Lebensgewohnheiten, wie etwa die Übermotorisierung und die ständig zunehmende Verwendung von Wegwerfprodukten, hat in einzelnen Gebieten – vor allem in den Verdichtungsgebieten – die kritische Grenze erreicht, da und dort bereits überschritten und dadurch unser ökologisches System der realen Gefahr zunächst einmal punktueller Zusammenbrüche ausgesetzt.

Offenbar wächst diese Umweltbelastung, wenn man die Dinge weiter treiben läßt, mit dem weiteren Wachstum des Sozialprodukts eher in geometrischer als in arithmetischer Progression.

3. Das Bevölkerungswachstum ist nicht so sehr in den Industrienationen, wohl aber in den Entwicklungsländern als Folge der medizinisch-hygienischen Fortschritte zu einer unübersehbaren – ja zu einer zentralen Herausforderung geworden.

Genossinnen und Genossen, das ist keine theoretische Betrachtung über Eventualitäten eines fernen zukünftigen Tages. Das ist, zumindest was die Umweltbelastungen angeht, schon jetzt eine harte Realität. Die Zeichen und Symptome sind doch auch von denen, die den Blick krampfhaft nach

rückwärts richten, nicht mehr zu übersehen. Das sind die wichtigsten. Wie ein zäher Brei frißt sich die Bebauung in unsere Landschaft, das stört die Wälder, umschließt die Seen und Flußufer, schiebt sich die Berghänge hinauf. Bald wird nur noch eine Minderheit von besonders Reichen freien Zugang zur Natur besitzen und eine Umwelt erleben können, die noch vor hundert Jahren für die große Mehrheit unseres Volkes selbstverständlich war.

Wie ein Krebsgeschwür wuchern Bürogebäude in den Randgebieten unserer Innenstädte und vertreiben Menschen aus ihren angestammten Quartieren. Bald wird sich nur noch der besonders Reiche den Luxus einer zentrumsnahen Wohnung leisten können. Aus dem Volk werden in diesen Bereichen nur noch die Hausmeister geduldet sein.

Ganze Landstriche entleeren sich, andere quellen über vor Menschen, auch von solchen, die wir aus dem Ausland herbeirufen. Nicht weil uns ihre Not erbarmt, sondern weil wir glauben, mit ihrer Hilfe das Sozialprodukt, den Konsum und den Profit noch rascher in die Höhe treiben zu können. Armeen von Autos stauen sich auf unseren Straßen, verstopfen unsere Städte, fordern mit 19 000 Toten, 500 000 Verletzten und Verstümmelten im letzten Jahr Blutopfer, wie die Götzen der Vorzeit, erzeugen giftige Abgaswolken, die stunden-, ja gelegentlich schon tagelang über ganzen Stadtvierteln stehen. Und die Abfälle unserer Produktion, die Abwässer, die Plastikproduktion, Blech und Papier, Chemikalien aller Art, Autowracks, verunreinigen die Landschaft, die Flüsse und Seen und beginnen unsere Umwelt in irreparabler Weise zu gefährden und zu zerstören.

Aber das ist nicht die einzige neue Entwicklung seit 1959. Ähnlich bedeutsam ist die fortschreitende Einigung Europas, die immer mehr nationale Kompetenzen auf europäische Instanzen übergehen läßt. Oder auch die Tatsache, daß 1959 rund 500 000, heute aber 3,6 Millionen Nichtdeutsche mitten unter uns in dieser Bundesrepublik leben und arbeiten. Übrigens hat sich nicht nur die Welt und der Stand unserer Einsichten seit 1959 gewandelt. Auch die Partei hat sich in ihrer personellen Zusammensetzung und ihrer soziologischen Schichtung gewandelt. Von den rund 950 Männern und Frauen, die heute der SPD angehören, ist nahezu ein Viertel erst in den letzten fünf Jahren zu uns gekommen. Ein überdurchschnittlicher Prozentsatz von ihnen stammt aus intellektuell-akademischen Berufen. Bei den aktiven Mitgliedern ist dieser Prozentsatz im Vergleich zur herkömmlichen Zusammensetzung der Partei eher noch größer.

Was haben diese Wandlungen bewirkt? Zu welchen Antworten – zu welchen konkreten Konzepten sind wir gelangt?

Nun, zunächst haben diese Wandlungen eine Diskussion ausgelöst, wie sie diese Partei in ihrer über einhundertjährigen Geschichte in solcher Inten-



sität und mit einem solchen Engagement nur selten erlebt hat. Eine Diskussion, bei der es übrigens den Anschein hat, als solle das Theoriedefizit, das sich seit 1960 ohne Zweifel angesammelt hat, in wenigen Monaten aufgearbeitet werden. Die Auseinandersetzungen um den Orientierungsrahmen haben das besonders deutlich gemacht. Und die Ergebnisse?

Einiges beginnt sich zu klären und innerhalb der Partei breitere Übereinstimmung zu finden. Im Mittelpunkt scheint mir dabei die Neubesinnung über Sinn und Grenzen des sogenannten ökonomischen Prinzips, über das Verhältnis zwischen Lebensqualität und Lebensstandard, zwischen Brutto-sozialprodukt und wirklichem sozialem Nutzen zu stehen.

Zunächst einmal, was ist eigentlich mit diesem aus dem englischen „quality of life“ abgeleiteten Begriff Lebensqualität? Ist das eine Leerformel oder ein neues Wort für eine alte Sache? Oder auch nur ein Reizwort, das Emotionen weckt? Natürlich steckt ein bißchen von allen in diesem Begriff. Aber er wirkt noch mehr in sich. Er hat irgendwie in unserem Volke und in dieser Zeit ein Grundgefühl angerührt. Anders ließe sich der Siegeszug, den der Begriff der Lebensqualität von der Vollversammlung des Deutschen Städtetages im Jahre 1971 über die Internationale Arbeitstagung der IG



Metall in Oberhausen im April 1972 und unser Dortmunder Wahlprogramm bis in den Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzungen hinein angetreten hat, überhaupt nicht erklären.

Lebensqualität – das will besagen, daß ein Mehr an Produktion, an Gewinn und Konsum noch nicht automatisch ein Mehr an Zufriedenheit und Glück, an Entfaltungsmöglichkeit für den Einzelnen bedeutet. Er will besagen, daß Mehr nicht ohne weiteres auch besser ist, daß ein erfülltes Dasein nicht nur vom materiellen Wohlstand abhängt, sondern auch andere Ziele und Werte umfaßt. In diesem Sinn ist Lebensqualität, Wohlbefinden, ist sie Sicherung durch menschliche Solidarität, Chance zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zur Mitbestimmung und Mitverantwortung, zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit und Spiel, Zusammenleben, ist Lebensqualität Teilhabe an der Natur, an den Werten der Kultur, auch die Chance, gesund zu bleiben oder zu werden, und die Chance, in Würde zu altern. Aber auch die Möglichkeit Mitleiden im Sinne der Dortmunder Rede Willy Brandts zu geben und zu empfangen.

Das alles ist keine Verteufelung des wirtschaftlichen Wachstums und der ökonomischen Prinzipien einer sozial gebundenen und sozial verantwortlichen Wirtschaftsordnung. Und es ist erst recht keine Abgabe an die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen zugunsten eines nivellierenden Kollektivglücks, das von irgendeinem anonymen Apparat verordnet wird. Aber der materielle Wohlstand ist danach nur ein Teil – ein wichtiger Teil, aber eben nur ein Teil – der Lebensqualität, und das Bruttosozialprodukt eines Volkes nur ein Teil – ein wichtiger Teil, aber eben nur ein Teil – des sozialen Nutzens.

Wenn das so ist, dann ergibt sich für die Beurteilung unseres Tuns, für die Beurteilung unserer Politik, ein neuer Maßstab. Dann ergeben sich für den Geltungsbereich des ökonomischen Prinzips Grenzen, die wir künftig sorgfältiger beachten müssen. Dann ist eine Maßnahme nicht schon allein deswegen gerechtfertigt, weil sie das Bruttosozialprodukt steigert, dann gibt es auch schädliches Wachstum, was zwar die Summe der verfügbaren Güter vergrößert, diese Mehrung aber mit weiterer Erschöpfung unserer Rohstoffvorräte, mit Gefährdung und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, oder mit einer Erhöhung der Unwirtlichkeit und der drohenden Unmenschlichkeit unserer Städte erkaufte wird. Und dieses Wachstum muß künftig selbst dann unterbleiben, wenn es ökonomisch betrachtet für einzelne oder auch für Gruppen relative Vorteile mit sich bringt. Umgekehrt muß das Wachstum dort gesteigert werden, wo das Angebot an Gütern und an Diensten bisher hinter dem Maß dessen zurückbleibt, was für ein qualitativ befriedigendes Leben erforderlich ist.

Natürlich sind die mit dem Begriff der Lebensqualität zusammenhängenden Fragen noch keineswegs hinlänglich geklärt. Vor allem fehlt es bisher an

Quantifizierungen, die den Begriff meßbar und tatsächlich operabel und verwendbar machen. Die Bemühungen um diese Quantifizierung stehen noch ganz am Anfang, weil eine wertneutrale Wissenschaft zu lange zögerte, sich dieser Aufgabe zu widmen und weil die Tagespolitik es eben so lange versäumte, die Wissenschaft mit Fragen in dieser Richtung zu bedrängen. Immerhin hat sich eine Kommission der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa – die OECD – kürzlich darauf geeinigt, für folgende Aspekte der Lebensqualität acht Sozialindikatoren zu entwickeln.

1. Gesundheit und persönliche Sicherheit.
2. Entfaltung der Persönlichkeit durch Lernen.
3. Berufliche Fortentwicklung und berufliche Zufriedenheit.
4. Zufriedenheit und Selbsterfüllung in der Gestaltung der Freizeit.
5. Verfügung über Güter und Dienste.
6. Kontakt, Kommunikation und Schutz intimer Bereiche.
7. Qualität der natürlichen Lebensgrundlagen.
8. Persönliche Freiheit und Mitgestaltung im politischen Bereich.

Natürlich ist in diesem Zusammenhang noch vieles kontrovers. So etwa die Gewichtung der einzelnen Indikatoren und auch die Frage, ob sich diese einzelnen Indikatoren tatsächlich zu einem Gesamtindikator, zu einer neuen Meßziffer, nämlich einem bezifferten Bruttosozialnutzen, zusammenfassen lassen. Aber die Auseinandersetzung mit diesen Fragen, die Auseinandersetzung über die Inhalte der Lebensqualität und über die Strategie zu ihrer Sicherung und Verbesserung wird rasch an Bedeutung gewinnen. Ja, ich wage die Behauptung, daß, wenn überhaupt, hier an dieser Stelle der Durchbruch in eine Dimension sozialdemokratischer Politik in den demokratischen Sozialismus des 3. Jahrtausend gelingen kann.

Genossinnen und Genossen. Auch über eine Reihe politischer Konsequenzen, die sich aus diesen Einsichten ergeben, zeichnen sich Verständigungen ab. Wenn auch nicht in den Begründungen, so doch in dem, was zu geschehen hat. So wird heute fast jeder Sozialdemokrat dem Satz zustimmen, daß Wachstum, das differenziert zu betrachten ist, der Steuerung bedarf, und zwar nicht nur der globalen Steuerung, die die Stetigkeit des wirtschaftlichen Prozesses im Auge hat, sondern auch der selektiven Steuerung. Dann muß aber auch das freie Spiel der ökonomischen Kräfte schärfer auf die Gebiete eingegrenzt werden, in denen es Nutzen und nicht Schaden stiftet. Ein Ergebnis ist nicht schon deshalb gut, weil es der Markt hervorgebracht hat. Es kann vielmehr auch schlecht – ja gefährlich sein, und dann ist es Sache

der Politik, korrigierend, oder besser, vorbeugend einzugreifen. Ein paar Beispiele sollen das noch einmal verdeutlichen.

Soll die Motorisierung unverändert fortschreiten, obwohl wir wissen, daß sie uns alljährlich den schon genannten Blutzoll von 19 000 Toten und 500 000 Verstümmelten und Verletzten abverlangt, daß sie die Innenstädte zu zerstören und zu vergiften droht, und daß der Straßenbau auf die Dauer auch außerhalb der Städte nicht mehr beliebig zu folgen vermag. Sollen wir das Automobil nicht allmählich wenigstens aus den Innenstädten verdrängen und dem öffentlichen Personennahverkehr nicht nur in Resolutionen und Entschließungen, sondern in der praktischen Politik die höhere Priorität geben? Wollen wir wirklich Unsummen ausgeben und Lärm und Gesundheitsschäden dafür in Kauf nehmen, daß einige Zehntausende im Monat in einem Überschallflugzeug andere Kontinente statt in acht, in vier Stunden erreichen?

Wollen wir unsere Natur, unsere Täler und Seen, unsere Wälder weiter vermarkten wie eine x-beliebige Ware? Wollen wir Ballungen von Zweitwohnungen stehenlassen, die ja nichts anderes sind als Miniaturausgaben der städtischen Verdichtungen, deren Belastungen und Unzuträglichkeiten die Eigentümer dieser Wohnungen ja gerade entfliehen wollen?

Ist es wirklich auf die Dauer zu verantworten, daß Milliarden für eine Werbung ausgegeben werden, die die Bedürfnisse erst künstlich schafft und dadurch die knappen Ressourcen den Bedürfnissen entzieht, deren Befriedigung viel dringlicher wäre?

Die regionale Steuerung dieser Entwicklung ist Aufgabe der Raumordnung, der Landesplanung und der Regionalplanung. Verbesserte und vermehrte Raumordnungspolitik ist immer Entwicklungspolitik. Sie soll gleichwertige Lebensbedingungen schaffen, d. h. aber, allen Bereichen ein Mindestmaß an Lebensqualität, an Gemeinschaftseinrichtungen und Umweltbedingungen gewährleisten. Die Bestandteile dieser Mindestausstattung sind nicht beliebig austauschbar. Unsichere Arbeitsplätze draußen können also nicht durch gute Luft und Bildungsmöglichkeiten, nicht durch gesundes Trinkwasser, ausgeglichen werden. Umgekehrt können aber auch Lärm, ständige Verkehrszusammenbrüche, nicht durch höhere Löhne kompensiert werden. Differenzierungen sind erst oberhalb dieser Schwelle möglich.

Daraus folgt, Verdichtungen, die sich der kritischen Grenze der Umweltbelastung nähern, müssen in ihrem Wachstum verlangsamt, notfalls sogar gestoppt werden. Das gleiche gilt, wenn das Wachstum mit der Kapazität der Gemeinschaftseinrichtungen nicht Schritt hält. In den Verdichtungsregionen müssen zum Ausgleich der damit verbundenen Umweltbelastungen große zusammenhängende Flächen von jeder weiteren Bebauung freigehalten werden. Auf der anderen Seite muß das Stadtdefizit der weniger

entwickelten Gebiete durch die konzentrierte Förderung von Oberzentren und Mittelzentren ausgeglichen werden. Die Auswahl dieser Zentren muß sich dabei an der Bevölkerungssituation, dem mobilisierbaren Finanzvolumen und an der richtigen Lage dieser Zentren orientieren.

Die sektorale Steuerung, also die Steuerung hinsichtlich einzelner Wirtschaftszweige, muß durch eine konsequente Umweltgesetzgebung, die dort, wo das Verursachungsprinzip nicht ausreicht, auch vor Verboten nicht zurückschreckt, durch eine nicht nur fiskalisch orientierte Steuerpolitik, durch partielle Werbeverbote, durch Anreize für erwünschte Produktionen und Dienstleistungen, durch eine bewußte Technologiepolitik, die ja auch die mögliche Schonung unserer Vorräte im Auge behält, und die Wiederverwendung benützter Rohstoffe, begünstigt, und wo all dies nicht genügt, auch durch Investitionskontrollen geleistet werden.

Beide Bereiche, also der räumliche ebenso wie der sektorale, müssen übrigens mehr und mehr im europäischen Maßstab gesehen werden. Auch die Europäische Gemeinschaft darf nicht länger im wesentlichen als eine gigantische Maschinerie zur Konzentration des Kapitals und zur Steigerung des Sozialprodukts allein betrachtet werden.

Ein zweites wichtiges Gebiet, auf dem wir das freie Spiel der ökonomischen Kräfte keineswegs beseitigen, aber gegenüber den Belangen der Gemeinschaft und den Erfordernissen der Lebensqualität neu abgrenzen müssen, ist das Bodenrecht. Wir müssen hier einmal die mühelosen Riesengewinne einzelner Bodeneigentümer verhindern, oder doch zumindest diese Riesengewinne abschöpfen. Und wir müssen zum anderen dafür sorgen, daß Nutzungskonflikte, also die Konkurrenz mehrerer Nutzungen um das gleiche Grundstück nicht in erster Linie nach ökonomischen Gesichtspunkten, also danach entschieden werden, welcher Nutzen den höchsten Preis erzielt, sondern daß die Nutzung zum Zuge kommt, die den Interessen der Gemeinschaft am besten entspricht. Die in der Vorbereitung befindliche Novelle zum Bundesbaugesetz soll hier Abhilfe schaffen, indem sie die Entscheidungsbefugnis der Gemeinden hinsichtlich der einzelnen Grundstücke konkretisiert und die Handhabung dieser Befugnisse aus den materiellen Fesseln einseitiger und übermäßiger Entschädigungspflichten löst.

Ein drittes Gebiet ist unsere Verkehrspolitik. Wenn etwas die Rohstoffvorräte im besonderen Maße strapaziert, und zugleich die Umwelt in besonderem Maße belastet, dann ist das eben die Motorisierung. Allein in der Bundesrepublik ist der Benzinverbrauch in den letzten 20 Jahren um über 700 % pro Einwohner gestiegen und die Absonderung von Abgasen und Schadstoffen ist in einem ähnlichen Verhältnis gewachsen. Die Bemühungen um eine Verkehrsreform, die dem öffentlichen Personenverkehr Vorrang einräumt, erhält von hier zusätzliche Impulse. Allerdings müssen damit An-

strengungen zur Entwicklung neuer Antriebsarten und neuer Verkehrstechnologien Hand in Hand gehen.

Zwei Fragen, die noch nicht im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit stehen, möchte ich in diesem Zusammenhang wenigstens noch streifen.

Das ist einmal die Frage, ob wir die Einführung neuer Technologien auch in Zukunft im wesentlichen allein unter ökonomischen Aspekten, unter wirtschaftlichen Aspekten, sehen dürfen. Neue Technologien bestimmen das Tempo, aber auch die Richtung und die Kosten des Wachstums. Ich meine deshalb, daß wir auf die Dauer um eine vorhergehende gesellschaftliche Beurteilung solcher Technologien unter dem Gesichtspunkt ihrer ökologischen und sozialen Auswirkungen und ihrer Auswirkungen auf die Rohstoffbilanz nicht herumkommen. Dabei wird auch in Betracht zu ziehen sein, ob die neue Technologie die Anpassungsfähigkeit der Menschen nicht in inhumaner Weise überfordert. Die Ablehnung des Überschallprojektes durch den Kongreß der Vereinigten Staaten war übrigens in dieser Richtung ein erfreulicher Präzedenzfall.

Zum zweiten werden wir uns auch über den Einsatz unserer Forschungskapazität mehr Gedanken machen müssen. Auch hier darf bei der angewandten Forschung nicht allein der erwartete materielle Nutzen oder das nationale Prestige die Prioritätenfolge bestimmen. Wir fördern Raumfahrt, Datentechnik, Meeresbodenforschung, mit immensen Summen und lassen hier unsere besten Köpfe arbeiten. Die Entwicklung neuer Massenverkehrstechnologien oder neuer Stadtbauformen und Stadtbautechniken behandeln wir demgegenüber geradezu stiefmütterlich.

Von Satellitenversuchen liest man alle Tage. Von einem großen Stadtbauversuch so gut wie nie. Warum eigentlich? Es ist kein Geheimnis, Genossen und Genossinnen, daß sich im Verlaufe der parteiinternen Diskussionen zwei Schattierungen herausgebildet haben, die sich erkennbar voneinander abheben. Eine mehr theoretisch dogmatische Schattierung, und eine mehr sozial-reformerische Linie. Die theoretisch-dogmatische Schattierung stützt sich dabei erklärtermaßen auf marxistische Denkpositionen, die an einzelnen Stellen von Theorien der neuen Linken, insbesondere von Gorz, Baussau, Mandell und Marcuse beinflußt worden sind. Marxistische Denkpositionen sind in dieser Partei, das muß Eiferern der anderen Seite deutlich entgegengehalten werden, durchaus legitim, solange sie – es kommt noch ein halber Nachsatz – solange sie nicht Ausschließlichkeit beanspruchen und sich nicht als unumstößliche Wahrheiten betrachten. Wie die von mir angeführten Beispiele zeigen, sind ganz im Sinne des Godesberger Programms auch mit den Vertretern dieser Schattierungen Einigungen in einzelnen Sachfragen und die Entwicklung gemeinsamer Handlungskonzepte möglich.

Allerdings bleiben wesentliche Streitpunkte, in denen sich, jedenfalls für mich, bisher noch keine Verständigungsmöglichkeiten abzeichnen, ja, von

denen ich glaube, daß jede weitere Diskussion uns noch schweren Belastungsproben aussetzen wird. Da ist einmal die Forderung nach der umfassenden Vergesellschaftung der Produktionsmittel, also nach der Vollsozialisierung, die mit der Behauptung begründet wird, daß die Behebung des angeblichen gesellschaftlichen Grundwiderspruchs alle Übel und Gefahren beseitigen und die Lebensqualität zu ihrer höchsten Vollendung führen werde.

Ich vermag dem nicht zu folgen. Gewiß – und das sollte ganz unbefangen geschehen – kann man über einzelne Vergesellschaftungen reden. Österreich hat wichtige Schlüsselindustrien verstaatlicht und ist dennoch eine freiheitliche Demokratie. Frankreich hat seine Banken verstaatlicht und dafür sicher gute Gründe. Aber die Vollsozialisierung als Prinzip oder gar als Dogma muß auf Ablehnung stoßen.

Ich will mich dabei gar nicht auf das Godesberger Programm berufen, das ausdrücklich sagt, daß freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl, entscheidende Grundlagen freier Wettbewerbs- und freier Unternehmerinitiative, wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind und daß Gemeindeigentum dort zweckmäßig und notwendig ist, wo eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse mit anderen Mitteln nicht gewährleistet werden kann.

Ich möchte vielmehr fragen, ist die Abhängigkeit des Einzelnen von der Fremdbestimmung in den Gesellschaftsmodellen mit Vollsozialisierung wirklich geringer? Ist sie nicht dort am größten, wo sich Macht und Gegenmacht die Waage halten? Hat er dort die Freiheitsräume, die wir anstreben? Und vor allem, gibt es dort konkrete, überzeugende Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit, denen sich alle Systeme gegenübersehen?

Ich fürchte, der Wachstumsfetischismus ist dort eher noch größer als bei uns. Und die Umweltgefahren, die Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Steigerung des Sozialprodukts zuliebe, sind dort doch zumindest ebenso im Schwange wie bei uns. Bleibt die Machtkontrolle und die selektive Steuerung des Wachstums, d. h. aber der Investitionen. Aber, Genossinnen und Genossen, wo liegt denn die wirkliche Macht? Liegt sie tatsächlich, wie in der Zeit des klassischen Kapitalismus unverändert und uneingeschränkt bei den Aktionären? Den juristischen Eigentümern der Produktionsmittel? Doch wohl kaum. Sie ist vielfach weitergewandert zum Management, in die Chefetagen der sogenannten Technostruktur, die jedenfalls de facto ganz wesentliche Eigentümerfunktionen übernommen hat. Dort wird sie durch die paritätische Mitbestimmung viel eher unter Kontrolle gehalten. Mittel für die selektive Steuerung habe ich bereits genannt. Sie sind vorhanden. Wir müssen nur endlich den Mut haben, von diesen Instrumenten auch Gebrauch zu machen.

Noch ein Gedanke. Die Macht der Eigentümer der Produktionsmittel wird auch davon berührt, daß die Produktionsmittel heute viel rascher reprodu-

ziert werden können als vor hundert oder noch vor 50 Jahren. Dafür ist auf der anderen Seite die Macht der Forschung gewachsen. Wer heute darüber entscheidet, auf welche Fragen wir unsere knappen Forschungskapazitäten ansetzen, der stellt in Wirklichkeit die Weichen für morgen. Hier stellt sich für mich die Frage der gesellschaftlichen Kontrolle, der gesellschaftlichen Steuerung in noch viel stärkerem und aktuellerem Maße.

Da ist zweitens die Volksfrontfrage, d. h. die Frage der Zusammenarbeit des Bündnisses mit den Kommunisten in Europa, aber auch im eigenen Lande. Die beste Antwort auf diese Frage hat vor kurzem Peter von Oertzen in einem „Vorwärts“-Artikel gegeben. Ich kann nur die Kernsätze dieses Artikels wiederholen. Sie lauten „Unstreitig ist, daß der primitive Antikommunismus des Kalten Krieges das Problem ebensowenig löst, wie administrative Abgrenzungsbeschlüsse“. Unleugbar ist aber auch, daß sich in Teilen der Partei eine gefährliche Verharmlosung oder sogar eine kritiklose sentimentale Verbrüderungstendenz mit angeblichen Genossen von links breitmacht. Hier – so fährt Peter von Oertzen fort – sind theoretische Klarheit und politische Festigkeit dringend geboten.

Rechtsstaat und politische Demokratie sind nicht – wie manche Pseudo-Marxisten uns weismachen wollen – ideologische Verhüllungen bürgerlicher Klassenherrschaft, sondern unverzichtbare Grundlagen einer jeden menschenwürdigen Gesellschaft. Das heißt, auch unverzichtbare Grundlagen des Sozialismus. Ein nicht demokratischer Sozialismus ist nicht etwa ein Sozialismus mit kleinen Fehlern, sondern hat prinzipiell mit Sozialismus unseres Verständnisses überhaupt nichts zu tun.

Das Wesen des Sozialismus – so schließt das Zitat von Peter von Oertzen – ist ein Zustand, worin die freie Entfaltung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. – Übernommen aus dem kommunistischen Manifest. – Ohne Rechtsstaat und politische Demokratie ist ein solcher Zustand nicht möglich.

Daher – so sagte er – sind sozialistische oder kommunistische Organisationen die, und sei es nur für eine Übergangszeit, demokratisch rechtstaatliche Formen verwerfen, keine Verbündeten, sondern Feinde des Sozialismus. Es sei kein Zufall – so schließt er – daß in allen kommunistischen Herrschaftssystemen, welcher Spielart auch immer, demokratische Sozialisten verfolgt und unterdrückt werden.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Und ob sich Spielarten des Kommunismus entwickeln werden, die den Rechtsstaat, die Demokratie und die Pluralität der Meinungen nicht nur aus taktischen Gründen, sondern aus innerer Überzeugung bejahen und an der Macht auch wirklich praktizieren, das bleibt noch immer abzuwarten.

Da ist weiter die Frage nach der Einschätzung der Rolle und der Aufgabe des Staates. Die Maxime der ständigen Konfliktverschärfung und die Frage, ob sich demokratischer Sozialismus im Grunde nur in den einzelnen Basisaktionen erleben läßt und verwirklichen kann. Und neuerdings stellt sich auch die Frage nach unserer außenpolitischen Orientierung. Die Zeit verbietet es mir, auch darauf noch im einzelnen einzugehen. Nur soviel, unsere erfolgreiche Ostpolitik war und bleibt ohne feste Verankerung im Atlantischen Bündnis nicht denkbar. Beide Aspekte sind zwei Seiten der gleichen Münze. Wer uns aus diesem Bündnis löst, zerstört einen der Pfeiler, auf dem unser Bewegungsspielraum und unsere außenpolitische Wirkungsmöglichkeit in dieser Welt beruhen.

Wenn ich versuche, Genossinnen und Genossen, für die Gesamtpartei eine Bilanz zu ziehen, so ergeben sich positive und negative Aspekte. Die positiven überwiegen. In allen wichtigen gesellschaftlichen Fragen sind wir der Entwicklung auf dem Fuß. Die Konservativen aber weit abgeschlagen.

Wenn von Lebensqualität, Bodenreform, Umweltproblemen, Verkehrsreform, Mitbestimmung, Rettung unserer Städte, die Rede ist, dann verbinden die Menschen dies heute sogleich mit den Forderungen und den Konzepten der Sozialdemokraten. Kaum einer erwartet in diesem Zusammenhang Initiativen von der CDU oder gar der CSU. Analysiert man Reden etwa eines Franz-Josef Strauß so findet sich dort in der Regel eine Aneinanderreihung von Auseinandersetzungen mit den Problemen von gestern, kaum aber ein konstruktiver Gedanke zu den aktuellen Fragen und großen Herausforderungen.

In unserer Partei hat wieder das Gespräch begonnen. Die Theoretiker beginnen da und dort zu erkennen, daß es auch der praktischen Erfahrung bedarf. Die Praktiker lernen, und das ist zu begrüßen, daß sie ihre Auffassungen theoretisch fundieren müssen. Das kann uns wieder näher zueinander führen. Und die klaren Äußerungen im Zusammenhang mit den sogenannten Stamokap-Theorien haben diesen Prozeß des Miteinanderredens, des Wiederaufeinanderhörens in dieser Partei sicherlich auch gefördert.

Aber auch die negativen Aspekte sind bei einer ehrlichen nicht schönfärbischen Bilanz nicht zu übersehen. Die Auseinandersetzung mit der Stamokap-Linie hat erst begonnen und ist noch keineswegs am Ende. Die Gefahr, daß wir als Partei die Mitte des politischen Spektrums räumen – und das kann auch geschehen, indem wir sie zerreden – und damit die Schichten unseres Volkes, ohne die keine Wahl zu gewinnen ist, kampfflos anderen überlassen, ist durchaus aktuell.

Und vor allem ist der drohende Verlust der menschlichen Solidarität innerhalb dieser unserer Partei noch keineswegs gebannt. Da und dort, Ge-



nossinnen und Genossen, werden die Auseinandersetzungen mit einem Haß, einer Kälte und einer Intoleranz geführt, die erschrecken und die eigentlich nur bei denen erwartet werden können, die glauben, im Besitz absoluter Wahrheiten zu sein.

Dennoch, Genossinnen und Genossen, dennoch bin ich überzeugt, daß wir es schaffen, wenn wir Theorie und Praxis integrieren. Wenn wir alle Absolutheitsansprüche abwehren. Wenn wir zur Solidarität und auch zur gemeinsamen Sprache zurückfinden und wenn wir die machbaren Reformen rasch und entschlossen anpacken und verwirklichen. Die Realisierung dieser Reformen wird überhaupt der Prüfstein dieses unseres Staates und unserer Gemeinschaft werden.

Über langfristige Perspektiven, ja über Utopien zu reden, ist wichtig und ich gebe zu, daß auch ich in dieser Richtung durchaus Lernprozesse durchgemacht habe. Aber, die heutigen Gegebenheiten und Machtmittel realistisch zu nutzen, um auf die Gestaltung des Morgen Einfluß zu nehmen, ist noch wichtiger.

Georg von Vollmar, der große Sozialdemokrat und Reformist, hat dies schon vor den historischen Auseinandersetzungen zwischen Kautzky und Bernstein in einer seiner berühmten Eldorado-Reden so formuliert: „Wie die natürlichen Verhältnisse nicht in ruckweisen, plötzlich und unvermittelt einander folgenden Umwälzungen sich entwickeln, so lösen die gesellschaftlichen Ordnungen einander nicht als abgeschlossene und unvermittelte Einheiten ab. Es gibt auch hier genau so wenig ein künstliches Machen, als ein plötzliches Abreißen und Wiederbeginnen, sondern das Alte wächst allmählich, viel zu langsam für den hochfliegenden Sinn, aber sicher in das Neue hinein. Dieses tausendfache Wurzeln des Heutigen im Gestrigen, und des Morgen im Heute, läßt nichts Absolutes aufkommen. Alle politischen und gesellschaftlichen Zustände sind etwas Relatives, sind Übergangsformen. Die heutige Form zu benutzen, um auf die Gestaltung der morgigen Einfluß zu gewinnen und Einfluß auszuüben, das muß unsere Aufgabe sein.“

Das Vertrauen der Wähler hat uns dazu am 19. November 1972 eine umfassende Vollmacht gegeben. Und die Frauen haben in diesem Volk zu dieser Vollmacht entscheidend beigetragen. Wir dürfen es nicht übersehen: Noch nie haben so viele Frauen SPD gewählt. Noch nie haben sich so viele Frauen persönlich im Wahlkampf engagiert. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht enttäuschen. Nutzen wir die Vollmacht, gehen wir gemeinsam und solidarisch an die Arbeit.

# **Bericht der Vorsitzenden**

## **des Bundesfrauenausschusses**

**Annemarie Renger, MdB,**

**Elfriede Eilers, MdB**

Im Berichtszeitraum von Oktober 1971 bis März 1973, also zwischen den Bundesfrauenkonferenzen von Nürnberg und Ludwigshafen, haben sich einige wesentliche Veränderungen vollzogen, die die politische Landschaft der Bundesrepublik erheblich verändert haben: Von 1969 bis 1972 stellten Sozialdemokraten erstmalig in einer Legislaturperiode den Bundeskanzler, politische Forderungen der Partei haben Eingang in die Gesetzgebungsarbeit gefunden; auffallend starke Politisierungstendenzen in der Bevölkerung, in besonderem Maße bei den Frauen; eine vorgezogene Wahl zum Deutschen Bundestag, aus der Sozialdemokraten erstmals als stärkste Fraktion hervorgegangen sind.

Vor diesem Hintergrund ist die politische Frauenarbeit in den zurückliegenden 2 $\frac{1}{2}$  Jahren zu sehen: ihre Themen und Schwerpunkte leiteten sich aus der von Sozialdemokraten und Freien Demokraten getragenen Regierungsverantwortung ab, während andererseits die Frauen in der Partei nicht wenig dazu beigetragen haben, den spektakulären Wahlerfolg für dieses Regierungsbündnis am 19. November 1972 zu erringen.

Mit einer Rekordwahlbeteiligung von über 91 % gelang es den Sozialdemokraten, ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl von 1969 um 3,6 % zu erhöhen, im Saarland, Bremen und Schleswig-Holstein konnten mit 8,6 bzw. 5 % überdurchschnittliche Stimmengewinne erzielt werden.

Frauen haben am Zustandekommen dieses günstigen Resultats gleich einen doppelten Anteil: Noch nie zuvor haben sie sich so aktiv am Wahlkampf beteiligt, und zwar in allen regionalen Gliederungen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen wie der Gesamtpartei; in sozialdemokratischen Wählerinitiativen waren sie sogar anteilmäßig stärker vertreten als die Männer; noch nie zuvor sind die Wahlentscheidungen von Frauen in so erheblichem Maße der Sozialdemokratischen Partei zugefallen. Schon nach den ersten Wahlanalysen stand fest, der entscheidende Durchbruch ist uns bei den Arbeitnehmern, bei Frauen, in der katholisch-ländlichen Bevölkerung und schließlich bei den Jungwählern gelungen.

Im einzelnen ergaben sich Stimmgewinne in der Gruppe der an- und ungelehrten Arbeiter; eine besonders hohe Wahlbeteiligung unter den Fachar-

beitern, die zum beständigsten Wählerstamm der Partei gerechnet werden können. Ein deutlicher Zugewinn für die Partei hat sich bei den Wählerinnen ergeben, insbesondere in der Altersgruppe der jüngeren Frauen zwischen 25 und 40 Jahren.

Der Erfolg kam jedoch nicht von ungefähr: Die sozial-liberale Koalitionsregierung hatte gerade für diese Personengruppen eine stattliche Leistungsbilanz vorzuweisen, so daß während der dreijährigen Regierungsverantwortung mehr zur Verbesserung der Situation der Frau erreicht und eingeleitet worden ist als in jeder vorhergehenden Legislaturperiode. Die Frauen haben diese Akzente wohl erkannt und für die Fortsetzung dieses Regierungsbündnisses votiert.

Mit diesen für Frauen erzielten Erfolgen, von der Bundesregierung in einem Frauenbericht 1972 dokumentiert, wird nicht nur eine Zusage aus dem Regierungsprogramm von Bundeskanzler Willy Brandt aus dem Jahr 1969 eingelöst, sondern zugleich haben zahlreiche Anträge der Bundesfrauenkonferenz von Nürnberg ihre Erledigung gefunden. Dabei sind die entsprechenden Gesetze teilweise bereits in Kraft getreten, andere befinden sich in der parlamentarischen Beratung oder aber in Vorbereitung.

Soweit es sich um frauenpolitische Bereiche handelt, werden sie ausführlich im Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau behandelt. An dieser Stelle soll daher nur auf die wichtigsten Stichworte verwiesen werden:

- Reform des Ehe- und Familienrechts; hierzu wurden in der VI. Legislaturperiode Gesetzentwürfe zum 1. und 2. Eherechtsreformgesetz vorgelegt; die Wiedereinbringung in der neuen Wahlperiode erfolgte unmittelbar vor Beginn der Bundesfrauenkonferenz.
- Rentenreform ist bereits in Kraft getreten, zugleich sind wesentliche Schritte zur Entwicklung einer eigenständigen sozialen Sicherung für Frauen vollzogen worden: Die Öffnung der Rentenversicherung für nichterwerbstätige Hausfrauen, die Rentenberechnung nach Mindesteinkommen, wodurch jahrzehntelange Lohndiskriminierungen von Frauen ausgeglichen wurden; das im Gesetzentwurf vorgesehene Babyjahr für versicherte Mütter scheiterte dagegen an der Opposition und bleibt daher ein Ziel unserer sozialpolitischen Forderungen, das in der Wahlplattform von 1972 verankert wurde.
- Die Neuregelung der Strafbarkeit bei Schwangerschaftsabbruch und die Kostenübernahme in der gesetzlichen Krankenversicherung haben in der VI. Legislaturperiode ihren Niederschlag in einem Gesetzentwurf der Bundesregierung (Indikationenregelung) sowie einem von Sozialdemokraten initiierten Gruppenantrag (Fristenregelung) gefunden; in der

neuen Wahlperiode ist ein Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen auf der Grundlage des Fristenmodells vorgelegt worden, ebenso der Entwurf eines Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetzes, wonach die Übernahme der Kosten, die im Zusammenhang mit dem Schwangerschaftsabbruch anfallen, vorgesehen ist. Der Gesetzentwurf regelt aber auch die ärztliche Beratung über Empfängnisverhütung sowie die Rezeptur für Antikonzeptiva; Sozialhilfeempfängern soll darüber hinaus auch die „Pille auf Krankenschein“ gewährt werden.

- Die Arbeitsbefreiung berufstätiger Elternteile bei Erkrankung eines Kindes hat aufgrund einer Initiative sozialdemokratischer Parlamentarierinnen zu einem Gesetzentwurf in der VI. Legislaturperiode geführt, auch hier erfolgte die Wiedereinbringung in der neuen Wahlperiode unmittelbar vor Konferenzbeginn.
- Die Nürnberger Forderung, um die Durchsetzung des Prinzips „gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Leistung“ bemüht zu sein, hat in einem Bericht der Bundesregierung zu Artikel 119 EWG-Vertrag, ferner in Expertengesprächen der Tarifverhandlungsparteien, an denen auch Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung beteiligt sind, ihren Niederschlag gefunden; eine Kleine Anfrage sozialdemokratischer Parlamentarierinnen liegt vor, die Bundesregierung ist mit der Vorbereitung eines Enquête-Gesetzes befaßt, das die strittige Frage der Arbeitsbewertung zwischen den Tarifvertragsparteien einer Lösung näherbringen soll.
- Dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Dr. Katharina Focke, wurde die Zuständigkeit für Frauenfragen übertragen, und damit einer auf der Bundesfrauenkonferenz in Nürnberg gestellten Forderung, ein eigenes Referat für gesellschaftspolitische Fragen der Frau einzurichten, entsprochen.
- Nach dem Betriebsverfassungsgesetz ist für Betriebsräte und Mitglieder der Jugendvertretung in den Betrieben die Möglichkeit gegeben, Bildungsurlaub zu nehmen. Die Ausdehnung des Bildungsurlaubs auf weitere Gruppen ist geplant.
- Der systematische Ausbau von Kindergarten und Vorschule als Elementarstufe ist so geplant, daß 1975 für  $\frac{3}{5}$  aller drei- bis fünfjährigen Kinder ein Platz zur Verfügung steht.
- Eines der Kernstücke der Reform unseres Bildungswesens sieht die Bundesregierung in der Einrichtung der integrierten Gesamtschule (als Regelschule). Diese Konzeption wurde in den Entwurf eines Bildungsgesamtplans eingebracht.

- Der in der VI. Legislaturperiode von der Bundesregierung vorgelegte, jedoch nicht mehr verabschiedete Entwurf für ein Hochschulrahmengesetz wird in 1973 neu eingebracht.
- Die Forderung, eine Umwelt-Kommission möge entsprechende Gesetzesinitiativen vorbereiten, hat bereits zur Verabschiedung einiger wichtiger Gesetze geführt (Verbesserung der Abfallbeseitigung; Bundeskompetenzen beim Umweltschutz; Schutz gegen Fluglärm), weitere Gesetzesentwürfe werden vorbereitet.
- Die Reform des Familienlastenausgleichs wird am 1. Januar 1976 in Kraft treten, wobei ein einheitliches und gerechtes System angestrebt wird, das auch erste und zweite Kinder einschließt und sich an den durchschnittlichen Kinderkosten orientiert.
- Arbeitsschutz, Mutterschutz. Die Bundesregierung hat bereits in der VI. Legislaturperiode begonnen, bestehende Arbeitsschutzvorschriften für Frauen zu überprüfen, desgleichen die bestehenden Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Frauen. Wobei generelle Beschäftigungsverbote durch einen individuellen Gesundheitsschutz ersetzt wurden (beim Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen, bei der Beschäftigung von Frauen auf Fahrzeugen).
- Eine Ausdehnung der Mutterschutzvorschriften ist im Familienpolitischen Programm der Partei, das auf dem Ordentlichen Parteitag im April zu beraten sein wird, vorgesehen.
- Die von der Bundesfrauenkonferenz Nürnberg ausgesprochene Mißbilligung des Krieges in Vietnam hat auf verschiedenen Ebenen ihren Niederschlag gefunden. Sie ist eingeschlossen in die allgemeine Friedenspolitik des Bundeskanzlers, sie wurde in einer Resolution der Sozialistischen Internationale bekräftigt, wurde in öffentlichen Stellungnahmen des Parteivorstandes und der Bundestagspräsidentin übernommen.

Die zahlreichen Anträge, die auf der Bundesfrauenkonferenz Nürnberg zu Organisationsfragen angenommen wurden, ferner entsprechende Satzungsbeschlüsse des Außerordentlichen Parteitages in Bad Godesberg (Dezember 1971) haben zur Konzipierung neuer Richtlinien geführt, die im Juni 1972 vom Parteivorstand angenommen wurden.

Bereits aus dieser Aufzählung ist ersichtlich, daß sich das Schwergewicht sozialdemokratischer Frauenarbeit in den beiden vorhergehenden Jahren – wenn man vom Bundestagswahlkampf 1972 sowie der intensiven Arbeit an den Richtlinien der ASF einmal absieht – stärker auf den parlamentarischen Raum verlagert hat. Auch in organisatorischer Hinsicht wurde dieser Aufgabenstellung Rechnung getragen: Im Sommer 1971 wurde in der

SPD-Bundestagsfraktion eine Arbeitsgruppe Frauenpolitik konstituiert, mit Dorothea Brück als Referentin, die Arbeitsgruppe ist dem Arbeitskreis Sozialpolitik angegliedert.

Das gestellte Ziel dieser Parlamentarischen Arbeitsgruppe, bei einschlägigen Gesetzgebungsvorhaben die Belange der Frauen entsprechend zu vertreten, auch eigene Gesetzesinitiativen zu ergreifen und darüber hinaus Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, wurde bereits nach kurzer Anlaufzeit erreicht.

Wie bereits aus dem oben ausgeführten Katalog ersichtlich, geht es der parlamentarischen Arbeitsgruppe Frauenpolitik vor allem um die Umsetzung politischer Forderungen – des Bundesfrauenausschusses, der Frauenkonferenzen sowie der Parteitage – in die praktische Gesetzgebungsarbeit. Die Arbeitsgruppe nahm auch Einfluß auf die Regierungserklärung, ebenso wurden ihre Vorstellungen in der Debatte zur Regierungserklärung vertreten. Es ist zu ergänzen, daß entsprechend unseren Integrationsbestrebungen auch Fraktionskollegen in der Arbeitsgruppe mitarbeiten. Während also die Grundsatzarbeit und Umsetzung politischer Forderungen vom Frauenreferat der Bundestagsfraktion übernommen wurden, fanden sie durch das Frauenreferat beim Parteivorstand im organisatorischen Bereich eine Ergänzung. Der Bundesfrauenausschuß der Partei unterstützte mit konstruktiven Vorschlägen zur Eherechtsreform und zur Neuregelung der Strafbestimmungen bei Schwangerschaftsabbruch die entsprechenden Gesetzentwürfe, darüber hinaus erarbeitete der Bundesfrauenausschuß Vorschläge zur Öffentlichkeitsarbeit.

Die von der Arbeitsgruppe Frauenpolitik verfolgte Öffentlichkeitsarbeit bestand in einer engen Zusammenarbeit mit der Presse, mit den Gewerkschaften und den Frauenverbänden, darüber hinaus wurden Kontakte zu ausländischen Frauenvereinigungen aufgenommen, und zwar sowohl auf der Partei- wie auch der Verbandsebene. Die Arbeitsgruppe Frauenpolitik arbeitet eng zusammen mit einem festen Kreis von Journalistinnen/Redakteurinnen, die in Tageszeitungen, Illustrierten und Frauenzeitschriften, ferner in den Rundfunkanstalten, beim Hörfunk und Fernsehen beschäftigt sind. Es fanden Arbeitstagungen mit der Presse statt, auf denen anstehende Gesetzgebungsvorhaben ausführlich behandelt wurden; insbesondere ging es dabei um die Rentenreform für Frauen, ferner um spezielle Probleme der Besteuerung sowie die Arbeitsbefreiung berufstätiger Elternteile, wenn im Haushalt lebende Kinder erkrankt sind.

Eine weitere Arbeitstagung mit Journalistinnen wird zur Zeit vorbereitet, dabei steht die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ sowie Projekte aus dem Familienpolitischen Programm der Partei – u. a. Tagesmütter – im Mittelpunkt.

Durch eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften konnte darüber hinaus sichergestellt werden, daß die besonderen Anliegen der Arbeit-

nehmerinnen bei der Entwicklung einzelner Gesetzgebungsvorhaben wie auch bei der parlamentarischen Behandlung berücksichtigt wurden. Diese Kooperation ergab sich insbesondere bei der Behandlung des Frauenlohnproblems und der Rentenreform, soweit es um Arbeitnehmerinnen-Interessen ging. Unsere Gesetzesinitiative für die Arbeitsbefreiung berufstätiger Elternteile wurde ebenfalls mit den Gewerkschaften abgestimmt. Es bestehen ständige Kontakte zu den Sozialdemokratinnen, die aktiv mit der gewerkschaftlichen Frauenarbeit befaßt sind. In diesem Zusammenhang finden in regelmäßigen Abständen Gespräche zwischen Gewerkschafterinnen und sozialdemokratischen Parlamentarierinnen, aber auch eine laufende Unterrichtung über neue Gesetzgebungsvorhaben für Frauen statt.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde die Arbeit des Deutschen Frauenrats, dem politische Parteien noch nicht angehören, verfolgt. Entsprechend einem Wunsch des Bundesfrauenausschusses wurde beantragt, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in den Deutschen Frauenrat aufzunehmen. Eine Entscheidung hierüber kann erst in der Mitgliederversammlung des Frauenrats – voraussichtlich im November – gefällt werden. Die gegenwärtige Vorsitzende des Deutschen Frauenrats hat jedoch zugesagt, unseren Aufnahmeantrag zu unterstützen.

Aktivitäten auf internationaler Ebene fanden einerseits zwischen dem Bundesfrauenausschuß und den im Internationalen Rat Sozialdemokratischer Frauen vertretenen Parteien statt; es wurden auch darüber hinaus die Beziehungen zu Frauenorganisationen in den osteuropäischen Staaten intensiviert, die mit einem Treffen von Frauen aus West und Ost in Malente ihren Anfang gefunden hatten. Elfriede Eilers, Lucie Kurlbaum-Beyer, Annemarie Renger und Dr. Helga Timm nahmen an einem Seminar europäischer Frauen in Moskau teil, zu dem das Komitee der Sowjetfrauen eingeladen hatte. Die Kontakte zu kommunistischen Frauen wurden durch Studienreisen nach Jugoslawien, wo es insbesondere um die Probleme jugoslawischer Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik ging, und nach Ungarn vertieft. Vorgesehene Besuche in Bulgarien und Israel mußten wegen der vorgezogenen Bundestagswahlen verschoben werden. In Saarbrücken fand ein deutsch-französisches Seminar statt, an dem auch die Schweizer Genossinnen teilgenommen haben. Dabei ging es um die Rolle der Frau in der Partei und Gesellschaft, ferner um soziale Ergänzungseinrichtungen, die erforderlich sind, um den Frauen mit Familienpflichten eine berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit zu ermöglichen. Ein weiteres Drei-Länder-Seminar, und zwar Schweiz, Österreich und Bundesrepublik, wird zur Zeit vorbereitet. Dabei sollen Fragen der Eherechtsreform und des Versorgungsausgleichs bei Ehescheidung sowie der Entwicklung einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau behandelt werden.

Aktiv waren wir auch in die internationale Frauenarbeit der Sozialdemokratinnen eingeschaltet. 1971 fand ein Seminar des ICSDW in Helsinki zu

dem Thema „Die Rolle der Frau in sozialdemokratischen Parteien“ statt, an dem Annemarie Renger und Elfriede Eilers teilgenommen haben; Dr. Helga Timm referierte zu diesem Thema. Auf der Drei-Jahreskonferenz des ICSDW, 1972 in Wien, wurden Irène Pétry zur neuen Präsidentin, Betty Lockwood (Großbritannien) und Annemarie Renger zu Vizepräsidentinnen neu gewählt.

Die sich daran anschließende Konferenz der Sozialistischen Internationale behandelte erstmalig – aufgrund eines deutschen Vorschlages – das Thema „Gleichberechtigung der Frau in der Politik“, zu dem Helga Timm das Einführungsreferat hielt.

Nationale wie internationale Frauenaktivitäten wurden jedoch bereits im Frühjahr 1972 durch die schwierigen Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag nicht unerheblich eingeschränkt. Bereits im Frühsommer zeichnete sich ab, daß die Bundestagwahlen um etwa ein Jahr vorgezogen werden mußten. Aus diesem kurzfristig programmierten Wahlkampf ist unsere Partei zwar siegreich hervorgegangen, daß Frauen zu den Siegerinnen gehören, wenn man dies an der Zahl der errungenen Mandate mißt, kann man dagegen nicht behaupten. Die zunehmenden Schwierigkeiten für Frauen, überhaupt aufgestellt zu werden, gaben den Anlaß zu mehrfachen Interventionen im Parteipräsidium und Parteivorstand. Öffentliche Appelle des Parteivorsitzenden, des Parteivorstandes, des Bundesgeschäftsführers wie auch des Bundesfrauenausschusses, den Frauen bei der Nominierung eine reelle Chance zu geben, blieben weitgehend erfolglos; entsprechende Gespräche des Parteivorsitzenden mit den Vorständen in den Landesverbänden und Bezirken konnten allenfalls bewirken, daß die Plazierungen für Kandidatinnen auf den Landeslisten etwas günstiger als bisher ausfielen.

Zweifellos ist die Kandidatur von Frauen durch den vorgezogenen Wahltermin erschwert worden. Hieraus kann wohl nur die Konsequenz gezogen werden, die Frauen so früh wie möglich auf Kandidaturen vorzubereiten, unabhängig davon, ob sie sich um ein Mandat auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene bewerben. Es war nicht nur ein stärkerer Konkurrenzkampf der Kandidaten, erschwerender für Frauen wirkte sich aus, daß der politische Bewußtseinsstand, Frauen zu nominieren, wohl in der Parteispitze, nicht jedoch in den regionalen Gliederungen vorhanden war. Hier dürfte künftig ein außerordentlich wichtiger Tätigkeitsbereich für die Frauenarbeit in der Partei liegen. Die Bundesfrauenkonferenz wie auch der neue Bundesvorstand sollten prüfen, ob Seminare für politische Nachwuchskräfte weiterhelfen können, wenn man gleichzeitig die jeweiligen Bezirks- und Landesverbände veranlaßt, die qualifizierten Seminarteilnehmer durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu fördern.

Die Jungsozialisten in der SPD haben sich zwar eingehend mit dem Problem beschäftigt, Frauen in den verschiedensten Lebensbereichen zu emanzi-



pieren und haben hierzu eine Vorlage für ihren diesjährigen Bundeskongreß erarbeitet; Forderungen und Vorstellungen dazu, wie man für Frauen eine volle politische Mitverantwortung durchsetzen kann, finden sich dagegen in ihrer Stellungnahme nicht.

Der Arbeitskreis Emanzipation der Jungsozialisten analysierte zwar die bildungs- und berufliche Situation der Frauen, behandelt die Formen der Lohnungleichheit und die Rolle der Frau als Konsumentin; daraus abgeleitete Forderungen beziehen sich jedoch ausschließlich auf den Produktions-, Wohn- und Bildungsbereich. Daß die Frauen aber in so erheblichem Maße im politischen Bereich diskriminiert und unzulänglich an innerparteilichen Entscheidungsprozessen beteiligt sind, dieses Problem ist ganz offenbar auch von den Jungsozialisten noch nicht verstanden worden. Die konkreten Vorschläge zur Emanzipation der Frau sollten kritisch überprüft werden; hiermit wird sich auch der neu zu wählende Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen zu beschäftigen haben. Hierzu wäre es zweckmäßig, die vom Bundesfrauenausschuß angebahnten Kontakte zum Arbeitskreis Emanzipation, die von den Jungsozialisten nicht weitergeführt wurden, wieder aufzunehmen. Um Mißverständnisse von vornherein auszuschließen, können Emanzipationsforderungen nur insoweit behandelt werden, als sie auf dem Godesberger Programm der Partei basieren. In einer solchen Diskussion sollte ebenfalls die Situation der Frau in anderen Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen mit erörtert werden, deren Problematik auch dort noch nicht zufriedenstellend gelöst ist.

**Annemarie Renger**  
*Vorsitzende des Bundes-*  
*frauenausschusses*

**Elfriede Eilers**  
*Stellvertretende Vorsitzende*  
*des Bundesfrauenausschusses*

# Erläuterungen zum Rechenschaftsbericht

**Annemarie Renger, MdB**

Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses

Liebe Genossensinnen, mit dem Eintritt in die Regierung und mit der Regierungübernahme 1969 haben wir für die politische Arbeit der Frauen auch andere Möglichkeiten bekommen als in Zeiten vorher, sowohl auf der politischen Ebene als auch in der Mitwirkung auf der parlamentarischen Ebene. Bei dem Bericht, der Euch vorliegt, liegt der Schwerpunkt auf der parlamentarischen Ebene und das hat seinen guten Grund. Wir waren als Frauen auch dazu aufgefordert, die sozial-liberale Reformpolitik umzusetzen und noch mehr umzusetzen, das, was wir als Frauen in der Sozialdemokratischen Partei an praktischen Maßnahmen, an Gesetzen wollten, d. h. anders gesagt: Für die Überwindung der Benachteiligungen, über die wir heute reden, Grundlagen durch gesetzliche Maßnahmen zu schaffen.

Deswegen nimmt dieser Teil in meinem Bericht, der hier auf die Gesetze und die parlamentarische Arbeit eingeht, einen besonders großen Raum ein.

Wir haben seit 1969 im Parlament eine Arbeitsgruppe Frauenpolitik, die eine grundsätzliche Arbeit, verbunden mit Gesetzesinitiativen leistet, ohne nun hier etwa eine theoretische Grundsatzarbeit leisten zu können, wie sie von vielen gewünscht wird. Dazu erlaube ich mir gleich etwas zu sagen. Theoretische Grundsatzarbeit, liebe Genossinnen, hiermit haben wir schon ganze Bibliotheken gefüllt, die uns darüber Erkenntnis vermitteln sollen, welche Ursachen zu der benachteiligten Situation der Frau führen und welche traditionellen Vorstellungen hierbei noch eine Rolle spielen. Wir haben – soweit wir denken können – kein geschlossenes Weltbild anzubieten, das also all die Ursachen und Wirkungen zusammennimmt, um daraus die Gesellschaft der Zukunft zu bauen, sondern wir haben versucht, aus dem, was uns vorliegt, praktische Konsequenzen zu ziehen. Das bedeutet nicht, daß wir uns nicht um die Theorie kümmern sollten. Nur sollten wir uns dann überlegen, wer kann denn das eigentlich? Wir haben uns sowohl im Frauenreferat der SPD als auch in der Bundestagsfraktion nicht imstande gefühlt, theoretische Diskussionen und Grundlagenforschung durchzuführen.

Wir haben aber statt dessen, anregend und dauernd unsere Stimme erhoben und auch erreicht, daß in den Ministerien von der ursprünglichen Frauenenquete, die Ihr ja kennt, eine zweite Frauenenquete mit sehr viel mehr Aussage und praktischen Konsequenzen erstellt worden ist, die auch

auf die geschichtliche Seite unserer Situation zurückgreift. Nun hat inzwischen die CDU den Versuch gemacht, diese Arbeit beinahe zu ignorieren durch ihren Vorschlag, eine Frauenenquete-Kommission ins Leben zu rufen. Dies halte ich nicht für notwendig. Eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages kann diesen komplexen Sachverstand gar nicht aufbringen, um alle Bereiche zu umfassen, die bereits von wissenschaftlichen Institutionen, also Universitäten usw., erfaßt worden sind.

Daher glaube ich, daß es vielmehr richtig wäre, zu empfehlen, eine Synopse der bisherigen Forschung zusammenzustellen, damit wir einmal eine Gegenüberstellung der verschiedenen Meinungen zu diesem Problem haben. Ich bin ganz sicher, daß auch diese Versammlung hier nicht davon ausgehen kann, daß das – und das ist keine Diskriminierung – was im Jusopapier als Ursache für die Situation der Frau aufgezeigt ist, ausreichend ist, um auf dieser Grundlage Konsequenzen zu ziehen. Aus diesem Grunde würde ich bitten, vielleicht schließt Ihr Euch meiner Überzeugung an, den Parteivorstand zu beauftragen, eine wissenschaftliche Arbeit, ein Gutachten oder wie immer Ihr das nennen wollt, zu vergeben. Ich denke dabei an die Federführung einer Frau wie Helge Pross etwa, die weithin bekannt ist, und die vielleicht in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Grundlagenforschung machen könnte, aus der heraus wir nun endlich mal ein Papier hätten, auf dem wir ein Stück weiterkommen könnten.

Ich finde, daß der Vorschlag der CDU, der gemacht worden ist von Frau Wex und Herrn Barzel, überholt ist, und nur den Versuch darstellt, das zwei Jahrzehnte lange Nichtstun auf diesem Gebiet zu verdecken und nun den Eindruck zu erwecken, man wolle hier endlich den großen Schritt nach vorne machen.

Ich glaube sicher, daß Ihr mit dem Bericht, der Euch vorliegt, nicht sonderlich zufrieden seid. Im übrigen wäre das das erste Mal, daß jemand mit einem Bericht seiner Vorsitzenden oder seines Vorsitzenden zufrieden wäre. Aber liebe Genossinnen, wir haben unter den gegebenen Verhältnissen das Beste getan, das wir tun konnten. Ich erinnere noch einmal an die Bundesfrauenkonferenz Nürnberg. Als wir in Nürnberg über unser sogenanntes „Selbstverständnis“ kontrovers diskutierten, war mir nicht klar, was hierunter sachlich und fachlich zu verstehen ist, und was jeder darunter verstehen wollte.

Als wir in Nürnberg über dieses schwierige Thema sprachen, spielte ja eine Rolle: Was können wir als Bundesfrauenausschuß eigentlich tun? Und nun muß ich Euch noch mal in Erinnerung rufen, was denn der Bundesfrauenausschuß eigentlich bisher war. Wir haben ein Statut, und Ihr könnt dagegen meutern, daß ich mich immer ans Statut der Partei halte, weil ich der Auffassung bin, daß gewisse Konventionen, auch die Konventionen der

Partei, nun einmal dazu da sind, daß man sie einhält, zumal man sie im übrigen mit Mehrheit auf einem Parteitag beschlossen hat. Das Zusammenleben von Menschen kann nicht funktionieren, wenn nicht bestimmte Regeln eingehalten werden. Also hat sich der Bundesfrauenausschuß an dieses Statut gehalten, das den Bundesfrauenausschuß als ein beratendes Gremium des Parteivorstandes bezeichnet und behandelt. Und in diesem beratenden Gremium des Parteivorstandes waren alle weiblichen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften der Bezirke, also 22 Bezirke vertreten. Mit ihnen gemeinsam haben wir Arbeitsprogramme gemacht, haben wir Wahlanalysen gemacht, haben praktische Arbeit geleistet. Nur, liebe Genossinnen, macht bitte den Vorsitzenden, das heißt Elfriede Eilers und mir, nicht den Vorwurf, daß das, was wir uns in sehr ernsthaften, oftmals mühevollen Sitzungen dort erarbeitet haben, nun nicht auch in vollem Umfang in den Bezirken durchgesetzt worden ist. Ich kann Euch versichern, Ideen hatten wir genug.

Es ist auch nicht so, daß alle Bezirksvorsitzenden, alle weiblichen Bezirksvorsitzenden, immer an allen Sitzungen aktiv teilgenommen haben. Und dann, liebe Genossinnen, kann man nicht hinterher kommen und sagen, die haben gar nichts getan, wenn man selber am wenigsten dazu beigetragen hat.

Wir haben vor dem Bundestagswahlkampf die Überlegung angestellt, was wir tun konnten, um in dieser Partei gesellschaftspolitisch gesehen, das weibliche Element zum Tragen zu bringen, und aber auch die weibliche Wählerschaft für die SPD mehr zu engagieren. In meiner Einleitung habe ich gesagt, daß es großartig ist, daß sehr viel mehr Frauen als früher sich für diese sozial-liberale – und ich muß das betonen – daß sie sich für die sozial-liberale Koalition eingesetzt haben, weil sie gespürt haben, hier sind Kräfte, wohl vor allen Dingen in der SPD, aber auch in der FDP, die bereit sind, den Frauen ein Stück vorwärts zu helfen. Diese Einstellung haben wir genutzt und in den Wählergemeinschaften haben Frauen sich sehr engagiert für eine progressive Frauenpolitik eingesetzt.

Dazu haben wir viele Vorarbeiten geleistet, auch im Bundesfrauenausschuß. Dennoch – auch das geht aus dem Bericht hervor, muß hierbei überlegt werden, daß Wählergemeinschaften, Bürgervereinigungen, Bürgerinitiativen, liebe Genossinnen, kein Ersatz für aktive Parteiarbeit sind. Wählergemeinschaften sind ad-hoc-Gemeinschaften, sie sind Zweckgemeinschaften. Parteien müssen ein längeres Leben haben, und Parteien haben eine größere Verpflichtung und Verantwortung für das, was sie tun. Sie sind im Grundgesetz sozusagen als ein Stück unseres Staates verankert und unser Staat beruht auf der Parteiendemokratie. Wir müssen darüber nachdenken, in welcher Weise wir die Aktivität, das Mitmachenwollen der Frauen in Wählergemeinschaften, umsetzen können in Mitarbeit für die Partei.

Mit Unmut haben wir hier heute festgestellt, daß die Anzahl der weiblichen Parlamentarier auf Bundesebene und auch in anderen parlamentarischen Gremien sinkt. Es ist kein Trost, wenn nun einige wenige Frauen in ganz besonders hervorgehobene Positionen gekommen sind. Dieses ist zwar gut und besser als nichts, aber das ersetzt doch nicht die gleichberechtigte Mitwirkung der Frauen auf allen Ebenen.

Um dies zu erreichen, ist es erforderlich, daß Frauen aller Schichten einerseits begreifen, was das Wesen der Demokratie ist und in den Parteien mitwirken. Andererseits erleben wir, nachdem wir in den Augen der Männer schon längst gleichberechtigt sind, daß der Konkurrenzkampf voll ausgebrochen ist. Es fehlt aber immer noch das Bewußtsein, daß Frauen aufgefördert oder auch gefördert werden müssen, nicht, weil sie eine Sonderrolle spielen wollen, sondern weil eine mehr als 100jährige Geschichte uns in eine Rolle gedrängt hat, in eine Situation gebracht hat, die wir allein allerdings nicht überwinden können.

Wir müssen hier auf dieser Konferenz den Versuch unternehmen, Überlegungen anzustellen – bitte bringt doch einmal neue Vorschläge, die uns nicht schon eingefallen sind – wie wir die Frauen noch mehr aktivieren können, in die Parteien einzutreten, in die Gewerkschaften einzutreten. Liebe Genossinnen, wie denn anders als durch eine überzeugende Politik, durch eine überzeugende Agitation und durch überzeugungsfähige Persönlichkeiten, von denen man weiß, daß sie hinter dem stehen, was sie den Menschen sagen, daß sie für die Menschen arbeiten und nicht für ihre Karriere, können wir den Menschen für unsere Idee gewinnen?

Willy Brandt hat sich wirklich eingesetzt, um den Genossen in den Bezirken klarzumachen, daß zum Beispiel bei dieser Bundestagswahl Frauen stärker als je kandidieren müssen. Wir – Elfriede Eilers und ich – haben uns permanent dafür eingesetzt, in alle Delegationen Frauen hineinzubringen und für bestimmte Aufgaben Frauen herauszusuchen. Übrigens wird in der Antragskommission des kommenden Parteitages wiederum keine Frau vertreten sein. Liebe Genossinnen, ihr erlebt es ja selbst auch immer wieder, daß die Genossen nur tief Luft holen und sagen: „Schon wieder die Frauenfrage.“

Wir sind jetzt durch die Umgestaltung in eine Arbeitsgemeinschaft – eine politischere – nicht dem Inhalt nach, aber in den Möglichkeiten, eine politischere Gruppierung geworden, die den Versuch macht, über die Frauenarbeitsgemeinschaft auch ein Stück politischer Macht deutlicher zu machen, als wir es bisher konnten. Es wird an uns allen liegen, diese Macht in der Weise zu nutzen, daß die Genossen und Genossinnen draußen – ich sage besonders die Genossinnen – begreifen, daß sie sich aktiv beteiligen müssen, daß sie diese Möglichkeit ergreifen müssen, wenn wir Erfolg haben wollen

ohne daß hier ein Gegeneinander zwischen Basis und Gesamtorganisation entsteht.

Dazu ein paar Sätze. Ich habe vorhin gesagt. Arbeitsgemeinschaften dürfen sich nicht nebeneinander oder gegen die Partei entwickeln. Dies darf deshalb nicht geschehen, weil die Willensbildung sich in der Gesamtpartei entwickeln muß und nicht in den Arbeitsgemeinschaften. Wenn wir zuviel in die Arbeitsgemeinschaften verlagern würden, würde die Arbeit der Basis geschwächt werden und dies steht dem Selbstverständnis der Partei entgegen. Nehmen wir ein Beispiel: Jungsozialisten, Arbeitnehmer, Frauenarbeitsgemeinschaft, drei Gremien, in denen man seine Meinung zum Tragen bringen kann und die Basis, das heißt, der Ortsverein – liebe Genossinnen – der Ortsverein blutet vollkommen aus, weil in anderen Gremien bereits entschieden worden ist. Deswegen kann Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft doch nur bedeuten, die Erkenntnisse aus der Arbeitsgemeinschaft der Frauen hineinzutragen in den Ortsverein, in den Unterbezirk, in den Kreisverein, wie auch immer die organisatorischen Gruppierungen heißen. Im übrigen ist es nun wirklich an der Zeit, daß wir allgemeinverbindliche Bezeichnungen finden, damit wir immer wissen, von wem wir eigentlich reden.

Wenn Ihr den vorliegenden Rechenschaftsbericht lest, so ist er ein Bericht über die Arbeit des Bundesfrauenausschusses und wird getragen von Elfriede Eilers und mir, aber auch getragen von allen Genossinnen im Bundesfrauenausschuß, und somit von allen Genossinnen, weil es in den Diskussionen des Bundesfrauenausschusses keine anderen Auffassungen gegeben hat zur „Frauenpolitik“, wenn ich dies Wort einmal in Anführungszeichen sagen darf. Innerhalb des Bundesfrauenausschusses gab es keine grundlegenden Meinungsunterschiede; daß es draußen andere Entwicklungen gegeben hat, nun gut, das ist ja nicht zu übersehen. Und auch dazu ein Wort.

Die Bundesfrauenkonferenz in Nürnberg hat ein gewisses Zeichen gesetzt. Daraufhin haben sich einige Genossinnen des Bundesfrauenausschusses verständigt und haben gesagt, wir – meistens die älteren – möchten gerne, nachdem sich eine Gruppe, die sich „Emanzipation“ nannte, mit den Genossinnen, die sich mehr zu den Jungsozialisten, auch altersmäßig, hingezogen fühlten und auch wohl dahingehörten, in einen Dialog kommen. Wir möchten mit denen reden. Und wir haben einen Versuch gemacht. Elfriede Eilers, Inge Deumlich, Genossin Jansen als Referentin und ich, wir sind also nach Kassel gefahren, wo eine solche Zusammenkunft stattfand, um den Versuch zu machen, erstmal eine gemeinsame Sprache zu finden. Das war schwer, sehr schwer. Wir haben diesen Dialog nicht abgebrochen und ich hoffe, daß er mit Erfolg fortgesetzt wird. Dieser Dialog muß verhindern, daß wir uns nun auch noch in Altersgruppierungen aufsplitteln. Denn es erhöht unsere Schlagkraft nicht, wenn ich dieses Wort einmal ge-

brauchen darf, wenn nun die jungen Genossinnen, die wir so notwendig brauchen in der sozialdemokratischen Frauenarbeit, ihre Kraft in den Jungsozialistenbereich verlagern, in dem sie – ich bitte sehr um Entschuldigung, aber diese Bosheit kann ich nicht zurückhalten – auch nichts zu sagen haben. Liebe Genossinnen, wäre es nicht besser, gemeinsame Erkenntnisse und praktische Schlußfolgerungen in die Gesamtpartei hineinzubringen. Das setzt voraus – und da schließe ich mich absolut ein – daß jeder seine vorgefaßte Meinung korrigiert, daß wir zu einer gemeinsamen Sprache, zu einer gemeinsamen Ausgangsposition kommen, daß wir – wenn wir bestimmte Dinge sagen – darunter auch das Gleiche verstehen.

Ich habe vorhin gesagt, daß es in der Partei Frustration, so heißt das ja wohl heute, gibt. Frustrationen nicht zuletzt der älteren Genossinnen und derer, die weniger gebildet sind. Das ist eine sehr ernste Sache. Die Stärke unserer Partei beruht darauf, daß wir diesen Benachteiligten Möglichkeiten der Bildung verschaffen, damit sie mitdiskutieren können.

Laßt uns im neuen Bundesausschuß der ASF alle Fragen ganz unvoreingenommen diskutieren. Laßt uns, ich möchte sagen mit einem Schlußstrich unter das, was bisher war, neu beginnen. Das meinte ich auch vorhin mit einem neuen Beginnen unserer sozialdemokratischen Frauenarbeit. Vergeßt nicht, daß unsere Arbeit politisch nur Erfolg haben wird, wenn wir eine ganz enge Kooperation mit den Gewerkschaften haben. Da, wo Ihr könnt, bezieht die Kolleginnen – hier muß ich sagen die Kolleginnen Genossinnen – in die Diskussion mit ein, denn die kennen die Probleme. Sie können uns manchmal von unseren Träumen etwas herunterholen auf die ganz einfache Frage, wie machen wir es etwa mit dem gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

In meinem Rechenschaftsbericht kommt auch zum Ausdruck, daß sich der Bundesfrauenausschuß vorwiegend mit den frauenrelevanten Fragen beschäftigt hat. Warum mit den frauenrelevanten Fragen? Weil das Motto dieser Konferenz „Benachteiligungen überwinden“ heißt, mußten wir das tun. Wir haben für die Frauen in unserem Godesberger Programm und in unserem Regierungsprogramm viel zu bieten. Wenn wir als ASF ein Stück beitragen wollen zur Gleichberechtigung und darüber hinaus zur Emanzipation, dann können wir das ganz sicher nur in solidarischer Haltung, in einem Miteinander und nicht in einem Gegeneinander.

Als ich das schwere Amt – und es ist ein schweres Amt, das darf ich Euch sagen – der Vorsitzenden des Bundesfrauenausschusses übernommen habe, habe ich zu Alfred Nau und den Parteivorstandsmitgliedern gesagt: Ich stelle mir vor, das ist eine Lebensaufgabe. Es ist nicht nur meine Lebensaufgabe, es ist auch die Eure und die wird noch recht lange, sogar über diese Generation hinaus, die hier versammelt ist, bestehen bleiben.

# Auszüge aus der „Selbstverständnisdiskussion“ der Bundesfrauenkonferenz Ludwigshafen

**Dorothee Vorbeck**    Bezirk Hessen-Süd

Liebe Genossinnen, wenn wir den schriftlichen Bericht und das was Annemarie Renger vorgetragen hat Revue passieren lassen, so drängt sich der Eindruck auf, daß eine Vertreterin der Frauenarbeit gesprochen hat, die sich im Grunde der Frage entweder nie gestellt hat, oder aber sie nicht beantwortet hat, warum machen wir überhaupt Frauenarbeit? Ja, man könnte sogar den Eindruck haben, daß wir im Grunde, da wir sie nun einmal machen, wenn wir auch nicht wissen warum, ein schlechtes Gewissen haben und beispielsweise immer befürchten müssen, die eigentliche Arbeit im Ortsverein oder wo auch immer könnte dabei ausbluten. Das heißt, es gibt keine Antwort auf die sehr wichtige Frage, warum haben wir eine Arbeitsgemeinschaft und warum legen wir, die wir hier versammelt sind, den Schwerpunkt unserer Arbeit auf Frauenarbeit. Das aber muß doch im Mittelpunkt eines politischen Berichts über einen Zeitraum von zwei Jahren stehen. Und das, Genossinnen, müssen wir hier leisten, nachdem es in dem Bericht der Vorsitzenden überhaupt nicht angeklungen ist. Wir müssen doch überhaupt erst einmal fragen, gibt es einen Grund, eine besondere politische Frauenarbeit zu machen? Wenn es diesen Grund gibt, müssen wir ihn benennen. Das heißt, wir müssen analysieren, warum Frauen besonders, angesprochen werden müssen und in besonderer Form politisch arbeiten müssen.

Zu dieser Analyse hat der Bundesfrauenausschuß, dem ich angehört habe, kaum etwas beigetragen. Der Arbeitskreis „Emanzipation“ hat immerhin Ansätze geliefert. Wenn wir diese Analyse geleistet haben, dann – meine ich – muß eine politisch verantwortliche Frauenfunktionärin sich fragen lassen, was hat sie zur Bewältigung dieser besonderen Frauenprobleme getan?

Aber das ist nicht das einzige. In zweiter Linie müssen wir unsere Partei – die SPD – fragen, warum hält sie es überhaupt für richtig, den Frauen den Status einer Arbeitsgemeinschaft zu geben? Warum hält die SPD es für richtig, daß wir eine besondere Frauenarbeit machen? Was stellt sie sich dabei vor? Das ist eine Frage, auf die wir auch von unserer Partei kaum eine Antwort bekommen haben. Zuletzt war es im Langzeitprogramm wieder abzulesen, daß hierzu die Aussagen der SPD nicht ausreichend sind.



Das wiederum wäre ein Ansatzpunkt für eine Arbeitsgemeinschaft der Frauen, hierzu konkrete Aussagen zu machen. Ich meine, und ich hoffe, daß die Selbstverständnisdebatte, die wir noch führen, uns Gelegenheit gibt, dazu noch Näheres zu sagen.

Wir müssen uns einmal fragen, wie kommt es, daß in einer Partei wie der SPD, die als eine Partei angetreten ist, in der in dieser Gesellschaft Benachteiligte die Möglichkeit erhalten, für ihre Interessen selbst einzutreten – und das war der Anspruch, den sie als Arbeiterpartei erhoben hat –, wie kommt es, daß in dieser Partei eine wesentliche Gruppe wie zum Beispiel die Frauen, die Benachteiligten darstellen? Wie kommt es zum Beispiel, daß wir in einem Jahresbericht sehr Vieles und sehr Gutes darüber hören, was die SPD für uns Frauen getan hat, aber leider in dieser selben Partei wir Frauen unsere Sache nicht selbst in die Hand nehmen konnten, zum Beispiel als Mandatsträgerinnen in den Parlamenten, um unsere Interessen selbst zu vertreten.

Wenn wir dann darüber klagen, daß Gespräche mit den Führungsspitzen der Partei keine Verbesserung bei der Mandatsverteilung gebracht haben in Zielrichtung Frauen, dann ist das wieder eine so völlig falsche Haltung zum Problem. Es kann nicht darum gehen, daß wir von Gnaden eines Parteivorstandes oder auf gutes Zureden irgendwelcher Parteiobermänner Mandate zugestanden bekommen. Es kann nur darum gehen, daß wir selbst Forderungen an diese Partei stellen, denen die Partei sich von ihrem eigenen Selbstverständnis her nicht entziehen kann, und daß diese Forderungen nur an der Basis, das heißt in den Ortsvereinen, in den Organisationen, wo Mandate vergeben werden, gestellt werden können. Es ist klar daß es dabei zu Konflikten kommen wird, die wir dann durchstehen müssen, es nützt nichts, zu jammern oder eine Akademie für die Weiterbildung von Frauen zu fordern. Nein, da geht es nur darum, die Partei zu fragen, was sagt ihr selbst dazu, daß es in Euren Reihen den Frauen nicht anders geht als in der Gesamtgesellschaft? Wie hältst Du, SPD, das aus?

Und ich glaube, daß es dann nicht angeht zu sagen, das Godesberger Programm ist eine Linie, über die wir nicht hinausgehen dürfen, wie es im schriftlichen Bericht heißt, daß Emanzipationsforderungen nur insoweit behandelt werden können, als sie auf dem Godesberger Programm basieren. Emanzipationsforderungen sind Forderungen, die mit dem Selbstverständnis der SPD absolut Hand in Hand gehen. Und wenn es wirklich dazu käme, daß die SPD – was ich für ausgeschlossen halte – Forderungen nach Selbstbestimmung von Gruppen in dieser Partei, zum Beispiel Forderungen der Frauen nach Selbstbestimmung, als konträr zum Godesberger Programm auffassen könnte, dann glaube ich, versteht sie ihr eigenes Programm nicht mehr. Sie versteht sich dann nicht mehr als eine Partei, die den Zweck verfolgt, die benachteiligten Gruppen dieser Gesellschaft in die



Lage zu versetzen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. Insofern geht es sicher auch darum, Frauen zu befähigen, Politik zu machen. Eine wichtige Aufgabe für uns.

Aber es geht mindestens auch darum, diese SPD so zu verändern, daß wir als Frauen in dieser Partei im Gegensatz zur Gesellschaft wirklich gleiche Möglichkeiten haben, zu arbeiten, gleiche Möglichkeiten, wie alle anderen Mitglieder dieser Partei. Dann hätte die SPD sich allerdings geändert. Und auf diese Änderung – meine ich – müssen wir hinarbeiten.

### **Dr. Irmgard Krupka** Bezirk Hessen-Süd

Genossinnen und Genossen. Nachdem bei der Genossin Vorbeck jetzt schon einige Vorwürfe angeklungen sind, halte ich es doch für wichtig, daß wir angesichts der letzten Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei wenigstens im Rahmen der Frauenarbeit den Versuch einer objektiven Analyse bestehender Differenzen unternehmen, wenn politische Frauenarbeit nicht bereits in ihren Anfängen zu einer Farce abgeurteilt werden soll.

Es kann nicht im Interesse einer Arbeitsgemeinschaft liegen, das Gedankengut anderer Interessengruppen zu übernehmen oder gar mit terroristischen Methoden aufgezwungen zu bekommen. Wir müssen vielmehr davon aus-

gehen, daß für uns Frauen mehr Reformen notwendig sind als für andere Gesellschaftsgruppen, weil auf der ganzen Welt noch kein einziges Gesellschaftssystem existiert, das dem emanzipatorischen Gedanken auch nur annähernd gerecht würde.

Ich will dabei von dem Grundsatz ausgehen, daß wir uns insofern einig sind, als es sich um ein soziales Gedankengut handelt, das auf demokratische Art und Weise durchgesetzt werden soll. Weiterhin muß festgehalten werden, daß wir uns als Frauen ein eigenständiges Programm erarbeiten müssen, weil wir bis heute feststellen konnten, daß Männer nur widerstrebend bereit sind, Verbesserungen für die Situation der Frau zu schaffen, weil sie dadurch ihrerseits auf eine ganze Menge bequemer Privilegien verzichten müßten.

Auch in diesem Punkte bin ich optimistisch genug, allseits Übereinstimmung voraussetzen. Wir Frauen sind nun eine altersmäßig weit gestreute Interessengemeinschaft, um die mehrere Gruppen werben, weil sie auf diese Art und Weise durch Verstärkung zu profitieren hoffen. Wenn es uns sozialdemokratischen Frauen nicht in absehbarer Zeit gelingt, unser Recht auf Eigenständigkeit durchzusetzen müßte ich allerdings für die Zukunft die Existenzberechtigung eigener Frauenarbeitsgemeinschaften erheblich in Frage stellen.

Die Leidtragenden würden dabei die große Masse der sozial am schwächsten dastehenden Frauen sein, die uns mit immer härter werdenden Gesichtern angesichts unseres immer lauter tönenden Emanzipationsgeschreis entgegenreten. Diese Frauen, denen einige unter uns mit einem geistigen Hochmut ohnegleichen eine Fülle intelligent klingender, hochtrabender Fremdwörter entgegenschleudern, müssen es sich gefallen lassen, daß man sie der Dummheit bezichtigt, wenn sie sich nicht zu Methoden des Kampfes entschließen können, die ihnen nichts als Nachteile einbringen.

Wir können doch nicht im Ernst von unseren Arbeiterinnen verlangen, daß sie für uns die Kastanien aus dem Feuer holen, die wir dann fein säuberlich in unsere Körbe sammeln und triumphierend dem Volke als eigene Erfolgstat vorweisen. Diese Frauen haben ein Recht darauf, im Anschluß an zehn redegewandt vorgetragene systemüberwindende Sätze eine Antwort auf ihre berechtigte Frage zu bekommen, auf welcher ökonomischen Grundlage diese Überwindung stattfinden soll.

Sie sind sicher bereit, Vorteile auch für eine nachfolgende Generation zu erkämpfen, sobald sie konkret über Leistung und Gegenleistung aufgeklärt worden sind. Die Bildungs- und Studienfreiheit wird schließlich auch mit ihren Steuergroschen finanziert. Und deshalb, gerade deshalb haben sie es nicht verdient, daß nun die Generation, der all diese Vorteile zugute kommen, ihre Bildung dahingehend ausnützt, daß sie noch nicht einmal

den Versuch unternimmt, in einer allgemein-verständlichen Sprache zu sprechen und damit die Arbeiterin ihrerseits von jeglicher Mitarbeit ausschließt.

Das kann und darf nicht der Sinn einer Frauenarbeitsgemeinschaft innerhalb einer Sozialdemokratischen Partei sein.

Genossinnen und Genossen, ich halte es für außerordentlich wichtig, daß wir heute diese Selbstverständnisdiskussion führen. Aber Politik im Rahmen einer demokratischen Partei bedeutet noch immer die Durchsetzung einer Gesellschaftsordnung im Interesse und zum Nutzen des Bürgers, der mich in freier Entscheidung wählt. Wählen kann man aber nur das, was man versteht. Und wenn ich unter Mitarbeit des Bürgers Reformen durchsetzen will, muß ich sie ihm verständlich machen. Dazu gehört in erster Linie, daß es mit gelingt, Theorien in der Sprache vorzutragen, die gerade die Frauen verstehen, die Hilfe am dringendsten benötigen.

Die Strategie für Frauenarbeitsgemeinschaften bedeutet für mich in erster Linie Einbeziehung der Arbeiterinnen in unsere Arbeit sowie aktive Zusammenarbeit mit unseren Gewerkschaftsfrauen. Den Stellenwert müssen wir uns allerdings selber erkämpfen, indem wir eigenständig arbeiten und sozialdemokratische Forderungen gezielt mit Frauen aufstellen. Unsere politischen Möglichkeiten werden dann adäquat mit unseren Fähigkeiten steigen, die Interessen aller Altersklassen gemeinsam zu tragen und in einem gemeinsamen Programm festzulegen.

### **Vera Rüchel** Bundesfrauenausschuß

Genossinnen, ich bin der Meinung, daß die Frage, ob wir eine Arbeitsgemeinschaft für Frauen in unserer Partei brauchen, überflüssig ist. Wir sind uns doch wohl alle inzwischen einig geworden, daß wir keine besondere Frauenarbeit nur für Frauen machen wollen in unserer Partei, sondern daß wir echte Frauenpolitik machen wollen. Und das ist doch ein ganz wesentlicher Unterschied. Wir haben gerade am Beispiel des § 218 gesehen, daß wir Frauen in der SPD eine echte Frauenpolitik machen können. Hierzu ist die Arbeitsgemeinschaft der Frauen in unserer SPD notwendig, damit wir das gemeinsame Gespräch mit den Genossen suchen, und wir uns der Auseinandersetzung stellen. Wir müssen versuchen, die Linie und die Haltung der Partei selbst in unserem Sinne zu verändern. Das halte ich für die echte politische Aufgabe der ASF.

Ein kurzes Wort noch zu den Analysen. Meine lieben Genossinnen, Analysen gibt es massenhaft. Es gibt so viel Analysen, daß wir sie alle gar nicht lesen können. Ich bin eine Frau der Praxis, und ich meine, wir sollten praxisbezogene Politik machen. Ich hoffe, daß dieser Kongreß in diesem Sinne ein politischer Kongreß wird. Ich danke Ihnen.

## Dr. Anke Riedel-Martiny LV Südbayern

Liebe Genossinnen, liebe Genossen. Ich möchte die Diskussion ein wenig zurückführen auf den Rechenschaftsbericht, aber dabei das, was wir auch mit diskutieren wollen, nicht völlig aus den Augen verlieren. Ich möchte zwei Dinge ansprechen, die in dem Bericht nicht zur Sprache kamen. Das eine ist, daß wir Richtlinien erarbeitet haben, bzw. daß der Bundesfrauenausschuß Richtlinien erarbeitet hat. Das ist doch sicher eine Möglichkeit, politische Grundsatzüberlegungen darüber anzustellen, warum machen wir eigentlich Frauenarbeit und wohin soll sie zielen? Was wollen wir als Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Gesamtpartei erreichen.

Insofern hätte dies in einen Rechenschaftsbericht hineingehört, ebenso wie eine Broschüre zur Frauenarbeit „Erster praktischer Teil“ erarbeitet auf der Grundlage einer Arbeit von Christine Schmarsow, die, soweit ich weiß, auch einen theoretischen Teil vorbereitet und den ersten Entwurf vorgelegt hatte. Dieser aber ist nie wieder beraten worden, zu meinem großen Bedauern. Den praktischen Teil habe ich mit redigieren helfen, und ich habe versucht, das Erstellen des theoretischen Teils voranzutreiben. Das ist leider nicht gelungen. Auch dies hätte in den Rechenschaftsbericht gehört, um die Grundlagen unserer gegenwärtigen politischen Frauenarbeit zu reflektieren und damit auch eine Zielvorstellung zu geben: Welches ist denn der Bezugsrahmen, in dem wir unsere Arbeit verstehen?

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte: in dem Rechenschaftsbericht scheint mir die Frauenarbeit im parlamentarischen Raum überbewertet zu sein im Vergleich zu der im außerparlamentarischen Raum. Ich habe an verschiedenen Sitzungen der Arbeitsgruppe Frauen im Bundestag teilgenommen und möchte die Arbeit dieser Gruppe von dieser Stelle aus ausdrücklich anerkennen. Diese Gruppe halte ich für nötig und meine, daß sie gute und sachlich richtige Arbeit leistet, von der auch ich viel profitieren kann. Ich meine aber, daß wir als ASF nicht identisch sind mit dem kleinen Häuflein der Bundestagsabgeordneten, die sich in Bonn versammeln, sondern im Gegenteil, daß wir als ASF Anstöße für die Arbeit im Parlament geben sollten, weil wir eine große sozialdemokratische Frauenarbeitsgemeinschaft sind, und weil die Parlamentarierinnen andere Aufgaben haben als wir. Wir sollten den Parlamentarierinnen zuarbeiten und nicht das zur Kenntnis nehmen, was die Parlamentarierinnen machen. Von daher sollte das Ziel ganz anders angelegt sein. Unser Motto lautet „Benachteiligungen überwinden“. In einen Rechenschaftsbericht hätte deswegen hineingehört, welche Position die ASF im Gesamtzusammenhang der politischen Arbeit bezieht zugunsten der Frauen als einer weniger privilegierten oder sogar unterprivilegierten Gruppe. Es hätte deutlich werden müssen, wessen Privilegien in welcher Weise von der politischen Aufklärungsarbeit der ASF eigentlich angegangen wurden und in Zukunft angegangen werden sollen. Dies hätte – ganz konkret und mit Beispielen belegt – vorgetragen werden müssen.

## **Marlene Lubek**   Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Genossinnen, schon die Griechen haben harte Diskussionen über die gesellschaftliche Stellung der Frau geführt. Das Wissen darum läßt mich mit Gelassenheit an diesem Kongreß teilnehmen!

Auf allen Tagungen macht man die Erfahrung, daß Teilnehmer – haben sie sich einmal zu Wort gemeldet, kaum von ihrem Vorhaben abzubringen sind. Es sei mir deshalb gestattet – auch wenn es schon spät ist – einiges erläuternd zu dem auszuführen, was meine Vorgängerinnen z. T. nur angedeutet haben. Ich werden dabei reden wie ich immer zu reden pflege und bin überzeugt, daß ich von allen hier verstanden werde. Auch eine Arbeiterin würde mich verstehen, wenn sie hier anwesend wäre! Aber welcher Betrieb gibt denn einer Arbeiterin für einen Bundesfrauenkongreß der SPD zwei oder drei Tage frei? Selbst bei einer Angestellten dürfte das schwierig sein.

Genossinnen, es klang hier vorhin so etwas wie eine Animosität gegen sogenannte Intellektuelle an. Man befürchtet – mit Recht – daß sie ihre Interessen zu sehr in dieser Partei mit einer Terminologie vertreten, die für die meisten unverständlich ist.

Es entspricht den Tatsachen, daß wir immer noch ca. 60 % Arbeiterinnen bei berufstätigen Frauen haben, und die Bildungschancen der Mädchen in der BRD nach wie vor gering sind (man lese einmal Helge Pross: Bildungschancen der Mädchen in der Bundesrepublik).

Ich bin erst seit einigen Jahren Mitglied dieser Partei. Dank glücklicher Umstände habe ich eine etwas qualifiziertere Ausbildung erhalten. Ich bin Lehrerin. Als ich mich in dieser Partei engagierte, stand für mich von Anfang an fest – und es ist auch heute noch so – daß ich mich primär für jene einsetzen werde, die – aufgrund geringerer oder gar keiner Bildungsmöglichkeiten – nicht fähig sind, ihre Interessen gezielt zu artikulieren.

Ich komme aus Paderborn, einer CDU-Hochburg mit sozialdemokratischem Lichtblick. Unsere ASF hat im April 1973 25jähriges Bestehen. Aber nicht, weil ein paar „Gebildete“ an der Spitze standen, sondern weil alle – und das ist nach wir vor so – gemeinsam – in notwendiger Kooperation – sozialdemokratische Gesellschaftspolitik „vor Ort“ geleistet haben und noch leisten; mit dem Nahziel, mehr Frauen für die praktische politische Arbeit zu gewinnen und dem Fernziel, mit ihnen die Situation der Frau in unserer Gesellschaft verbessern zu helfen. Dabei war es für uns von großer Wichtigkeit, in ständiger Auseinandersetzung mit unseren Genossen, diesen klar zu machen, daß man Politik nicht nur für die Frau, sondern mit der Frau machen muß.

## **Lenelotte von Bothmer** Bezirk Hannover

Liebe Genossinnen und Genossen. Im Rechenschaftsbericht ist nicht erwähnt worden, daß der Bundesfrauenausschuß Kommissionen gebildet hat, die praktische Aufgaben hatten. Eine – an der ich beteiligt war – nannte sich „Vorschule, Kindergarten und Bildung“. Wir haben für den Wahlkampf eine Sache vorbereitet, die in eine Pressenotiz gefaßt werden sollte und den Tenor hatte „Platz für das Kind in der Gesellschaft“. Wir hatten Material für den Wahlkampf angefertigt. Das hat leider dann keine praktischen Folgen mehr gehabt. Unsere Pressenotiz ist nirgends erschienen, das Material konnte anscheinend nicht aufgenommen werden; darauf hatten wir als kleine Arbeitsgemeinschaft keinen Einfluß.

Nun zum Selbstverständnis von Frauen in dieser Partei. Wir werden immer wieder daran gemessen, ob wir Politik für die Frauen machen. Das halte ich für einen falschen Ansatz. Wir sollten nicht in erster Linie Politik für die Frauen machen, sondern wir sollten in erster Linie selber Politik machen. Wir sollten nicht versorgt werden wollen durch Politik, sondern wir sollten selbst sorgen.

Der einzelne hat in der heutigen Massengesellschaft keinerlei Chancen. Wir als Frauen sind bisher – soweit wir aktiv sind, einzelne – wir sind eine Minderheit geblieben und nicht selten eine solche, die den harten Wind gegen sich hat und sich in Verteidigung befindet. Wir wollen Veränderungen bewirken. Und gegen Veränderungen stehen all jene, die gewonnene oder geborene Rechte zu verteidigen haben. Das sind in dieser Männergesellschaft eben vorwiegend die Männer. Aber Veränderung – und das ist etwas, das alle schmerzt, die etwas zu verteidigen haben in diesem Sinne – Veränderung stellt von Grund auf in Frage. Wir müssen, wollen wir etwas bewirken in dieser Partei, von unserer Seite Bewegung hineinbringen. Stillstand kann sich keine Partei leisten. Wir müssen Berge von Vorurteilen und festgemauertem Beharrungsvermögen erschüttern. Frauen, die sich engagieren – und gerade bei der Wahl haben wir es erlebt, daß viele Frauen sich für die Politik und für die Politik unserer Partei engagiert haben – wollen helfen, etwas zu bewirken. Sie sollen, bevor sie als Jubilare geehrt werden, dort beteiligt sein, wo geplant und wo gehandelt wird.

Ich meine, eines unserer selbstverständlichen Ziele muß ein, unsere Basis ganz entschieden zu verstärken, so zu verstärken, daß wir an der Basis der Partei nicht mehr wegzudenken sind, daß wir in den Ortsvereinen eine solche Menge von Frauen haben, die sich gescheit, aber nicht – wie vorhin gerügt – nur etwa im Politologendeutsch äußern. Wir hätten den Wahlkampf nicht bestanden, wenn wir nur im Politologendeutsch gesprochen hätten. Also müssen wir uns doch einigermaßen verständlich ausgedrückt haben. Wenn wir die Basis in dieser Weise verstärken, dann haben wir selber ein Instrument in der Hand, um dafür zu sorgen, daß von Benach-

teiligungen bald nicht mehr gesprochen werden kann. Denn von da aus werden wir auch andere Positionen auf ganz rechtmäßigem Wege allmählich in die Hand bekommen.

Von Emanzipation wird natürlich heutzutage viel gesprochen. Aber ernsthaft diskutiert in der Gesamtpartei wurde nicht. Dies aber wäre eigentlich eine Selbstverständnisdiskussion, auf die wir unbedingt dringen müssen.

Ich halte es für unerträglich, ein Gemälde von Spaltung und mangelnder Solidarität, gerade von solchen, die offensichtlich Veränderungen fürchten, in der Öffentlichkeit zu malen. Dadurch prägt sich gerade in den Augen jener, die uns mit großer Hoffnung gewählt haben, das merkwürdige Bild einer sich offensichtlich zerfleischenden Partei. Es fällt dann denjenigen, die in geringerer Funktion der Partei sind, also nicht soviel zu sagen haben sehr sehr schwer, den Menschen beizubringen, daß es doch so eigentlich in Wahrheit nicht ist! Ich meine, daß verschiedene Standpunkte, auch ein unterschiedlicher Bewußtseinsstand, innerhalb der Partei etwas Selbstverständliches sind. Diese verschiedenen Standpunkte müssen ausgesprochen werden. Eine Partei lebt von Diskussionen.

Nur so – denke ich – kann sie überhaupt ihren Anspruch in der heutigen harten und ernsthaften politischen Auseinandersetzung behaupten.

### **Rosemarie Wrede**    Bezirk Hessen-Süd

Liebe Genossinnen, ich bin Pragmatikerin, d. h., ich möchte meine politischen Erkenntnisse immer gerne in die Tat umsetzen, eben Politik machen. Deshalb habe ich jetzt eine Frage an die Genossinnen, die in letzter Zeit diese ungemein intelligenten Thesen vertreten. Wie lassen sich diese Theorien nun in die praktische Politik übertragen? Meiner Erfahrung nach ist das so leicht nicht möglich. Es mangelt an einer ganz normalen Verständigung. Ich habe das Wort Kommunikation vermieden, ich bitte das zu vermeiden. Ihr könnt Euch doch gar nicht mehr verständlich ausdrücken. Die Massen, Genossinnen, verstehen Euch gar nicht. Die Leute auf der Straße sprechen nämlich eine ganz andere Sprache als Ihr. Aber woher solltet Ihr das wissen? Ihr habt ja gar keinen Kontakt zu den Arbeitern, zu den Arbeiterinnen. Mit wem sitzt Ihr denn dauernd zusammen? Ist es nicht so, daß Ihr Intellektuellen nur untereinander Eure Weisheiten austauscht? Also gewissermaßen im eigenen Saft kocht? Und wie steht es mit dem vielzitierten Sozialismus? Genossinnen, ist es wirklich Sozialismus, von dem Ihr sprecht? Ich meine, der Sozialismus ist menschenfreundlich. Wo aber seid Ihr menschenfreundlich und zu wem? Seid Ihr menschenfreundlich zu den älteren und alten Genossinnen und Gewerkschafterinnen. Realisiert Ihr überhaupt, daß sich diese Genossinnen eine andere Würdigung ihrer poli-



tischen Arbeit und Leistung nicht nur gewünscht hätten, sondern daß die Achtung der Genossen und Genossinnen zum größten Teil der einzige Lohn ihrer Arbeit war? Nein, menschenfreundlich seid Ihr nicht.

Wie aber ist es um Eure Solidarität bestellt? Ein anderes Eurer Lieblingsworte! Mit wem seid ihr solidarisch? Ich habe nur Solidarität Euch gegenüber fordern hören, wenn es um Euren Machtanspruch geht. Wir alle, die Sozialdemokratinnen, die ASF, alle sollen Euren Machtgelüsten dienen und wer das nicht tut, ist nicht solidarisch. So einfach ist das, Genossinnen.

Wir haben gesagt, die ASF soll den Frauen in der SPD helfen, den Vorsprung der Männer in Auftreten und Rhetorik, resultierend aus den ungleichen Erziehungsnormen, abzubauen. Warum aber tummeln sich in der ASF gerade diese ausgebildeten, meist akademisch gebildeten Intellektuellen? Um hier reden zu lernen? Ich glaube, liebe Genossinnen, wir sollten uns darauf besinnen, für wen wir sprechen und dann auch auf die Konsequenzen dessen, was wir sagen.

Ich stelle allen Genossinnen diese Frage, die meist mit den neuen Thesen der systemüberwindenden Maßnahmen auftreten. Es ist nicht so, daß das hier heute erst beginnt und daß wir vorher im luftleeren Raum gelebt haben, Genossinnen. Je nachdem, wo ihr herkommt, seid ihr stärker oder weniger stark damit konfrontiert worden. Es ist vorhin hier nicht gesagt worden, daß ich aus Hessen-Süd komme. Vielleicht reicht Euch das.

Diese Theorien, die heute hier vorgetragen werden, zeigen doch ganz deutlich, daß hier Ideologen am Werk sind und beileibe keine Analytiker. Wo ist denn bisher die Analyse dessen, was ist? Was ist denn die ökonomische Wirklichkeit? Und was wünschen die Frauen, für die wir sprechen, die Arbeiterinnen, die Angestellten und die Hausfrauen. Was denken sich eigentlich die Genossinnen dabei, wenn sie den Erfüllungsraum der Hausfrauen zertreten, ohne dafür auch nur annähernd Gleichwertiges als Ersatz bieten zu können? Ich finde, man sollte nur das verändern wollen, was man überhaupt kennt.

### **Anke Brunn** Bezirk Mittelrhein

Genossinnen, eben hat eine meiner Vorrednerinnen gesagt, sie könne das Geschwätz von den systemüberwindenden Reformen nicht mehr hören. Und im übrigen würden die Leute, die davon reden, sich auch immer so unverständlich ausdrücken. Ich möchte dazu doch etwas sagen. Noch immer ist die SPD eine Partei, die sich eine Veränderung der Gesellschaft zum Ziel setzt. Das darf nicht in Vergessenheit geraten. Darüber sollte man auch auf einer Bundesfrauenkonferenz sprechen können.

Zum anderen hatte ich den Eindruck, daß das, was die Worte der Genossin Dorothee Vorbeck treffen sollte, durchaus nicht traf. Ich konnte sehr deutlich verstehen, was gemeint war. Wenn man Vorwürfe vorbringt, dann sollte man sie auch präzisieren.

Es ist kein Zufall: mit dem Abflauen einer theoretischen Diskussion in unserer Partei ist auch ein Verschwinden von Aussagen zur Frauenproblematik eingetreten. Ich möchte daran erinnern, was Ursula Linhoff vorhin gesagt hat. Sie spielte ja an auf das große Buch von August Bebel „Die Frau und der Sozialismus“, worin der Gleichberechtigungsforderung in unserer Partei zum Durchbruch verholfen wurde. Sie hat dagegen aus dem Godesberger Programm zitiert, allerdings aus dem Bereich der Wirtschaft. Wenn man den Passus über Frauen im Godesberger Programm sucht, so findet man kaum etwas. Im Langzeitprogramm steht gewissermaßen eine Nullaussage zu dem Problem der Frauen. Das sollte Anlaß unserer Diskussion sein. Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet die Jungsozialisten die theoretische Diskussion in der Partei aktiviert haben und auch einen Beitrag zur Emanzipation der Frau geleistet haben. In diesem Zusammenhang muß etwas zu dem Artikel von Annemarie Renger in „Vorwärts“ gesagt werden. Sie schreibt: „Mit der ihr von einer Minderheit solcher Theoretiker aufgezwungenen Diskussion kehrt die SPD jedenfalls an ihren Ausgangspunkt zurück. Sie soll erneut vor die Wahl gestellt werden zwischen Reform und Revolution.“

Wer hat von Revolution geredet? Das ist eine Unterstellung. Ich halte das für falsch, hier mit Unterstellungen zu arbeiten. Ich halte es für richtig, sich mit sachlichen Problemen auseinanderzusetzen. Diejenigen, die versuchen, mit vagen Aussagen, die auch Zitate unserer politischen Gegner sein könnten, zu operieren, die wollen damit eigentlich nur davon ablenken, daß sie keine Aussagen zu machen haben. Und dies – das meine ich jedenfalls – ist der Ausdruck einer rückwärts gerichteten Politik.

Darum haben wir auch die Selbstverständnisdiskussion der ASF gewollt. Wir sind uns klar, daß wir heute nicht zu einer abschließenden endgültigen Aussage kommen. Wir haben einen Antrag gestellt, der gleich von den Delegierten meines Bezirks noch näher begründet wird, worin wir fordern, daß eine Arbeitsgruppe der ASF sich damit beschäftigt, uns Vorschläge zu machen, uns Diskussionspunkte zu erarbeiten, als Beitrag der Frauen zur Fortentwicklung unserer Parteiprogrammatik, nicht nur zur Frauenproblematik, sondern zur Parteiprogrammatik allgemein, weil das in einem Zusammenhang zu sehen ist. Hierbei sollte man – auch wenn es noch nicht perfekt ist – auf dieses Papier der Jungsozialisten zurückgreifen. Es gibt leider im Moment in unserer Partei nichts anderes zu diesem Thema. Wer anderer Meinung ist, kann gleich vorkommen und sagen, welche Papiere es gibt. Ich würde mich freuen, wenn da noch etwas mehr vorhanden wäre.

Die Arbeit der ASF kann aber nicht nur darin bestehen, daß wir eine Theorie erarbeiten, daß wir eine Emanzipation an der Spitze, eine Emanzipation der Funktionäre erreichen; sondern wir müssen diese Ideen, die wir hier erarbeiten, umsetzen in den Arbeitsgemeinschaften. Und wir müssen massenhaft gemeinsam mit den Jungsozialisten und mit den Gewerkschaften verdeutlichen, was wir hier erarbeiten.

### **Ute Canaris** Bezirk Mittelrhein

Es ist eine falsche Alternative, Theorie und Praxis auseinander zu dividieren. Gerade wir Genossinnen, die wir uns darum bemühen, praktische Arbeit zu machen, merken doch immer wieder, daß wir die Theorie brauchen, um zum Beispiel den Maßstab zu haben, an dem wir unsere praktischen Aktionen und unsere praktische Arbeit messen können. Und eine solche theoretische Aussage ist ja auch das Godesberger Programm.

Und man darf nicht unterstellen, daß solche theoretischen Aussagen als Zielvorstellung von sozialdemokratischen Genossen oder auch von der Bevölkerung nicht verstanden würden.

Jetzt zu einer anderen Frage. Hier ist gesagt worden, ist eine ASF überhaupt nötig? Ich glaube, das ist nicht die Frage, sondern die Frage die hier gestellt werden muß, ist, warum ist die ASF als eine eigenständige Organisation innerhalb der Partei in der momentanen Situation nötig. Diese Frage aber ist die Frage nach der Analyse, die klären muß, was ist eigentlich das Selbstverständliche dieser Organisation. Wie versteht sie sich und was sind ihre konkreten Aufgaben. Und da geht es doch einfach darum, daß zum Beispiel das Godesberger Programm sehr wenig Konkretes aussagt über die Emanzipation der Frau. Es verzichtet auch auf diese Analyse. Deswegen geht es in der ASF unter anderem darum, wenn wir jetzt unsere Arbeit hier beginnen, in einer Kommission eine genaue Situationsbeschreibung zu leisten, die die allgemein formulierten Aussagen des Godesberger Programms konkretisiert durch einen Bezug auf genau diese Beschreibung der gesellschaftlichen Benachteiligung der Frauen. Erst muß geklärt sein, wo überhaupt die gesellschaftlichen Benachteiligungen der Frauen sind. Und das muß mit den Zielvorstellungen gekoppelt werden. Es ist wichtig, daß wir die konkreten politischen Aufgaben und die allgemeinen Zielvorstellungen und Analysen miteinander verbinden. Wir müssen theoretisch und praktisch arbeiten, damit wir die einzelnen Anträge und unsere einzelnen Reformansätze einordnen und messen können an dem allgemeinen Konzept. Dieses Konzept kann für mich nur heißen: Demokratischer Sozialismus. Demokratischer Sozialismus kann nur verwirklicht werden mit Hilfe antikapitalistischer Strukturreformen. Ich betone das Wort Reformen. Man sollte sich mit den Beschlußvorlagen und theoretischen Aussagen der Jung-

sozialisten erst einmal beschäftigen, bevor man hier unterstellt, es würden Revolutionspredigten gehalten.

Eine letzte Sache. Die Basisarbeit. Wir müssen die Basisarbeit verstärken. Die Frage ist aber, wie das möglich ist. Es geht nicht mit moralischen Appellen, daß wir die Genossinnen ansprechen, kommt in die ASF und arbeitet. Genau die jungen Genossinnen, die halt bei den Jungsozialisten aktiv sind, die brauchen keine moralischen Appelle, sondern eine emanzipatorische Grundkonzeption und sachliche Arbeit, um in die ASF zu kommen. Dahin müssen wir kommen, damit wir auch die jungen Genossinnen verstärkt in die ASF-Arbeit hineinbekommen. Und das ist eine Organisationsfrage. Wir müssen an der Basis versuchen, diese Arbeit zu verstärken, nicht nur die organisatorische, sondern die inhaltliche Aufgabe. Der neugewählte Bundesvorstand sollte es als eine seiner Hauptaufgaben sehen, genau hier eine Hilfestellung zu geben, Material zu sammeln, Kommissionen einzusetzen, die die Diskussion an der Basis über politische Sachfragen dann initiieren.

Ich bin der Meinung, daß das nur über die inhaltliche und theoretische Diskussion gehen kann. Und nur so können wir uns als Frauen auch einen Platz innerhalb der Partei verschaffen

Die theoretische Diskussion in der Auseinandersetzung der Jungsozialisten mit dem Langzeitprogramm hat inzwischen die theoretische Diskussion in der Gesamtpartei wieder anfragen lassen. Helmut Schmidt hat zugegeben, daß es an der Zeit ist, daß diese Partei wieder theoretisch über ihr Programm diskutiert, und daß das Godesberger Programm zur Diskussion steht. Nicht im Sinne, daß es geändert wird, sondern daß seine allgemeinen Vorstellungen konkret gefüllt werden an Hand eines solchen Programms.

### **Elfriede Eilers** Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Liebe Genossinnen und Genossen. Ich führe die Selbstverständnisdiskussion auf die Frage zurück, warum fühlen wir Frauen uns aufgerufen, eine besondere Aufgabe für uns in den Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Frauen zu sehen. Ich sehe für die ASF die Aufgabe, den gesellschaftspolitischen Nachholbedarf, der noch vorhanden ist bei vielen Frauen, um voll in der Partei integriert zu sein, aufzuarbeiten durch Bildungs- und Diskussionsmöglichkeiten, die ihnen das Rüstzeug geben, ihre Aufgabe in der Gesamtpartei zu sehen.

Ich muß Euch sagen, Genossinnen, ich verstehe es nicht in dem Sinne, alle jungen Frauen in die ASF zu holen. Die ASF braucht sich nicht immer wieder zu regenerieren, sondern ich sehe das Endziel eigentlich in der Integration in die Gesamtpartei. Die junge Genossin, die bessere Bildungschancen hatte als manche andere, die hier noch im Raum sitzt, die über Kriegs-

und Nachkriegszeiten, über schulische Benachteiligungen nicht diese Aufgabe vollziehen konnte, diese junge Genossin hat nach meiner Meinung ein ganz anderes Durchsetzungsvermögen in der Sozialdemokratischen Partei. Nicht wir Frauen sind allein angetreten, Veränderungen in der Gesellschaft herbeizuführen, sondern diese Sozialdemokratische Partei, der wir uns alle verbunden fühlen. Sie ist angetreten, diese Gesellschaft zu verändern. Ich möchte Euch sagen, ich bin stolz auf das, was wir in drei Jahren geleistet haben. Wenn Ihr Euch einmal die 17 Punkte im Geschäftsbericht Annemarie Rengers anseht, dann seht Ihr, was in Bewegung gekommen ist allein auf dem schmalen Sektor der politischen Fragen, die Frauenarbeit mit angehen, und die die Gleichberechtigung der Frauen ein Stück weiter vorantreiben und ihre Integration bedeuten.

Die politischen Entscheidungen fallen nicht in Diskussionszirkeln der Arbeitsgemeinschaften der Frauen. Die politischen Entscheidungen, und ich glaube, wir müssen das Gefühl für Macht allmählich ein wenig stärker auch bei uns entwickeln, die politischen Entscheidungen fallen in den Ortsvereinen, in den Unterbezirken, in den Bezirkskonferenzen. Dort werden die Mandate verteilt, die uns verlorengelassen, wenn wir meinen, nur in einem routinierten System unsere Selbstbespiegelung betreiben zu müssen.

Genossinnen, es wirft uns keiner ein Mandat in den Schoß. Vom Grundsatz her wird es so sein, daß wir jedes Mandat und jeden wichtigen Platz, den wir bekommen, uns selbst erkämpfen müssen. Das können wir wohl in solidarischer Haltung mit den Frauen in vernünftigen Absprachen vorbereiten, aber ich glaube, die Entscheidungen fallen in Machtkämpfen in der Gesamtpartei. Und denen müssen wir uns als Frauen stellen.

Für mich heißt Emanzipation: Befähigung der Frauen zu freiheitlichem Denken und Handeln. Dazu müssen wir unsere Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften leisten. Die Genossinnen Erika Heß und Dr. Irmgard Krupka haben ausgedrückt, was ich hier nicht auch noch einmal wiederholen möchte. Ich bin dafür, daß wir Theoriediskussionen führen, wir werden sie stärker führen müssen. Ich bin dafür, daß wir auch das Juso-Papier darin einbeziehen, um daran unsere unterschiedlichen Auffassungen gegenseitig zu messen. Aber ich halte es für genauso wichtig, daß wir z. B. einen Leitfaden für Verbraucherpolitik im Bundesfrauenausschuß in einer Untergruppe entwickelt haben, daß wir das Handbuch der Frauenarbeit auf den Tisch gelegt haben, das von anderen Arbeitsgemeinschaften mit angefordert wird, weil sie es als ein notwendiges Handwerkszeug ansehen. Auch das familienpolitische Programm, das von sozialdemokratischen Frauen gefordert wurde, halte ich für ein solches Handwerkszeug, um daran unsere theoretischen Diskussionen weiter zu entwickeln, aber vor allen Dingen auch in die Praxis hinein zu gehen, um denen, die sich verbal nicht artikulieren können, eine Schützenhilfe zu geben und ihnen Material zu geben, daß sie diesen theoretischen Prozeß nachvollziehen können.

## Herta Däubler-Gmelin LV Baden-Württemberg

Liebe Genossinnen und Genossen. Ich darf – genau wie Elfriede Eilers – noch einmal die Frage nach der besonderen Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen aufwerfen. Diese Frage stellt sich besonders, wenn wir uns alle einig sind, daß es geschlechterspezifische Politik nicht gibt, daß also besondere Frauen- noch Männerthemen existieren. Die Frage stellt sich auch, wenn wir uns einig sind, daß die SPD gesellschaftsverändernde Politik betreiben will. Welche Aufgabe hat die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen dann? Wenn es uns doch klar ist, daß wir als Frauen keine Machtgruppe, keine Kampftruppe in der SPD sein wollen. Wenn es uns klar ist, daß wir eine Sondergruppe nicht sind? Die Frage nach der Aufgabe, liebe Genossinnen, stellt sich zur Zeit auch für eine andere Arbeitsgemeinschaft – für die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer. Und deren Lage ist auf den ersten Blick noch viel absurder, wenn wir uns die Geschichte der SPD als Arbeiterpartei in Erinnerung rufen. Wenn es nun eine gesonderte Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer innerhalb der SPD geben soll – welche Funktion und welche Bedeutung kann und soll diese Arbeitsgemeinschaft dann haben? Nun, zunächst zur Arbeitsgemeinschaft der Frauen. Wir verstehen uns als Gruppe der Bevölkerung, die auf Grund persönlich erfahrener Benachteiligungen der Auffassung ist, daß unsere Gesellschaft in bestimmter Weise verändert werden muß. Die Tatsache dieser gemeinsamen Erfahrung teilen wir mit der Gruppe der Arbeitnehmer in unserem Staat, in unserer Gesellschaft. Insofern treffen wir uns mit deren Stellung. Insofern könnte man die Bedeutungen der beiden Arbeitsgemeinschaften vergleichbar sehen.

Es gibt noch eine weitere Gemeinsamkeit, die sich auch auf die Bedeutung unserer Arbeitsgemeinschaft auswirkt: Wir kommen nicht weiter, wenn wir nicht danach fragen, woher unsere gemeinsam erfahrenen Benachteiligungen kommen. Wir kommen in unserer Politik nicht weiter, wenn wir uns davor drücken, deutlich auszusprechen, uns darüber zu verständigen, wo die wirklichen Ursachen unserer gemeinsam erfahrenen Benachteiligungen liegen. Die Auffindung dieser Ursachen aber muß Gegenstand einer Theoriediskussion sein. In diesem Zusammenhang müssen wir mehrere Fragen ansprechen. Einmal die Frage, ob die Benachteiligung nur auf das Verhältnis zwischen Mann und Frau zurückgeht. Oder ob nicht vielmehr das Verhältnis von Mann und Frau, von Eltern und Kindern sehr viel mit dem Zustand der Gesellschaft zu tun hat? Und ob dieses Verhältnis nicht dazu führen muß, unsere Wirtschaftsordnung zu überdenken – ein Vorhaben, das wir innerhalb der SPD ja laufend anstreben? Erst vor diesem Hintergrund, wenn diese Erklärung erfüllt ist, gewinnen die Formulierungen an Kontur und Klarheit, die wir alle, ungeachtet unseres Standpunktes, im einzelnen gemeinsam gebrauchen, nämlich die der Emanzipation und der Gleichberechtigung. Vor diesem Hintergrund werden dann sehr bald unterschiedliche Auffassungen sichtbar, wenn wir nach den konkreten daraus ab-

geleiteten Forderungen fragen. Daraus kann nämlich folgern, daß gesellschaftliche Einrichtungen als Hemmnis gegen die Aufhebung der Rollenschriftschreibung wirken können.

Wir werden das morgen in den Arbeitskreisen und bei der Behandlung der Anträge diskutieren müssen. Unserer Einschätzung nach wird die Funktion der Familie, insbesondere die der Kleinfamilie, sehr stark diskutiert werden müssen. Ebenfalls wird zu fragen sein, welche Formen der Bildungseinrichtungen aller Stufen wir für sinnvoll halten, unter dem Gesichtspunkt unseres besonderen Anliegens. Und all dies hat seine Auswirkungen auch auf die Form der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, auf Form und Inhalt ihrer Arbeit. Wir haben Ansatzpunkte zur stärkeren Selbstorganisation an der Basis auf Gemeindeebene. Wir haben Modelle; Bürgerinitiativen, Wählerinitiativen haben sie geliefert. Wir alle können von ihnen viel lernen. Wir in Baden-Württemberg haben dies bereits versucht. Wir hoffen, dafür Vorteile zu gewinnen für die Arbeit jeder einzelnen Genossin an der Basis. Denn, liebe Genossin Kuppke, es kann doch nicht darum gehen, wie Du es ausdrückst, daß „unsere Arbeiterinnen uns die Kastanien aus dem Feuer holen“. Es kann vielmehr nur darum gehen – und ich glaube, daß ich das auf Grund meiner Erfahrungen im Bereich der gewerkschaftlichen Schulungsarbeit sehr wohl beurteilen kann – zusammen mit unseren Kolleginnen und Genossinnen unsere gemeinsamen Bedürfnisse zu formulieren und hier auch ganz konkret zu werden. Bestimmte konkrete, genau definierte Vorhaben auf Gemeindeebene bieten uns Ansatzpunkte. Wir können sie aufgreifen. Handelt es sich nun um Projekte der Elternmitbestimmung, und Projekte wie beispielsweise die „Aktion sicherer Schulweg“ oder handelt es sich um die fallweise Schulung von Genossinnen, die am Landtagswahlkampf aktiv teilnehmen sollen. Wir in Baden-Württemberg haben versucht, und ich glaube wir haben es mit Erfolg versucht, eine Gruppe von 10 bis 15 Frauen zu schulen, die im Landtagswahlkampf, im Kreistagswahlkampf und im Bundestagswahlkampf als Diskussionsrednerinnen ihre Frau gestanden haben. Dabei haben sie nicht eine Alibi-Funktion für eine Männerpartei ausgeübt. Sie haben vielmehr gezeigt, daß es mehr und mehr „politische Menschen weiblichen Geschlechts“ gibt.

In dieser Weise fortzufahren halte ich für den Ausdruck richtigen Selbstverständnisses sozialdemokratischer Frauen. Diesen Punkt halte ich für wesentlich für die Bestimmung der Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.

Noch ein Wort zu den Jungsozialisten. Vergleichen wir die Voraussetzungen der gemeinsam erfahrenen Benachteiligungen zwischen Arbeitnehmern und Frauen, und fragen wir nach diesen Voraussetzungen auch für die Gruppe der Jungsozialisten, so stellen wir fest, daß sie dort fehlen. Einen derartigen Berührungspunkt gibt es zwischen unserer Arbeitsgemeinschaft und

der der Jungsozialisten somit nicht. Es scheint mir dehalb auch absurd anzunehmen, wir könnten ein Wurmfortsatz der Jungsozialisten sein. Aufgrund unserer unterschiedlichen Voraussetzungen ist dieses wohl kaum denkbar. Mit den Jungsozialisten und ihrer Arbeitsgemeinschaft verbindet uns eine ganz andersartige Gemeinsamkeit. Wir brauchen wie sie mehr Diskussion, mehr frischen Wind, mehr theoretische Überlegungen, wir brauchen mehr Schulung, wir brauchen mehr Durchblick. Wir brauchen Diskussion, um nach außen geschlossen auftreten zu können, und wir brauchen diese Diskussion auch, um einen Standpunkt zu erarbeiten, den wir dann solidarisch verfechten.

Liebe Genossinnen und Genossen, bitte fällt nicht auf Leute herein, die Euch einreden wollen, wir, die wir die Diskussion suchen, seien blutleere Intellektuelle und Schwachköpfe. Jeder von uns, der Wahlkämpfe geführt hat und der Wahlkämpfe mit Erfolg geführt hat, weiß ganz genau, daß wir alle nichts erreichen, wenn wir nur Schlagworte gebrauchen.

### **Eva Meinerts** Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Liebe Genossinnen, ich möchte noch mal auf die mehrfach angeklungene und uns alle immer wieder bewegende Frage zurückkommen: Warum eigentlich geht es uns als Frauen in dieser Partei nicht besser, als es uns in der Gesamtgesellschaft geht?

Wenn wir über unsere Rolle in der Partei nachdenken, müssen wir uns doch immer wieder diese im Grunde erstaunliche Frage stellen, warum es uns in dieser zur Emanzipation angetretenen Partei nicht besser geht als in der Gesellschaft insgesamt. Wir wissen ganz genau, daß Appelle, selbst Appelle an den Bundeskanzler und Parteivorsitzenden, überhaupt nicht weiterbringen können. Die Partei ist nun einmal – und das muß uns klar sein – ein Spiegelbild der Gesellschaft. Und jene Unterdrückungsmechanismen, denen wir in der Gesellschaft ausgesetzt sind, die sind nun einmal die gleichen wie in der Partei.

Zu fragen ist nach den Ursachen. Wir müssen uns klarwerden als Frauen insgesamt und als sozialdemokratische Frauen im beonderen, daß unsere Unterdrückung von der Unterdrückung im Arbeitsbereich resultiert, daß sie dort ihre eigentlichen Ursachen hat, und daß sie dort nur bekämpft werden kann. Unser Kampf für eine Verbesserung unserer Rolle in der Partei und in der Gesellschaft ist ein Kampf um Verbesserung der Rolle der Arbeitnehmer. Solange vom Arbeitsbereich her immer neue Zwänge ausgeübt werden, solange Männer in der Arbeitwelt von außen bestimmt werden, fremd bestimmt sind, unterdrückt werden, solange werden sie immer suchen, an wen sie diese Unterdrückung weitergeben können. Und



sie werden dafür uns Frauen finden. Kurz – solange wie wir die Emanzipation der Menschen am Arbeitsplatz nicht erreicht haben, wird es mit unserer Emanzipation nicht vorangehen.

Da möchte ich hier anschließen an das, was Annemarie Renger beklagt hat, daß uns Wählergemeinschaften ein bißchen das Wasser abzugraben drohen. Ich möchte es noch weiterführen. Es bilden sich heute allenthalben Frauengruppen oder Frauenparteien, die hoffen, daß sie die Rolle der Frau dadurch verändern können, daß sie gegen die Männer einen Kampf aufnehmen. Ich halte dies für unpolitisch und deshalb für falsch. Wir als SPD-Frauen haben die Aufgabe, allen Frauen und gerade diesen halbemanzipierten, diesen erwachten, aber im Grunde ratlosen Frauen, zu zeigen, wo die Wurzeln ihrer Unterdrückung liegen, nämlich im Arbeitsbereich. Wir müssen ihnen zeigen, daß nur die Politik eine echte Frauenpolitik ist, die mit einer Veränderung der Rolle der Menschen am Arbeitsplatz beginnt.

Darum bitte ich Euch heute als sozialdemokratische Frauen, alle Anstrengungen zu unterstützen und voranzutreiben, die auf Mitbestimmung zielen. Jede Mitbestimmungsforderung kommt am Ende uns als Frauen zugute. Hier muß der zentrale Ansatzpunkt für alle unsere Strategien liegen.

### **Christa Galm-Gräfe** Bezirk Hessen-Süd

Genossinnen, die Diskussion, die wir hier führen, halte ich für eine höchst bedeutsame Diskussion in der Geschichte der ASF. Bedeutsam deshalb, weil wir uns hier einem Widerspruch stellen. Wir stellen uns dem Widerspruch, daß diese Partei angetreten ist unter dem Motto, unter dem auch unsere Bundesfrauenkonferenz steht „Benachteiligungen überwinden“. Aber wenn wir uns die Parteitage angucken, sitzen wenig Frauen und Arbeiterinnen dort. Wir stellen uns weiter dem Widerspruch, daß diese Partei angetreten ist, emanzipatorische Politik zu machen; und daß, wenn wir in den Bundestag sehen, dort eben die Gruppen, für die diese Politik gemacht werden soll, ebenfalls nicht vertreten sind.

Wir sollten festhalten, daß in der Geschichte der ASF dieses Problem seit langem wieder einmal diskutiert wird.

Frauen, die in der Politik und in der SPD tätig sind, machen, nach meiner Einschätzung, vor allem folgende Erfahrungen: Sie machen die Erfahrungen, daß auch eine Partei, die die programmatische Aussage macht, die Benachteiligungen aller unterprivilegierten Schichten aufzuheben und abzubauen, in ihrer eigenen Struktur ein Gebilde dieser Gesellschaft ist. Das heißt, Frauen machen die Erfahrung, daß sie zwar hier auf viel Wohlwollen treffen, wenn es sich um politisches Engagement handelt, daß aber

ihre Benachteiligung offensichtlich nicht darin liegt, daß sie zuwenig Mut oder zuwenig Initiative aufbringen würden, sondern daß ihre Benachteiligung ökonomischer Natur ist. Und sie macht weiter die Erfahrung, daß sich diese Benachteiligung auswirkt bis in Familie, Beruf und die Partei hinein.

Sie machen schließlich die Erfahrung, daß entgegen dem, was der Genosse Börner heute morgen gesagt hat, gerade die sogenannten Frauenfragen hochpolitische Fragen sind und keine Spielwiese für Frauen, weil gerade diese sogenannten Frauenfragen es erst ermöglichen, daß Frauen an der Politik teilnehmen. Ich darf nur an Kindergärten, an bessere Schulen, an Ganztagschulen usw. erinnern.

Frauen machen endlich die Erfahrung, daß diese Probleme ganz offensichtlich genau wie bei den Arbeitern nicht in Vertretung von anderen gelöst werden können, sondern daß sie durch die Betroffenen selbst gelöst werden müssen.

Welche besonderen Aufgaben könnten dann Frauen in dieser Partei leisten? Frauen haben durch ihre gesellschaftlich festgelegten Rollen in besonderem Maße Erfahrung mit den Schwachen und Benachteiligten in dieser Gesellschaft, wie zum Beispiel Kindern und alten Menschen. Das heißt, Frauen erfahren in besonderem Maße, wie diese Gesellschaft mit Menschen umgeht, die nicht unmittelbar mit ihrer Arbeitskraft zur Vermehrung privaten Profits beitragen. Aus dieser Erfahrung kommt sehr häufig das Bedürfnis nach einer theoretischen Einordnung dieser Phänomene, sowie nach der Analyse der gesellschaftlichen Umgebung, in der diese Phänomene entstehen.

Genossinnen, in diesem Zusammenhang möchte ich ein Wort sagen zur Theoriefeindlichkeit, die vorhin in den Beiträgen einiger Genossinnen angeklungen ist. Gerade aus dieser besonderen Erfahrung heraus, die Frauen machen, haben sie das Bedürfnis, ihre Umgebung anders und stärker zu analysieren, als das vielleicht in den Beiträgen einiger Genossinnen zum Ausdruck gekommen ist. Auch die SPD ist eine Partei, die auf einer Theorie aufgebaut ist und die mit einer Theorie angefangen hat, nämlich mit der Theorie, daß alle Menschen, die nichts weiter zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, dennoch gleiche Interessen haben gegenüber denen, die diese Arbeitskraft einkaufen und sie verwerten. Und das, Genossinnen, ist vor hundert Jahren nichts anderes als eine Theorie gewesen. Denn in der Praxis hat das ja wohl so ausgesehen, daß ein Arbeiter dem anderen den Rang abzulaufen versucht hat. Auf dieser Theorie ist aber unsere Partei gegründet und aufgebaut worden. Und die Theorie hat sich offensichtlich ganz kräftig in der Praxis durchgesetzt.

Deshalb können Frauen in einem ganz besonderen Maße zu einem neuen Theorie-Praxis-Verständnis beitragen. Sie können ihre Situation, die sie täg-

lich erfahren, zu analysieren versuchen, und diese Analyse dazu benutzen, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu verändern. Das aber, Genossinnen, heißt doch nicht theoriefeindlich sein, sondern daß heißt, die theoretische Arbeit fördern. Ich verstehe nicht, warum eine solche Agression gegen Theorie hier aufgekomen ist.

Frauen können weiterhin in dieser Partei so etwas wie eine Avantgarde, ein Vorreiter im Bewußtsein von Frauen und Männern sein. Sie können das Bewußtsein nämlich verändern, daß Politik nicht heißt, in Stellvertretung Politik für Frauen zu machen, sondern daß Politik heißt, Voraussetzungen zu schaffen, daß Politik *von* Frauen gemacht werden kann und nicht nur *für* Frauen. Das kann aber für die Arbeit der ASF in Zukunft nur heißen, daß wir nicht diskutieren, ob wir uns auflösen, verkleinern oder sonstwie verändern, das kann nur heißen: die Arbeit der ASF muß in theoretischer und praktischer Hinsicht gestärkt werden.

### **Annette Quiel** Baden-Württemberg

Diese Bundesfrauenkonferenz, Genossinnen, ist ganz sicherlich kein Spiegelbild der Gesellschaft, denn sonst würden hier mehr Arbeiterinnen und Hausfrauen oder aber solche, die die Doppelrolle erfüllen, zu sehen sein. Diejenigen, die sich zum Wort gemeldet haben bisher, werden sicher nicht dazu gehören. Diese Frauen sind, wenn sie sich für ein Mandat für diese Konferenz interessiert haben, bereits in der Bezirks- und Landesfrauenkonferenz hängengeblieben, weil andere, wortgewandtere Genossinnen ihnen den Rang abliefen. Den hier Anwesenden kann man daraus keinen Vorwurf machen, aber man muß Schlüsse daraus ziehen. Es ist nun einmal so: Auf allen Ebenen der Partei gibt es nicht mehr die sogenannte Konzessionsfrau. Wir finden sie vielleicht noch hier und da auf dem Lande, in einem ländlichen Ortsverein. Ansonsten aber muß in dieser Gesellschaft eine Frau halt viel besser sein, wenn sie die gleiche Arbeit und die gleiche politische Wirkung wie ein Mann haben will. Das bedeutet, daß wir das fehlende Wissen – jedenfalls soweit das möglich ist – aufholen müssen durch Bildungslehrgänge. Nun kann man sagen, die Friedrich-Ebert-Stiftung hat solche Lehrgänge, von Malente bis Kochel. Sicher. Nur gerade werden die Frauen kaum die Möglichkeit haben, eine Woche Urlaub zu nehmen. Bildungsurlaub bekommen sie nicht. Es sei denn, sie sind Beamtinnen und haben damit auch bereits einen Bildungsvorsprung. Oft verwenden sie einen Teil ihres Urlaubs bereits für die Pflege von kranken Kindern. Das bedeutet konkret, wenn es unsere Partei, auch dem Parteivorstand, wirklich ernst damit ist, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen zu unterstützen, dann müssen auch finanzielle Zuwendungen für diesen Zweck gemacht werden, damit auf regionalen Ebenen Wochenendseminare stattfinden können, wo man diese politische Bildung vermitteln kann.

Es wird niemand behaupten, daß unsere Partei mit Geld reich gesegnet ist. Nur ist es doch zu beobachten, daß der Geldzustrom von oben nach unten schließlich zu einem dünnen Rinnsal versickert. D. h. Ortsvereine, Kreise, Unterbezirke haben keine Mittel, um solche Lehrgänge durchzuführen. Das bitte ich die Genossinnen, die in den Bundesfrauenausschuß gewählt werden, ganz ernstlich zu bedenken und vorzutragen.

### **Dorothee Brüger** LV Bremen

Liebe Genossinnen, oft haben wir heute das Wort von den „Frauenfragen“ gehört. Ich meine, wir sollten uns dieses Wort abgewöhnen, denn wir sind die Hälfte der Gesellschaft. Also sind die Probleme, die wir für wichtig halten und die uns auf den Nägeln brennen, Gesellschaftsprobleme.

Zu diesen Gesellschaftsproblemen werden wir in der Sachdiskussion morgen ganz intensiv Stellung nehmen und werden aufzeigen, in welcher Art wir Politik machen müssen. In welcher Art wir die Gesellschaft verändern wollen.

Der Kernpunkt unserer Aufgaben für den neuen Vorstand sollte sein: Mehr Frauen in die Parlamente. Allerdings, so wie es unser Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz heute gesagt hat, jeder vierte Platz sollte einer Frau eingeräumt werden, dagegen möchte ich mich wehren. Nicht, weil wir Frauen sind, wollen wir irgendwo hineinkommen und in die Parlamente gewählt werden, sondern weil wir qualifizierte Aussagen, qualifizierte Arbeit machen.

Wir haben endlich die Konzessionfrau abgeschafft. Also laßt uns sie bitte nicht wieder einführen. Aber bisher hat es die Partei versäumt oder gar bewußt verhindert, daß sich Frauen qualifizieren können. An dieser Stelle liegen die Benachteiligungen. Keine Mutter mit kleinen Kindern kann zu einem Lehrgang fahren, wenn nicht die Kindergärtnerinnen zur Verfügung gestellt werden, die die Kinder während des Lehrgangs betreuen. Wenn größere, schulpflichtige Kinder da sind und es ist ein Wochenlehrgang, dann kann die Mutter die Kinder nicht mitnehmen. Sie müssen zu Hause sein und in die Schule gehen. Dann soll die Partei, wenn es sich um Lehrgänge zur wirklichen Qualifikation handelt das Geld bereitstellen, damit zu Hause die Familie durch eine Ersatzmutter versorgt wird. An dieser Frage wollen wir die Emanzipationsbereitschaft der Partei messen.

Im übrigen meine ich, werden wir sehr gespannt jetzt nach Hannover gucken müssen. Das Langzeitprogramm hat die ganze Partei seit einem halben Jahr beschäftigt. In Hannover soll aber daneben auch noch das familienpolitische Programm behandelt werden. Das bedeutet, die Gesellschaftspolitik, die uns auf den Nägeln brennt, weil sie die Gesellschaft ver-

ändern will, wird behandelt. Ich bin gespannt, ob bei dem gesamten Programm in Hannover die Familienpolitik wieder hinten runterrutscht, weil einfach keine Zeit mehr da ist.

Eines sollten wir noch für unsere Stellung innerhalb der Partei beachten. Wir müssen – wenn wir ernstgenommen werden, wenn wir unsere Macht anmelden wollen – genau wie die Männer um die Mandate kämpfen. Das heißt, wir müssen dieselben Regeln anwenden. Wir können es einfach nicht hinnehmen, daß wir in unsere Richtlinien, wie es zunächst beabsichtigt war, geborene Mandate mit hineinnehmen in Vorstandsämter. Nur gewählte Genossinnen können in Ämter hineinkommen. Wir müssen ganz streng trennen und sollten das, was in der Partei sonst üblich ist, hier auch anwenden. Danke schön.

### **Gertrud Zellfelder** Franken

Genossinnen und Genossen. Heute nachmittag ist sehr viel davon gesprochen worden, daß der Sinn dieser Konferenz sein soll, zu ergründen, was überhaupt der Sinn der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen sein soll. Wir haben als Thema „Benachteiligungen überwinden“. Das Ziel unserer Partei ist mehr oder weniger die Überwindung von Unrechtzuständen. Wir finden uns also da völlig übereinstimmend mit den Zielen unserer Partei.

Liebe Genossinnen. Benachteiligungen überwinden heißt schier nicht, daß wir nur Thesen aufstellen. Benachteiligungen überwinden heißt: Tun. Wo können wir etwas tun. Wir können tun am Arbeitsplatz, wir können tun auf der Straße, überall dort, wo uns Menschen begegnen. Wir müssen die gemeinsame Sprache finden. Allerdings nicht nur zwischen den Generationen, zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Mann und Frau, und zwischen den Menschen auf der Straße und uns. Wenn ich das so sage, dann deswegen, weil wir nicht davon sprechen können, daß der Mensch heute politisiert ist. Das ist eine kleine Minderheit.

Wenn wir von der Parteisprache sprechen, müssen wir fragen: Wer ist die Partei? Die Partei besteht aus vielen Mitgliedern. Alle diese Mitglieder sind Einzelpersönlichkeiten, die eine ganz eigene Stellung zu den Problemen haben. Der Einzelne, das einzelne Parteimitglied hat eine lange traditionelle Prägung hinter sich, genau wie die Frau. Was können wir tun, um hier meinungsbildend zu arbeiten? Wir Frauen müssen leider den Holzhackerweg, den Ochsenkarrenweg gehen. Wir müssen hinein in die Körperschaften. Wir müssen hinein in den Ortsverein. Wir dürfen nicht empfindlich sein. Was können wir tun, damit wir diese Empfindlichkeit überwinden, wenn wir einmal ausgelacht werden, wenn wir nicht die richtigen

Worte benützen? Wir müssen sehr viel mehr ermutigen, Schulungen zu machen. Wir müssen aber auch Hilfen anbieten.

Da sind wir bei der Forderung, die sowohl in einem Initiativantrag vorliegt, als auch von meiner Vorrednerin gestellt wurde, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Frauen muß über Geld verfügen.

Außerdem müssen wir wieder fragen, was benachteiligt uns eigentlich, nicht nur uns Frauen, sondern uns Menschen. Die Zwänge, die uns einengen, engen nicht nur die Frauen ein sondern auch die Männer, engen die Kinder ein engen jeden Menschen ein. So sollten wir wohl sehr viel differenzierter das Gespräch darüber eröffnen, was das heißt, solidarisch sein und dem anderen helfen. Dem anderen helfen heißt, das tun, was notwendig ist.

### **Angela Grützmann** Berlin

Liebe Genossen, liebe Genossinnen. Ich möchte erst etwas richtigstellen, was von Anke Riedel-Martiny hier vorgetragen worden ist. Die Richtlinienkommission hat nicht der Bundesfrauenausschuß bestimmt. Sie sind auf der letzten Konferenz hier gewählt worden aus der Mitte. 11 Mitglieder. Und zur ad-hoc-Kommission und der bemängelten Arbeit, jedenfalls so wie es Lenelotte von Bothmer darstellte. Lenelotte, Du und wir alle wissen ganz genau, daß diese ad-hoc-Kommission einberufen wurde im Frühjahr 72, wo noch kein Mensch was von Überläufern wußte und keiner wußte, daß wir im Herbst 72 wählen würden. Sie waren konzipiert auf eine Wahl im Jahr 1973. Und wenn trotzdem eine Kommission heute ein ganz konkretes Papier vorlegen kann, nämlich die verbraucherpolitische Schrift, dann können wir uns dazu gratulieren. Das aber nur vorneweg.

Ich möchte auf etwas zu sprechen kommen, von dem die Jusos sagen, sie hätten schon Plattfüße, sie hätten Plattfüße vom Stehen auf dem Godesberger Programm. Genossinnen, wir haben Platt- und Senkfüße nicht nur, weil wir auf dem Godesberger Programm unentwegt stehen, sondern weil wir auf der Emanzipation stehen und diese Debatte seit Jahren, seit Jahrzehnten führen. Dafür müßt Ihr, die ihr jung in der Partei seid, dafür müßt ihr wirklich Verständnis haben. Ihr erzählt uns, wie neu es für Euch ist, aber für uns ist es in der Tat nichts Neues. Und ihr müßt auch manchmal unsere Reaktion deshalb verstehen.

Über den Sinn und Unsinn der ASF werden wir immer wieder neu diskutieren müssen. Wenn ich mir dieses Jusopapier mal ansehe, scheint der Sinn schon durch die Beschreibung der Bildungssituation belegt worden zu sein. Ich möchte meinen, daß in der ASF viele Arbeiterrinnen unserer Hilfe bedürfen.

Um noch einmal auf das Jusopapier zu kommen. Wenn ich es lese, muß ich sagen, meine Enkel haben es gut. Die Emanzipation im Wohn-, Produktions- und Bildungsbereich wird dann also offenbar verwirklicht sein. Aber auch der Juso-Vorstand scheint auf bessere Zeiten zu hoffen, denn er hat bei den letzten Wahlen in der vergangenen Woche nicht eine Frau im Vorstand.

Genossinnen, ich bin egoistisch. Ich möchte meine Beteiligung jetzt sehen, oder die Beteiligung der Frauen. Und ich bitte Euch herzlich, verändert die Situation im Ortsverein jetzt. Aktiviert die Frauen endlich heute.

### **Antje Huber** Bezirk Niederrhein

Liebe Genossinnen, seit der Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft der Frauen als offizieller Arbeitsgemeinschaft neben denen der Jungsozialisten und der Arbeitnehmer muß, glaube ich, die Existenz unserer Arbeitsgemeinschaft neu begründet werden. Es geht nicht mehr an, daß wir auf die Frage: Brauchen wir eine solche Arbeitsgemeinschaft? —, einfach sagen, wir brauchen sie so lange, bis wir die Frauen, die schüchtern sind, praktisch an die Partei herangeführt, in sie integriert haben.

Ich glaube, die anderen Arbeitsgemeinschaften würden es sich verbitten, wenn man sagen würde, daß die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer etwa nur dazu da sei, Arbeitnehmer in die SPD zu integrieren oder sie an die SPD heranzuführen. Auch die Jungsozialisten würden es sich verbitten, wenn man sagen wollte, sie sollten nur junge Leute dazu befähigen, in der SPD ihr Wort zu erheben.

Wenn wir ernst genommen werden wollen, müssen wir uns eine ernste Aufgabe suchen. Die Jungsozialisten haben dadurch an Gewicht gewonnen, liebe Genossinnen, daß es ihnen gelungen ist, ein verlassenes Feld in der SPD neu zu beackern und sich damit Respekt zu verschaffen. In der Tat haben sie mit der Theoriediskussion eine Lücke gefüllt, zu welchem Ergebnis auch immer sie gekommen sein mögen. Und die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer nimmt sich des besonderen Feldes der Mitbestimmung und Betriebsverfassung an.

Was sollen wir nun tun? Und da meine ich, soviel können wir von den Jungsozialisten lernen, daß wir uns einmal einen Überblick über Benachteiligung machen und nicht nur — wie wir das immer schon getan haben — ein Projekt nach dem anderen aufgreifen. Wir sollten ein wenig mehr über Benachteiligung wissen. Es gibt viele gute Gedanken von Leuten, die heute mehr über die Gesellschaft wissen als wir, die aber ihr Wissen in sehr verklausulierter Fachsprache zum Ausdruck bringen. Hier sollten wir ansetzen und dies verständlich für uns alle machen, Nutzen daraus ziehen und Er-

kenntnisse. Wir könnten vielleicht als Arbeitsgemeinschaft der Frauen eine Übersetzerfunktion ausüben. Es scheint mir eine große Aufgabe, jedermann an der Diskussion in der SPD zu beteiligen. Denn da gibt es heute eine ungeheure Chancenungleichheit. Es gibt in unserer Partei nämlich drei Gruppen: eine mit einem Patentrezept, eine zweite, die glaubt, daß wir noch lange nach differenzierten, schwierigen Lösungen suchen müssen, und die dritte, auf die will ich jetzt abheben, die eigentlich gar nicht weiß, was los ist. Um diese sollten wir uns mal kümmern. Das gehört zur Solidarität in der Partei.

Hier ist gesagt worden: Es sprechen immer nur die von der Solidarität, die sich vor Veränderungen fürchten. Ich will hier sagen: Es haben nur die Veränderungen zustande gebracht, die solidarisch gewesen sind. Ich bin nie davon ausgegangen, daß es in der Partei Gruppen gibt, die die Partei spalten wollen. Es wäre töricht, so etwas zu denken, denn man findet nirgendwo anders eine große durchsetzungsfähige Partei. Es scheint ganz unmöglich, daß eine neue Partei in der Bundesrepublik Chancen hätte, sich durchzusetzen. Aber nur dann wäre sie interessant.

Daher gibt es keine Spaltungstendenzen in der Partei. Es gibt nur Richtungskämpfe. Und wenn wir das Wort Solidarität aussprechen, dann meinen wir damit Fairneß in der Diskussion. Alle müssen wissen, worüber geredet wird, und alle müssen in der Diskussion mitmachen können. Der Geist der Diskussion muß davon getragen sein, daß wir eine große Partei sind von Genossen, die sich in einer Grundidee verstehen, und daß wir nur als solch große geschlossene Gruppe unsere Ziele durchsetzen können.

### **Anke Fuchs** Bundesfrauenausschuß

Die Diskussion um die Frauenarbeit in der Partei ist schon uralte. Als ich in die Partei eingetreten bin, habe ich mir überlegt, Frauenarbeit mache ich nie, denn es müßte doch selbstverständlich sein, allgemeine politische Arbeit zu leisten. Insofern bin ich überrascht, daß heutzutage die jungen Genossinnen wieder Frauenarbeit in dem Sinne machen, wie wir eigentlich dachten, daß es schon lange überwunden sei. Aber dennoch – immerhin plädieren wir nicht wieder für einen Minderheitenschutz, und vielleicht ist auch diese Konferenz dazu angetan, uns auf dem Weg einer integrierten politischen Arbeit weiter voranzubringen.

Ich bin sehr geneigt, theoretisch zu diskutieren und es wäre sicherlich sinnvoll, wenn man zum Beispiel das Jusopapier zur Grundlage nimmt und dann versucht, theoretische Arbeit zu leisten. Nur ein Ansatz war hier in der Theorie falsch, Genossinnen und Genossen. Es wurde nämlich gesagt, daß die Arbeiterbewegung angetreten sei von der Theorie ausgehend, der Arbeiter hätte nur seine Arbeitskraft zur Verfügung. Das war keine



Theorie, Genossinnen und Genossen, sondern eine Realität, unter der die Arbeitnehmer angetreten sind, um ihre Situation zu verbessern.

Wie sieht das heute aus? Was wird hier heute diskutiert? Es geht doch nicht darum, hier Frauenprobleme isoliert zu diskutieren. Wir müssen überlegen, daß wir in dieser Partei mit Männern zusammenarbeiten. Die müßten sich eigentlich enorm freuen, wenn wir wieder versuchen wollen, auf die Frauenprobleme zurückzugehen, uns zu isolieren und die eigentliche Diskussion mit ihnen gar nicht mehr zu führen bereit sind. Es geht doch darum, den Männern klar zu machen, daß Probleme, die die Frauen angehen, allgemeine gesellschaftspolitische Probleme sind, die die Partei gemeinsam – Männer und Frauen gemeinsam – in die Wirklichkeit umzusetzen hat.

Bestes Beispiel § 218. Das hätten wir mit Frauengruppen nie geschafft, wenn es uns nicht gelungen wäre, die Männer davon zu überzeugen, daß es ein wesentliches Thema ist, das Männer und Frauen gleichermaßen etwas angeht.

Wir müssen die Männer davon überzeugen, daß sie sich mit uns einsetzen für allgemeine politische Themen. Und Genossinnen und Genossen, die Männer müssen einbezogen sein in den Umdenkungsprozeß, der notwendig ist, um im familiären Bereich aufzuräumen mit der Rollenverteilung. Und wenn eine Genossin sagt, die Friedrich-Ebert-Stiftung solle Kindergärten errichten oder es müßten Ersatzmütter geschaffen werden, dann frage ich, wer von Euch ist denn bereit, in seinem eigenen familiären Bereich durchzusetzen, daß der Vater auf die Kinder aufpaßt, wenn die Mutter zu einer Schulung fährt. Warum sind wir nicht bereit, im familiären Bereich umzudenken, daß wirklich eine gleichberechtigte Chance besteht.

Ihr seht, Genossinnen und Genossen, es gibt viel zu diskutieren und hier sehe ich auch den Ansatz für die Frage, was heißt Frauenarbeit in der Partei heute.

Sie heißt einmal Nachholbedarf in Schulung und Diskussion. Das ist noch immer ein weites Feld und wir haben nicht nur akademisch gebildete Genossinnen, sondern wir haben eine Fülle von Genossinnen, die es erstmal lernen müssen, sich in dieser Männergesellschaft durchzusetzen. Wir müssen uns zusammenraufen, um Themen zu erarbeiten, die wir für wichtig halten. Allerdings müssen wir auch ein bißchen Machtpolitik betreiben, um die Männer in der Gesellschaft davon zu überzeugen, daß sie um unsere Probleme gar nicht herumkönnen.

Insofern haben wir die Funktion, Verbündete zu suchen und diese Brückenfunktion, die die Frauenarbeit zu leisten hat, ist noch immer sehr wichtig.

Zum Abschluß, Genossinnen und Genossen. Wir sollten auch nicht an der Klagemauer stehen. Da waren wir doch vor 20 Jahren schon. Warum

fangen wir eigentlich damit immer wieder an? Wir sagen, wir wollen politisches Handeln. Wir wollen Probleme lösen in dieser Gesellschaft. Und warum muß man eigentlich bei jedem Thema zurückgehen auf das Feudal-system oder auf die geschichtliche Entwicklung. Das wissen wir doch. Wir haben doch die Analysen. Tun wir doch nicht so, als ob man das alles noch theoretisch erarbeiten müßte.

Politische Tätigkeit wollen wir und nicht die Klagemauer. Und deswegen, Genossinnen und Genossen, ist es unsere Aufgabe, die kleine Zahl derer, die bereit ist, sich politisch zu aktivieren und einzusetzen, zu vergrößern. Wenn wir auf diesem Wege sind, dann meine ich, können wir auch eine erfolgreiche Frauenarbeit leisten.

### **Iris Trübswetter** Bezirk Südbayern

Genossinnen, ich möchte auf ein Wort der Genossin Focke eingehen, daß wir uns in erster Linie um die Benachteiligten unter den Frauen annehmen sollten. Das heißt um die Unterschichtfrauen. Diese eklatanten Benachteiligungen, wie die Genossin Focke sie aufgezählt hat, abzubauen, ist jedoch Aufgabe einer jeden sich nur liberal gebenden Regierung. Wir müssen da zwar zweifellos nachstoßen, doch kann dies nicht unsere eigentliche und einzige Aufgabe sein. Mir scheint wichtig, durch ein verändertes Bewußtsein und durch wesentlich veränderte gesellschaftliche Bedingungen, die Benachteiligung der Frau schlechthin abzubauen, die bei der Geburt beginnt und über die Erziehung – die frühkindliche Erziehung wie die Erziehung in der Schule – dann später im Bereich der Familie und des Berufs fortgesetzt wird. Die Benachteiligung geht soweit, daß sie sogar Persönlichkeits- und Intelligenzentwicklung der Frau prägt. So gibt es eine amerikanische Untersuchung, daß die Intelligenzentwicklung der Frau gehemmt wird, wenn sie nur ausschließlich im Haushalt tätig ist und nicht den ständigen Anforderungen einer beruflichen Umwelt ausgesetzt ist, wie dies normalerweise beim Mann der Fall ist.

Wenn wir diesen ganzen Bereich der Frauenarbeit für uns in Anspruch nehmen, dann glaube ich, kommen wir nicht darum herum, intensive Theoriediskussion zu betreiben, um von dieser Theoriediskussion aus uns punktuell Strategien zu überlegen, wie diese Benachteiligungen abgebaut werden können. Wir müssen uns als ASF darauf beschränken, unsere gleichgelagerten Interessen als Frauen zu vertreten. Dazu müssen wir zunächst eine Analyse unserer Situation erarbeiten, so wie wir sie für zutreffend halten, Material genug ist vorhanden. Als Grundlage können wir das Jusopapier nehmen. Auf der Basis dieser Analyse müssen wir dann konkret werden und uns auf einzelne Punkte festlegen, die wir schwerpunktmäßig verfolgen wollen, sei es die Familie, seien es Leichtlohngruppen oder neue Wohnformen.

## **Eva Staudacher** Bezirk Niederrhein

Genossen und Genossinnen. Daß wir noch eine ASF brauchen, ist aus allen Diskussionsbeiträgen hervorgegangen. Daß die Zusammenarbeit mit den Jungsozialisten nicht überall weiterhilft, zeigt, daß keine Frau im Juso-Vorstand ist und daß auch nur ganz wenig weibliche Delegierte bei den Kongressen der Jungsozialisten waren.

Ähnlich wird es auch auf dem Parteitag Anfang April sein. Deshalb begrüßen wir es sehr, daß wir hier die Möglichkeit haben, wichtige Anträge zur Familienpolitik vorzubereiten und unseren Genossen schon Vorarbeit leisten können.

Wir haben im Wahlkampf gemerkt, wie gut es klappt, wenn wir Frauen Frauen ansprechen. Und ich meine, daher müssen wir uns eine wesentlich breitere Basis bei den Frauen schaffen indem wir die Bürgerinitiativen unterstützen. Und zwar nicht nur für unsere typischen Anliegen, Kindergarten, Schule, Sozialpolitik sondern sie unterstützen, vor allem auch vollkommen neue Dinge in die Wege zu leiten. Zum Beispiel müssen wir uns als Frauen um Städtepolitik bemühen. Wir müssen eingreifen wenn Stadt-sanierungen vorgenommen werden sollen. Wir müssen Bebauungspläne studieren usw. Damit haben wir uns viel zu wenig beschäftigt. Und in diesen Gremien ist ganz selten eine Frau vertreten.

Wenn wir nicht ganz neue Wege gehen und ganz neue Dinge anfassen, kommen wir einfach nicht weiter. Es wäre zu begrüßen, wenn wir zusätzlich zu einer Ministerin für Gesundheit, Jugend und Familie vielleicht das nächstemal auch eine Ministerin für Städtebau verzeichnen könnten.

## **Hannelore Benz** Bezirk Hessen Süd

Genossinnen, ich möchte nur einige Bemerkungen machen, die sich mir aufdrängen aus dem Vergleich der Praxis, aus der ich komme und dem, was ich hier gehört habe. Die Genossin Renger hat zweimal gesagt – und es ist auch noch verschiedentlich hier angeklungen – die Arbeitsgemeinschaften dürften keine Politik machen neben oder gegen die Partei. Genau das haben wir jahrelang gemacht: Politik im Kielwasser der Partei, die sich als Männerpartei versteht.

Das Resultat ist: Selbst dort, wo man aus optischen Gründen sich noch mit einigen vereinzelt Proporzfrauen umgab, ging die Zahl weiblicher Mandatsträger zurück. Man war unserer Mitarbeit sicher, ohne uns einen Preis dafür zahlen zu müssen. Man hat uns schlicht und einfach ausgenutzt. Jetzt ist es meiner Meinung nach höchste Zeit, daß wir auch gegen unsere Partei, gegenüber unserer Partei, unsere Ansprüche anmelden. Und das können wir nur, wenn wir innerhalb der ASF stark genug werden.

Holger Börner sagte vorhin, die SPD verdanke ihre Mehrheit den weiblichen Wählerinnen. Das ist richtig. Wer aber hat diese Mehrheiten mobilisiert? Das waren die Aktiven der ASF, die sich in drei harten Wahlkämpfen der letzten Jahre in zahllosen Versammlungen und Bürgerinitiativen an der Basis herumschlugen, in zugigen Dorfwirtschaften und Vorstadtlokalen, ihre Gesundheit ruinierten und Familie und Beruf vernachlässigten. Wen ich aber auf allen Ebenen vermißt habe, das waren die Gattinnen unserer Funktionäre, vom Unterbezirk bis zum Bundesvorstand. Genossinnen, es ist doch so: Wir schaffen die Arbeit, wir rackern uns ab, wir sammeln die Stimmen, und die anderen sahen ab. Ich bin immer tief gerührt, wenn ich in Wartezimmer-Illustrierten lese, mit welcher Garderobe, Frisur oder Schmuck unsere Bonner Damen in Paris ausgehen. Oder wie sie ihre Hunde dressieren, oder wie lieb sie zu ihren Kindern sind. Eine politische Aussage der Frauen aber, die von unserer Politik leben, habe ich bis heute vermißt.

Noch ein Wort von Holger Börner heute morgen. Er sagte: Laßt Euch nicht auf sogenannte Frauenfragen abdrängen. Hierzu kann ich nur sagen: Das könnte den Männern so passen, daß wir uns verzetteln in Themengebiete, wo wir wieder in die Minderheit geraten und mit leichter Hand majorisiert werden. Nein, wenn nicht mal wir die Frauenfragen anpacken, wer sollte es dann tun?

Hier Genossinnen, liegt die Aufgabe der ASF. Und hierauf sollte sie sich spezialisieren. Denn es sind noch viele weibliche Wählerstimmen zu aktivieren, und das ist doch letztlich das Ziel wohl aller Sozialdemokraten.

### **Friedel Büscher** LV Hamburg

Genossinnen und Genossen, es ist schon gesagt worden, daß es im Grunde *fast* keine speziellen Frauen- oder Männerfragen gibt. Die Betonung liegt auf *fast*. Es sind doch allgemeine gesellschaftliche Probleme. Wir sollten uns hüten, daß die ASF ein weiteres Spannungsfeld in der Partei wird. Auseinandersetzungen ja, aber dann in den Parteigliederungen, mit den Männern. Wir alle sind doch Funktionärinnen und doppelt belastet. Ich nehme an, daß wir alle *hier* mit beiden Füßen in der Parteiarbeit stehen. Konzentrieren wir uns in der ASF auf spezielle Fragen und geben Anregungen für die Parteidiskussion, um Benachteiligungen aufzuheben.

Helfen wir doch unseren Genossinnen, daß sie sich besser in der Partei behaupten können. Wir wollen doch erreichen, daß Frauen in der Partei ihren Mund aufmachen und in den Parlamenten besser vertreten sind. Alle Frauen haben leider nicht die Ausbildung und das Selbstbewußtsein, um ohne Hilfe in die Arbeit hineinzuspringen. Wir müssen darauf hinweisen, daß es nur eine gute menschliche Gesellschaft geben kann, wenn auch die Frau die ihr gebührende Stellung einnimmt.

**Karla Kohlmann** LV Berlin

Liebe Genossinnen, wie langweilig wäre doch manche Sitzung und manche Konferenz, wenn wir nicht die Jusos hätten. Diese Worte möchte ich meiner kurzen Rede vorausschicken. Ich will es ganz kurz machen, weil die Zeit schon so voran ist.

Ich möchte aber doch nicht die Worte unwidersprochen lassen, daß die jungen Menschen und die jungen Genossen nicht die Kontakte hätten, zu älteren und bedürftigen Menschen. Wir wissen alle, daß sich junge Menschen gerade vieler Wohnungssorgen älterer Leute angenommen haben, sie haben Wohnungen renoviert, kostenlos wieder hergerichtet, so daß alte Menschen wieder in einem einigermaßen menschenwürdigen Zustand leben können.

Wir haben in Berlin in Bezug auf die Partei etwas andere Verhältnisse. Liebe Genossinnen, ich gehöre nicht zu den Intellektuellen, ich gebrauche weniger Fremdworte. Das liegt aber nicht daran, daß ich sie nicht beherrsche, sondern ich aus meiner Tätigkeit heraus auf dem sozialen Boden sehr viel mit älteren Leuten zu tun habe, und ich stehe auf dem Standpunkt, daß gerade diese älteren Menschen – Genossen wir sind Sozialisten – unserer besonderen Fürsorge bedürfen.

Wie Ihr hier alle seht, bin ich eine der älteren, der ältesten Genossinnen im Saal. Das hindert mich aber nicht daran, unumwunden meine Meinung zu sagen, und ich sage es mit Stolz, daß mich die jungen Genossinnen in ihren Kreis aufgenommen haben. Nicht die Jugend muß mit uns den Kontakt suchen, sondern wir mit der Jugend. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir uns dann auch verstehen werden und auf einen Nenner kommen.

Ich muß also noch einmal die Ausdrucksweise von der Genossin Wrede vorhin rügen. Ich hatte vorhin schon gebeten, das hier zu tun, vom Präsidium ist aber nichts geschehen. Darum muß ich es hier noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen, weil ich das unter keinen Umständen im Raum stehen lassen will. Ich bedanke mich bei Euch.

**Renate Peters** Bezirk Westl. Westfalen

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn heute abend und heute nachmittag hier in der Diskussion schon mehrfach die Frage gestellt worden ist, ob wir als Frauen Politik für die Frauen machen sollen, scheint mir das eine Fragestellung zu sein, die nicht angemessen ist. Es kann doch wohl nur darum gehen daß Männer und Frauen Politik für Männer und Frauen machen, dabei aber Frauen den angemessenen Beitrag leisten, den zu leisten sie bereit und in der Lage sind.



Und diesen Beitrag können sie nur leisten, wenn eben Benachteiligungen abgebaut werden. Wir sind heute hier angetreten unter dem Motto „Benachteiligungen überwinden“. Dazu ist meiner Meinung nach eine Theorie-diskussion für diejenigen, die glauben, eine solche führen zu müssen, unerläßlich, auch das Bemühen um eine Analyse.

Ich bin sicher, daß etliche von uns Analysen im Hinblick auf die gesellschaftliche Situation und auf Detailfragen parat haben, aber deswegen können wir denjenigen, die sich um diese Fragen bemühen, nicht das Recht absprechen, diese Arbeit nachzuvollziehen oder noch neu zu tun.

Es ist also notwendig, Analysen durchzuführen, und ich bin sehr froh, daß gerade Annemarie Renger in ihrer Rede heute darauf hingewiesen hat, daß wir als Arbeitsgemeinschaft der Frauen beantragen sollen, zum Beispiel durch Helge Pross, eine solche Analyse für die Frauen und die Gesamtsituation der Frauen erstellen zu lassen.

Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, in der Praxis täglich Benachteiligungen aufzuspüren, sie zunächst zu erkennen und dann zu versuchen, sie Schritt für Schritt zu beseitigen. Wir alle wissen, in welchen Bereichen diese Benachteiligungen liegen. Im Bereich der Bildung etwa, im Bereich der Familie, am Arbeitsplatz, bei den Aufstiegschancen im Beruf und nicht zuletzt in der Politik.

Wenn wir aber darangehen, Benachteiligungen abzubauen, müssen wir uns ständig fragen, wie sie zustandekommen. Und, liebe Genossinnen, da meine ich, sollten wir auch den Männern Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Für mich ist es immer wieder bedrückend zu sehen, wie Benachteiligungen auch erzeugt werden können, nämlich durch die Behandlung der Jungen in der Schule.

Laßt mich das am kleinen Beispiel verdeutlichen. Wenn ich meine jüngste Tochter frage: „Möchtest Du lieber ein Junge oder ein Mädchen sein?“ Antwortet sie ganz selbstverständlich: „Natürlich lieber ein Mädchen, denn Mädchen werden in der Schule weniger ausgeschimpft und kriegen nie Wichse.“ Dagegen sagt mein Sohn: „Es ist immer das gleiche, dauernd werden in der Klasse Rügen verteilt, 20 haben wir, aber die Weiber haben keine, nur die Jungen.“

Liebe Genossinnen, wenn Jungen diese Erlebnisse in der Schule haben, und das sind keine Einzelfälle, das läßt sich nachprüfen, wenn Jungen solche Erlebnisse haben, können wir von ihnen nicht erwarten, daß sie später nicht auf andere Weise diese Benachteiligung auszugleichen versuchen. Wir haben eine Menge zu tun, um auch hier Benachteiligungen abzubauen.

Das ist eine Frage des Rollenverständnisses, und das scheint mir die entscheidende Frage zu sein. Weibliches Rollenverhalten zwingt uns noch immer in eine Ecke, nämlich, uns nach Möglichkeit angepaßt zu verhalten, auch in der Politik. Da beginnen unsere eigentlichen Schwierigkeiten, wenn wir als Frauen über das erworbene und anerzogene Rollenverständnis hinaus auf einmal so agieren, wie wir es für richtig halten im Sinne der Emanzipation. Wenn wir unsere Ansprüche anmelden und durchzusetzen versuchen, stoßen wir auf Barrieren, die noch vorhanden sind und abgebaut werden müssen.

In der Politik, liebe Genossinnen, kommen wir genau wie bei der Berufstätigkeit der Frauen zu Problemen, die von uns auch deutlich ausgesprochen werden müssen. Man spricht so viel von der Doppelbelastung der Hausfrau und Mutter und berufstätigen Frau. Ich meine, wir sollten an dieser Stelle mindestens von der Dreifachbelastung sprechen, nämlich von der Belastung durch Haushalt und Kindererziehung, zweitens von der Belastung durch berufliche Tätigkeit und vielleicht durch Tätigkeit in der Politik. Als dritte Belastung kommt noch das schlechte Gewissen hinzu; denn jede von uns muß stets und ständig auch gegen das anerzogene schlechte Gewissen leben und handeln, wenn sie über ihr anerzogenes Rollenbild hinaus Dinge tut, die *man* bisher als Frau nicht getan hat.

Wenn wir Politik betreiben, dann gegen das anerzogene Rollenbild, mit Tätigkeitsmerkmalen, die denen der Männer ähnlich sind, wenn wir Er-

folg haben wollen. Hinzu kommt, daß wir als Frau in der Arbeitsgemeinschaft der Frauen einfach von der Zeit her als politisch Tätige eine Doppelbelastung haben. Wenn ein Mann im Ortsverein arbeitet, arbeiten wir im Ortsverein und in der Frauengruppe, und das auf der Ebene der Ortsvereine, der Unterbezirke und diejenigen, die darüber hinaus noch tätig sind, auch noch auf höheren Ebenen.

Das sollten wir deutlich sagen und darauf sollten wir stolz sein. Wir sollten darauf hinweisen, daß wir das Doppelte an Zeit, Kraft, Energie und Einsatz zu leisten haben.

### **Bettina Rohn** LV Baden-Württemberg

Genossinnen, nur ganz schnell ein paar ganz praktische Anmerkungen zur Theorie-Frage. Hier wurde ein Popanz aufgebaut: nämlich der große Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen den intellektuellen Theoretikerinnen und den Praktikerinnen, über deren Köpfe die Theoretikerinnen hinwegreden. Ich habe von diesem „schrecklichen“ Gegensatz nicht nur hier gehört. Erlebt habe ich ihn aber praktisch nie. In unserer örtlichen ASF läßt sich z. B. beobachten: Wenn unsere Theoriediskussion träge wird und stockt, leiden gleichzeitig unsere praktischen Aktionen darunter. Außerdem merkt man, daß das Bedürfnis nach theoretischer Diskussion nicht bei den Intellektuellen besonders stark ist, sondern gerade bei denen, die zu kurz gekommen sind an Theorie, an Ausbildung. Ich glaube, es ist sehr hochmütig, so zu tun, als dürften wir die Theorie bei den weniger Ausgebildeten aussparen oder als müßten wir das sogar.

Hier wurden so oft die „Theoretikerinnen“ angegriffen. Dabei sind es nicht die, die gründlich Theorie betreiben, die dann etwa keine Zeit mehr hätten für die Praxis. Ganz im Gegenteil! Diejenigen, die die theoretische Arbeit machen, machen bei uns auch meistens praktische Arbeit. Und umgekehrt: Diejenigen, die sich vor gründlicher theoretischer Auseinandersetzung drücken, drücken sich auch meistens vor praktischer Arbeit. Es scheint da doch ein ganz enger Draht zu bestehen. Vorhin wurde gesagt: Analysen haben wir genug. Das stimmt nicht. Wir haben viel zu wenig Analysen. Das heißt nicht, daß wir uns immer wiederholen müßten. Wir müssen aber unsere praktische Situation und unsere Aktionen anhand der Analysen überprüfen. Dabei dürfen wir nicht in der Vergangenheit, in der historischen Analyse steckenbleiben. Wir müssen Zukunftsperspektiven entwickeln. Der reine Pragmatismus, das reine Betrachten von dem, was alles nicht stimmt, reißt keinen Menschen mehr vom Stuhl. So etwas bringt höchstens Resignation mit sich. Deshalb geht es gerade wegen der Praxis um die Theorie.



## **Renate Schröder** LV Hamburg

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht mir noch einmal um die Grundsatzdebatte. Warum ist eigentlich die ASF nötig? Und um die Theorie. Über die haben wir ja eben, hat meine Vorrednerin auch schon genügend geredet. Und Theorie muß sein, aber ich habe das Gefühl, wir vergessen manchmal die Praxis zu sehr. Sollte man nicht Theorie ruhig mit den Männern zusammen machen? Und sollten wir uns nicht in Zukunft überlegen, ob wir Frauen in der ASF etwas mehr die Praxis aufgreifen sollten. Wir sollten davon abkommen, intern zuviel eigene Kraft zu verbrauchen. Es ist einfach nicht mehr zu verantworten. Wir wollen doch die Bevölkerung aufklären. Wir wollen ihnen sagen, das und das wollen wir tun. Wir müssen mit den Frauen arbeiten und sprechen, und für sie arbeiten, aber mit ihnen zusammen.

Wir sollten vielleicht in der ASF etwas weniger Themen anfassen. Oder in der Theorie mehr. Aber wir sollten uns auf einzelne Themen beschränken. Denn die Erfahrung zeigt an Hand der nun heute sehr viel zitierten Reform des § 218, daß, wenn man ein Thema aktiv anfaßt und in die Öffentlichkeit geht, und darum kämpft, es sich lohnt, daß es einen Sinn hat, etwas anzufassen. Dann wird auch die Bevölkerung wach und geht mit, auch gedanklich mit.

Ich stehe also auf dem Standpunkt, daß die Aktivität der Frauen innerhalb der SPD, und ihr Anliegen ist ja die Reform des § 218 seit Jahrzehnten gewesen, einen Niederschlag in dem Wahlergebnis vom 19. November gezeigt hat.

Und noch eins möchte ich sagen. Die ASF scheint mit notwendig zu sein, um das Selbstbewußtsein des Mittelalters bei uns – sprich meine Jahrgänge – doch noch aufzubauen. Denn auch – machen wir uns nichts vor – die Männer drängeln sich ja auch um die Plätze. Es ist ja nicht so, daß sie uns wegjagen. Sie wollen selbst die Plätze haben. Dieses Jammern um die mangelnde Repräsentation müssen wir uns, glaube ich, auch einmal etwas abgewöhnen. Wir müssen eben einfach aktiv in die Basis steigen. Danke schön.

## **Roswitha Wichmann-Lause** Bezirk Hannover

Genossinnen und Genossen, Bildungs- und Diskussionsmöglichkeiten hat es in den Frauengruppen der SPD seit ihrem Bestehen, und das tun sie ja bereits seit Anfang dieses Jahrhunderts, immer gegeben. Trotzdem haben sie eine Integration in die Gesamtpartei bisher nicht geleistet. Und meines Erachtens können sie sie auch nicht leisten. Die Gründe liegen darin, daß die ASF in der Vergangenheit einen politischen Schonraum für die Frauen dar-

gestellt hat, in dem sie sich austoben konnten oder aber auch nicht, und von dem aus sie dann die Übertragung in die politische Wirklichkeit und auch in die Wirklichkeit der Parteiarbeit, in der Regel nicht geschafft haben. Die ASF hat bisher einzig und allein die Funktion gehabt, einige wenige Frauen in Gremien heraufzuschießen. Frauen, die sich besser artikulieren konnten als die meisten anderen Frauen, die oft den Weg durch die Parteiarbeit auf diese Weise umgingen und auch umgehen konnten, die den Parteioberen auf sämtlichen Ebenen dieser Partei angenehm waren, weil Widerstände durch sie nicht zu erwarten waren.

Weshalb hat denn die ASF es in den ganzen fast dreißig Jahren noch nicht einmal geschafft, die uns verfassungsmäßig garantierte Gleichberechtigung beispielsweise in der Rechtsprechung und am Arbeitsplatz zu geben?

Genossinnen, auch noch ein anderer Grund ist für das Scheitern der Frauengruppen verantwortlich. Sie haben nämlich den Fehler gemacht, den sozialen Emanzipationskampf in einen Kampf der Geschlechter zu verfälschen. Und das tun sie immer noch. Sie übersehen dabei immer noch, daß die Klassenzugehörigkeit der Frauen ebenso wie die Klassenzugehörigkeit der Männer bestimmt ist durch ihre objektive ökonomische Situation. Selbst die besondere Benachteiligung der Frauen stellt sich entsprechend ihrer wirtschaftlichen Situation sehr unterschiedlich dar. Sie stellt sich z. B. anders dar für die Arbeiterin als für die Akademikerin. Das muß man sehr wohl und sehr klar sehen. In dieser Hinsicht haben Frauengruppen nur die Funktion der Verschleierung dieser sozialen Unterschiede, indem sie so tun, als ob alle Frauen ein gemeinsames Interesse hätten. Das zeigt andererseits aber auch deutlich, daß der Kampf für die Emanzipation der Frau nicht zu trennen ist von dem sozialen und ökonomischen Emanzipationskampf sämtlicher Unterprivilegierter in unserer Gesellschaft, und zwar gegen die Bedingungen dieses Systems, für Bedingungen, unter denen sich die Menschen zu beruflicher, wirtschaftlicher, psychischer und sexueller Selbstbestimmung entfalten können. Modelle zum Erreichen dieser Bedingungen aber müssen in der Gesamtpartei erarbeitet und diskutiert werden. Und nicht in einer ASF.

Die besondere Benachteiligung der Frauen, z. B. in der Rechtsprechung und am Arbeitsplatz kann nur durch partielle, direkt problembezogene Solidarisierungsaktionen der betroffenen Frauen beseitigt werden. Nur so können wir den nötigen Druck ausüben. Ein gutes Beispiel ist die vielzitierte Aktion gegen den § 218 StGB.

Machen wir uns doch nichts vor, Genossen. Diese Aktion ist nicht aus den ASF-Gruppen hervorgegangen, sie ist nur unter anderem von ihnen mitgetragen worden von Frauen unterschiedlicher politischer Couleur, die für diesen Moment sämtliche politischen Differenzen, sämtliche Differenzen in der politischen Zielsetzung, zurückgestellt haben, für eben diese eine Ak-

tion. Sie ist außerdem mitgetragen von den wenigen Männern, die gemerkt haben, daß die Frage der sozialen Unterprivilegierung bestimmter Teile unserer Gesellschaft nicht zu trennen ist von der Frage der Unterprivilegierung der Frauen in dieser Gesellschaftsordnung.

Genossinnen, es wurde hier immer wieder die Arbeiterin angesprochen. Wir wissen, daß sie in unserer Partei von allen Frauen am wenigsten repräsentiert ist. Und wenn sie in diese Partei kommt, kann sie sich nicht artikulieren, kann sie ihre Interessen nicht zum Tragen bringen. Weshalb gehen wir nicht zu diesen Arbeiterinnen hin? Weshalb gehen wir nicht in die gewerkschaftliche Schulungsarbeit und setzen unsere Kraft ökonomischer ein, statt hier eine Leiche immer wieder neu zu beleben, nämlich die Leiche der ASF als Frauengruppe? Wir können – das möchte ich Euch zugestehen – sie immer wieder zum Zucken bringen, aber wir können sie nicht zum Leben erwecken. Das bildet Euch nicht ein. Denn sie war schon tot, als sie Anfang dieses Jahrhunderts geboren wurde, da sie zum politischen, man könnte fast sagen, zum unpolitischen, weil sozial-karitativen Sektierertum der Frauen geführt hat.

### **Marlies Kutsch** Bundesfrauenausschuß

Meine lieben Freunde, es gibt ja doch eine ganze Menge Punkte, in denen wir trotz aller Verbal-Differenzen durchaus uns gegenseitig zustimmen können.

Einer dieser Punkte beispielsweise ist, daß die ASF dazu beitragen soll, daß Politik für Frauen von Frauen gemacht werden kann. Politik wird ja entscheidend in den entsprechenden Gremien gemacht und wir wissen alle, Frauen sind da ganz miserabel schlecht vertreten. Uta Ranke-Heinemann hat mal – für mich sehr großartig – geschrieben, „wenn im Deutschen Bundestag 470 Frauen und 30 Männer säßen würde jedermann, mindestens aber jeder Mann sagen, daß dieses Gremium eben keine Vertretung des deutschen Volkes sei!“ Wir finden uns mit dieser Lösung, mit dieser – wie ich meine – sehr undemokratischen Lösung ab. Auch wenn wir sehr viel klagen.

Wir müssen uns fragen, welche Chancen haben wir, dies zu ändern. Dorothee Vorbeck sagte, wir müssen unsere Partei fragen, die angetreten ist, Benachteiligungen zu verhindern, wie sie es aushalten kann, wie sie mit dem Konflikt leben kann, mit der Situation leben kann, daß auch in ihr Benachteiligungen geradezu vollzogen werden. Ich stelle diese Frage oft und stelle sie nicht nur in meiner Partei. Ich stelle sie auch in anderen Gremien. Dabei habe ich festgestellt, daß unsere Partei und auch andere Gremien mit diesem Konflikt durchaus – und wie ich sehe – sehr gut leben können.

Wenn Annemarie Renger sagte, sie habe sich unter anderem auch mit dem Vorsitzenden unserer Partei in Verbindung gesetzt, damit er sich dafür einsetze, daß mehr Frauen in die entscheidenden politischen Funktionen kämen, so entspricht das doch unserer Situation. Wir sind doch – das müssen wir zugeben – auf den guten Willen unserer Genossen angewiesen.

Wenn Wilhelm Dröscher heute morgen zusagte, daß bei den Kommunalwahlen auf jeden vierten Platz eine Frau sein soll, hoffe ich, daß man ihn beim Wort nehmen wird. Ich finde das zwar auch nicht ideal, aber im Lande Nordrhein-Westfalen finden die Bezirke Westliches Westfalen, Ostwestfalen, Mittelrhein, Niederrhein überhaupt nichts dabei, daß – wenn die Landesliste aufgestellt wird – nach einem bestimmten Proporz die jeweiligen Kandidaten auf ihren Platz kommen. Die Männer, die da drauf kommen, und die ganz wenigen Frauen, empfinden sich nicht als Konzessionsschulzen, sondern sie halten das für eine durchaus richtige, gerechte Sache. Warum sollen wir uns bloß als Konzessionsfrauen fühlen, wenn man uns endlich einmal einräumt, einräumen würde, daß an jedem vierten Platz eine Frau stehen soll. Ich bin sicher, daß wir soviel tüchtige Frauen haben.

Es ist richtig, daß hier gesagt wird, es soll eine emanzipatorische Grundkonzeption erarbeitet werden. Ich meine nur, und das meine ich jetzt sehr ernst, es darf nicht über die Köpfe der betroffenen Frauen hinweggehen. Ich komme von der IG Bergbau, und wir haben dort eine schöne Einrichtung. Wir machen also immer noch hunderte von Hausfrauennachmittagen, und so habe ich die Freude, daß ich jedes Jahr vor einigen zigtausend und mit einigen zigtausend Frauen – Bergarbeiterfrauen – sprechen kann. Am Mittwoch dieser Woche war ich wieder auf solch einem Hausfrauennachmittag, saß am Tisch mit sieben Frauen, und ich fragte: Wie haltet ihr es denn nun mit dem § 218? Es war nicht etwa in einem Landkreis, es war eine Großstadt. Eine der Frauen sagte mir: „§ 218 – nie gehört.“ Das war keine 80jährige Frau, es war eine 39jährige Frau, deren Kinder inzwischen groß sind. Als ich sie dann weiter fragte: Denken sie vielleicht daran, daß Sie jetzt mit fast 40 Jahren wieder einmal berufstätig werden möchten? Da fand sie, daß das geradezu ein unsittliches Ansinnen war.

Wir wissen alle, und im Jusopapier steht es, und ich stimme dem voll zu, daß es triftige Gründe gibt, daß Frauen so denken. Nur bitte, ich bitte noch mal ganz herzlich darum, wir können diesen Frauen nicht etwas wegnehmen, worauf ihre innere Sicherheit beruht, wenn wir ihnen nicht auf der anderen Seite etwas erkennbar Gutes dafür geben können. Auch darauf muß unsere Emanzipationsstrategie ausgerichtet sein.

Die schöne Vorstellung, daß, wenn die Fremdbestimmung der Arbeit einmal durch Selbstbestimmung aufgehoben ist, dann automatisch auch die Unter-

drückung der Frau aufgehoben wird, stimmt nicht. Ich bin da persönlich ganz sicher. Ich kenne einige Leute, die keineswegs unterdrückt werden, weil sie einige Millionen und Milliarden haben, und die unterdrücken ihrerseits ganz ganz schön, und das macht ihnen überhaupt nichts aus.

### **Irmgard Gärtner** Bezirk Mittelrhein

Genossinnen, die Diskussion des heutigen Nachmittags über die Funktion, die wir der ASF innerhalb der Partei beimessen und innerhalb der Gesellschaft, die Diskussion schließlich über den Tätigkeitsbericht des noch amtierenden Vorstandes hat eigentlich ganz klar gemacht, welche Aufgaben auf den neuen Vorstand zukommen, und was von dem von uns am Sonntag zu wählenden neuen Vorstand zu leisten ist in den nächsten zwei Jahren.

Was unserer Meinung nach unter anderem ganz wichtig ist, findet sich in zwei Anträgen des Bezirks Mittelrhein, nämlich den Anträgen 1/26 und 1/27, die wir in dieser Form, wie sie vorliegen, weil sie sehr unzulänglich formuliert sind, gar nicht diskutieren sollten.

In diesen Anträgen ist nämlich zum Ausdruck gebracht: 1. daß die ASF unserer Meinung nach ein Programm braucht, daß in diesen nächsten zwei Jahren von einer Kommission, weil damit der Vorstand selber sicherlich überfordert wäre, entwickelt werden müßte, d. h. ein theoretisches Konzept für unsere künftige Arbeit.

Zum anderen müßte eine großangelegte Bestandsaufnahme vorgenommen werden, sowohl über die Position der Frauen in dieser Partei, die es ja heute noch nicht gibt, als auch über die Situation der Frauen in dieser Bundesrepublik. Das heißt, es müssen Daten und es müssen Fakten gesammelt werden und diese, zusammen mit dem von der Programmkommission zu entwickelnden Programm, sollten Grundlage einer Strategie werden, die entwickelt werden müßte. Das heißt im Klartext, wir wollen uns auch vornehmen, wie wir dieses Programm, das wir für richtig befunden haben, realisieren wollen im Laufe der Zeit.

Konkret: Der Bezirk Mittelrhein hat in diesen zwei genannten Anträgen beantragt, daß zwei Kommissionen vom Parteitag gebildet werden sollten. Eine dieser beiden Kommissionen sollte als Programmkommission fungieren, die zweite als sogenannte Strategiekommission, in der einmal Bestandsaufnahme geleistet wird, zum anderen eine Strategie entwickelt wird. Das ist der Antrag und ich bitte, darüber zu diskutieren und abzustimmen.

## **Annemarie Renger** Bundesfrauenausschuß

Liebe Genossinnen, liebe Genossen. Ich glaube, das war eine großartige Diskussion, um die uns wohl so manch einer beneiden würde, auch wenn wir hier nicht nur Frauen unter sich wären.

Was hier zum Tragen kam ist vielmehr gewesen als in den einzelnen Beiträgen deutlich wurde. Es zeigte in der Tat, daß wir in vielen Fragen übereinstimmen, wenn wir nicht zum Teil auch Mißverständnisse aufbauen würden. Hier geht es darum, von verschiedenen Gesichtspunkten aus das gleiche Ziel zu erreichen.

Das Unbehagen darüber, liebe Genossinnen, daß wir noch nicht all das erreicht haben, was unseren Anspruch rechtfertigt, voll gleichberechtigt zu sein, voll emanzipiert zu sein, dieses Unbehagen haben doch hier in diesem Raum alle gemeinsam.

Es gibt einiges, wenn ich davon ausgehe, daß hier von verschiedenen theoretischen Bezugspunkten ausgegangen wird, worüber wir hier noch reden sollten. Wenn zu Anfang unserer Diskussion sinngemäß gesagt wurde, wir müßten autoritäre Strukturen abbauen, und diese zeigten sich auch bei diesem Kongreß, so muß ich fragen, was das heißt. Wenn hier die Forderung aufgestellt wird, daß wir immer wieder nach neuen Zielsetzungen und nach neuen Möglichkeiten suchen wollen, so halte ich das für richtig. Aber wenn hier gesagt wird, die Emanzipation selbst sei eigentlich noch gar nicht diskutiert worden in der ASF, in der Partei, so muß ich dem entgegen, daß diese Partei – seitdem sie besteht – ständig über Emanzipation diskutiert hat in einem langwierigen, schwierigen, oft schmerzlichen, unbefriedigenden Prozeß.

Wir müssen aber auch deutlich machen, was wir in diesen weit über hundert Jahren erreicht haben, was wir an gesellschaftlicher Veränderung durchgesetzt haben. Daß wir damit nicht zufrieden sind, das ist vollkommen klar. Aber nun auszuweichen in eine Theoriediskussion, von der man ableitet, daß alle Probleme von einer ganz bestimmten gesellschaftspolitischen Auffassung herkommen, und daß man diese löst, wenn man die Theorie in die Tat umsetzt, halte ich für unzureichend und falsch.

Schließlich möchte ich fragen, warum haben uns eigentlich die Frauen gewählt, wenn wir gar nichts verbessert haben und wenn wir kein Programm hätten, für das es sich lohnte, sich einzusetzen. Es liegt an uns, die Möglichkeiten auszunutzen die wir in der Regierungsmehrheit haben, um für die weitere Emanzipation der Gesellschaft die Grundlagen zu legen.

Mein Tätigkeitsbericht mag manchem dürftig erscheinen. Aber, liebe Genossinnen, wenn ihr nur einmal allein den Katalog der Verwirklichung von Gesetzesinitiativen seht – und die parlamentarische Ebene ist heute für uns

die Umsetzungsmöglichkeit unseres Wollens – so ist dieser ganz beachtlich. Die Politik hat sich weitestgehend auf die parlamentarische Ebene verlagert, die allein die Chance hat – natürlich mit Unterstützung der Organisation – Dinge in Bewegung zu bringen. Wenn man das Ergebnis unserer Bemühungen an diesem Katalog abliest, so können wir uns wirklich sehen lassen auf diesem Felde.

Es gibt niemanden hier, der nicht sagen würde, wir müssen auch eine Theoriediskussion haben. Laßt mich vielleicht für eine Sekunde mal zurückblenden. Weshalb besteht denn eigentlich das Unbehagen über eine fehlende Theoriediskussion? Wenn es nicht überhaupt um eine Ideologiediskussion geht. Ich gehöre einem Jahrgang an, der nun seit 1945 alle Etappen mitgemacht hat, Genossinnen. Denkt bitte einmal an die Neugründung der SPD. Kurt Schumacher sagte auf dem Parteitag im Jahre 1946 sinngemäß, daß man Sozialdemokrat sein könne aus dem Sinne der Bergpredigt, aus philosophischen Erkenntnissen oder aus marxistischer Analyse. Es gibt keine Priorität für eine Auffassung, warum man Sozialdemokrat ist, es gibt nur eine Gemeinsamkeit in der Zielsetzung. Und diese müßten wir allerdings aus all diesen Gruppierungen gemeinsam haben.

Theorie ist notwendig. Im Jahre 1953, aus dem Schock verlorener Wahlen heraus, haben wir einigen „Ballast“ über Bord geworfen. Den Ballast von Theorien, den Ballast von Symbolen. Wir haben sogar bei den Mitgliedsbüchern die Parteifarbe damals gewechselt. Erinnert Ihr Euch, daß wir plötzlich blaue Farben hatten, nicht wahr?

Das war symbolisch für das Abrücken von überholten Theorien, aber auch von der Auffassung, daß wir Sozialdemokraten durch unsere Vergangenheit und durch unsere uneingeschränkte Haltung zur demokratischen Staatsform eigentlich einzig und allein den Anspruch gehabt hätten, nach 1945 die deutsche Politik zu gestalten. Schließlich waren wir doch die einzige Partei, bei allen Fehlern, die wir gemacht haben mögen in der Vergangenheit, die sich prinzipiell nicht geirrt hat. Wir haben Widerstand geleistet gegen den Nazismus, und unsere Partei war die Partei, für die die Demokratie nicht erfunden werden mußte, sondern für die Demokratie Lebenselement war. Und wir glaubten, das hätten alle Wähler begriffen. Und dann sah man am Wahlergebnis, sie hatten es nicht begriffen.

Aber es muß auch davor gewarnt werden, daß aus einer einseitigen, dogmatischen Betrachtung der gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht mehr Freiheit, sondern mehr Unfreiheit für den Einzelnen und die Gesellschaft entstehen kann.

Diese Warnung, die aus der Erfahrung vergangener Lebensjahrzehnte kommt, die ehrlich und offen gemeint ist, ist ein Aufruf zur offenen Auseinandersetzung in der Partei. Es gibt keine Theoriefeindlichkeit. Diese

Partei hat immer davon gelebt, daß Intellektuelle ihre führenden Genossen waren, dies ist an Hand der Parteigeschichte nachzulesen. Intellektuelle sind natürlich auch Menschen, wie August Bebel, der sich vom Arbeiter zu seiner späteren Bedeutung entwickelt hat. Solche Leute haben allerdings auch immer verstanden, die Menschen zu begeistern, den Menschen ihr Denken zu vermitteln und nicht die Theorie zum Selbstzweck zu machen, und man hat es ihnen abgenommen.

Liebe Genossinnen, versteht die folgende Äußerung richtig. Gerade die Kommunisten haben ein großartiges Geschick darin, die Menschen unter ein theoretisches Gebäude zu zwingen. Selbst wenn alles verkehrt ist und wenn die Menschen darunter leiden, die Theorie muß siegen.

Bei uns ist es genau umgekehrt. Und dies ist das Großartige in dieser Partei: Alle Theorien, die möglich sind, werden aufgesaugt und verarbeitet. Wenn aber, liebe Genossinnen, die Theorie sich nicht umsetzen läßt und nicht einem größeren Lebensglück und der größeren Freiheit der Menschen dient, ist die Theorie falsch und es liegt nicht an den Menschen.

Dies muß man sich bei unserer Diskussion überlegen, und man darf auch nicht davon ausgehen, daß Minderheiten immer Recht haben. Auch Mehrheiten haben nicht immer Recht. Aber man muß sich zusammenraufen. Es kann aber nicht so sein, daß Minderheiten bestimmte Dinge der Mehrheit aufzwingen wollen. Wir haben in der ASF keine Theoriefeindlichkeit, keine Intellektuellenfeindlichkeit, sondern wir bitten darum, daß diejenigen, die mehr Möglichkeiten hatten, sich gerade mit dem geistigen Gut auseinanderzusetzen, dies kameradschaftlich umzusetzen und damit allen zu helfen, sich selbst die Erkenntnisse anzueignen.

Hier wurde oft gefragt: Was hat denn die ASF eigentlich für eine Aufgabe. Liebe Genossinnen, wir haben Richtlinien, da steht es ganz nüchtern drin. Ziele und Aufgaben, bitte schaut sie Euch noch einmal an. Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich die Integration der Frauen in der Partei und Gesellschaft zum Ziel. Und daraus ergeben sich besondere Aufgaben; denn ich darf noch einmal erinnern: Arbeitsgruppen sind Teile der Partei, keine selbständige Organisation. Sie haben die Aufgabe, sich an bestimmte Zielgruppen zu richten. Die ASF hat die Aufgabe, Frauen mit der Politik und den Zielen der Partei vertraut zu machen, zur Änderung des gesellschaftlichen Bewußtseins beizutragen und weitere Mitglieder zu gewinnen, die Interessen und Forderungen der Frauen in der politischen Willensbildung der Partei zur Geltung zu bringen, und die politische Mitarbeit der Frauen in der Partei zu verstärken.

Wir haben über Fragen der Bildung und Arbeitspolitik, der Lohn- und Sozialpolitik seit Jahren intensiv diskutiert und gearbeitet. Bildungsprobleme haben wir im Jahre 1970 bei der Bundesfrauenkonferenz in Nürnberg in



hervorragender Weise diskutiert. Einige von Euch haben daran nicht teilgenommen, aber deswegen kann man es doch nicht ständig wiederholen und auf jedem Kongreß dasselbe noch einmal sagen. Wir könnten aus dem Erarbeiteten auf diesem Felde mal Konsequenzen ziehen und noch weitergehen, als wir das bisher getan haben.

Also, liebe Genossinnen, ich könnte hier noch eine ganze Reihe von Punkten aufführen, aber wir haben noch mehr zu tun. Laßt mich deshalb zum Schluß kommen. Hier wurde gesagt: Redet doch nicht von der Zerrissenheit der Partei. Das ist doch nur eine Sache, um vor den Konsequenzen der praktischen Politik auszuweichen. Liebe Genossinnen und Genossen, es gab in den letzten Wochen sowohl von Willy Brandt als auch von Herbert Wehner die Warnung vor Selbstzerfleischung und Zerrissenheit. Dieses war eine Warnung, die wir ernst nehmen sollten, über die wir nachdenken müssen. Wir brauchen hier kein Scherbengericht zu machen. Jeder, den es betrifft, wird wissen, daß er vielleicht ein paar Abstriche zu machen hat von dem, was er möglicherweise zu dieser Warnung beigetragen hat. Ich hoffe sehr, daß die nächste Bundesfrauenkonferenz ein gutes Ergebnis hat, weil dann wieder zwei Jahre weitere Arbeit zur Emanzipation und Gleichberechtigung geleistet werden konnte. Vielen Dank.



## **Bericht der Arbeitsgruppe A: Familie**

**Dorothee Vorbeck**

Bezirk Hessen-Süd

Dem Arbeitskreis lag vor als Arbeitsgrundlage der Entwurf eines familienpolitischen Programms, der Euch allen mit den Unterlagen zu dieser Konferenz zugegangen ist, und der die Grundlage der Diskussion bildete.

Der Arbeitskreis hat sich zu Beginn konstituiert, indem er eine Arbeitskreisleiterin und eine Berichterstatterin gewählt hat, wie wir das gestern hier in der Geschäftsordnung beschlossen haben. Zur Arbeitskreisleiterin wurde Elfriede Eilers gewählt, zur Berichterstatterin – wie Ihr seht – ich, also Dorothee Vorbeck aus Hessen-Süd.

Zu Beginn der Beratung gab es in diesem Arbeitskreis eine Debatte, die wohl sehr kennzeichnend war. Es gab eine Reihe von Genossinnen, die nicht bereit waren, sofort in das familienpolitische Programm einzusteigen und die einzelnen konkreten politischen Vorschläge zu erörtern, die dort vorgelegt werden. Sondern diese Genossinnen wünschten zunächst eine Grundsatzdebatte, die man unter das Motto stellen könnte, „Stellenwert der Familie in unserer Gesellschaft“.

Wir haben uns darauf geeinigt, diese Grundsatzdebatte zu führen, anhand des Einleitungskapitels zum familienpolitischen Programm, das Euch ja vorliegt. Wir sind ausgegangen von der Ziffer I „Leitsätze und Grundsätze“ bzw. von dem Kapitel I „Familie in der Gesellschaft – zur Situation von Familien“.

Anhand dieser Texte ist die Grundsatzdebatte geführt worden. Diese Debatte über die Frage, welche Auswirkung hat die Tatsache, daß wir in unserer Gesellschaft Kleinfamilien haben, für die Situation der Frau, welche Auswirkungen hat sie – und das war eine sehr wichtige Frage – für das Leben unserer Kinder? – wurde geführt in einer gewissen Rücksichtnahme,

die alle Rednerinnen sehr stark bewegt hat, nämlich dem deutlichen Bewußtsein, wenn wir über Familie sprechen, und wenn wir sogar soweit gehen, die Kleinfamilie zu kritisieren, negative Auswirkungen festzustellen oder sie sogar in Frage stellen, dann berühren wir damit ein Thema, das in der Öffentlichkeit wohl nur sehr schwer zu diskutieren ist. Wenn wir diese Frage diskutieren, müssen wir daran denken, daß wir gerade Frauen, für die wir ja unsere Politik machen, nur schwer für diese Fragestellung gewinnen können, daß möglicherweise große Ängste geweckt werden, und daß wir also – als Partei – wenn wir hier irgendwelche Thesen an die Öffentlichkeit bringen, sehr vorsichtig sein müssen. Das war eine deutliche Rücksichtnahme, die die Diskussion bestimmt hat und die mehrfach vorgebracht wurde: Vorsichtig vor Reaktionen in der Öffentlichkeit, wenn wir nicht ganz deutlich machen können, was wir meinen, wenn wir die Familie kritisch diskutieren!

Dem wurde aber im Arbeitskreis die Meinung gegenübergestellt wir müßten als SPD-Frauen unter uns erst einmal klarstellen, wie stehen wir selbst zu den Fragen. Welche Auswirkungen hat die Existenz der Kleinfamilie? Wollen wir die Kleinfamilie fördern? Sehen wir andere Möglichkeiten des menschlichen Zusammenlebens? Welchen Zusammenhang gibt es zwischen der Kleinfamilie und den ökonomischen Bedingungen unserer Gesellschaft?

Diese Fragen – das war die Gegenposition – müssen diskutiert werden unter SPD-Frauen, selbst wenn man weiß, daß das Themen sind, die in der Öffentlichkeit unter Umständen noch nicht ganz verstanden werden könnten oder zu falschen Interpretationen führen oder Frauen ängstigen könnten.

Unter diesen beiden Aspekten stand also die einleitende Grundsatzdebatte zum familienpolitischen Programm. Dabei wurde der Text, der Euch vorliegt kritisiert. Und zwar wurde daran kritisiert, daß hier die Ehe als die eigentlich normale Form der Familie dargestellt werde, während es doch andere Formen des menschlichen Zusammenlebens gäbe. Die Verfasser des Papiers, wiesen darauf hin, daß das nicht zutrefte, sondern daß das Papier – wenn man weiterliest – durchaus andere Formen des Zusammenlebens als Familie beschreibt, im Gegenteil nach diesem Papier die Definition von Familie auf jeden Fall voraussetzt, und daß das Zusammenleben von Erwachsenen mit Kindern also die Definition von Familie sei, die diesem familienpolitischen Programm der SPD zugrundeliegt.

Es wurde kritisiert, daß von einem Zusammenleben auf Dauer ausgegangen wird, also wieder wie man vermutete, von einer lebenslänglichen Ehe. Dem wurde entgegengehalten, daß „auf Dauer“ nicht lebenslänglich heiße, sondern daß unter Familie nach diesem Papier Lebensgemeinschaften von begrenzter Dauer und nicht nur Ehen zu verstehen sind. Eines wurde deutlich: Familienpolitik beschränkt sich nicht auf Ehepolitik. Allerdings wurde

auch deutlich, eine Analyse der Situation der Kleinfamilie und ihre Auswirkungen auf die Situation von Frauen und Kindern wurde in diesem Papier nicht geleistet.

Aus diesem Mangel heraus entstand dann ein Antrag, den ich Euch jetzt hier vorlesen möchte, mit der Bitte, ihn anzunehmen.

Es wurde gewünscht, daß dieses familienpolitische Programm ergänzt wird durch einen analytischen Teil.

Der Antrag lautet:

„Die Arbeitsgruppe ‚Familie‘ der Bundesfrauenkonferenz stellt den Antrag, daß eine von der Bundesfrauenkonferenz eingesetzte Kommission von 11 Genossinnen den Entwurf des familienpolitischen Programms unter anderem auf Grund einer eindeutigen Analyse der Familie in der Gesellschaft erarbeitet und auf einer außerordentlichen Bundesfrauenkonferenz zum Thema Familienpolitik im September 1974 vorlegt.

Vorher sollte das Konzept zur Familienpolitik in den Arbeitsgemeinschaften der Frauen diskutiert werden“.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Wir möchten, daß hier in dieser Konferenz eine Elferkommission gewählt wird, die eine Analyse zum familienpolitischen Programm erarbeitet, und daß diese Kommission dies zusammen mit dem schon vorliegenden familienpolitischen Programm an die Unterbezirke zur Diskussion gibt. Im September des kommenden Jahres soll eine besondere Arbeitskonferenz zusammentreten, die sich ausschließlich mit dieser Thematik beschäftigt.

Diesen Beschluß haben wir gefaßt, weil wir der Meinung waren, daß die Arbeitsgemeinschaft der Frauen, wenn sie in dieser Partei einen politischen Auftrag hat, bei der Willensbildung mitzuwirken, das ganz bestimmt bei Fragen der Familienpolitik tun sollte. Es ist zu spät, heute hier Anträge für den Bundesparteitag in Hannover im April zu fassen. Die Antragsfrist ist abgelaufen. Wir können also von hier aus nicht mehr Einfluß nehmen auf das, was dann dort geschieht. Dort wird das familienpolitische Programm zur Beratung vorliegen. Daher haben wir diesen Weg gefunden, der sicherstellen würde, daß wir auf die endgültige Konzeption der Familienpolitik von dieser Arbeitsgemeinschaft aus Einfluß nehmen können. Es wäre auch ein guter Weg, um zwischen den beiden Konferenzen zusammenzutreten zu einer reinen Arbeitskonferenz, wo uns dann keine Wahlen beschäftigen, sondern wo wir uns auf die Sachfragen konzentrieren können.

Soweit zum ersten Teil unserer heutigen Arbeit, also zur Grundsatzdebatte.

Danach sind wir in die Einzelberatung des familienpolitischen Programms eingetreten. Dabei haben sich unsere Diskussionen konzentriert auf einen einzigen Punkt, der sich auch als ein zentrales Problem erwiesen hat, nämlich das Verhältnis von Elternrecht und Kinderrecht.

Wir haben an diesem Punkt entsprechend dem Auftrag, den wir gestern hier mit der Geschäftsordnung bekommen haben, auch die Anträge mit einbezogen. Allerdings ist es angesichts der kurzen Zeit nur gelungen, einen einzigen Antrag in die Beratung direkt mit einzubeziehen. Und ich bitte Euch, diesen Antrag aufzuschlagen. Es ist der Antrag III/C Nr. 1.

In diesem Antrag werden die Bundesregierung und der Bundestag aufgefordert, den Artikel 6 des Grundgesetzes dahin zu ändern, daß entsprechend zum Elternrecht das Recht des Kindes Verfassungsgarantie wird. Anhand dieses Antrages ist nun ein Zustand diskutiert worden, der uns ja wohl allen geläufig ist, denn zu diesem Thema liegt noch eine Reihe anderer Anträge vor, daß nämlich das Recht des Kindes nicht entsprechend gesichert ist gegenüber dem Elternrecht. Und daß daher Kinder oft nicht dazu kommen, ihre Rechte zu entfalten.

Es gab da zwei Meinungen. Einmal die Meinung, es sei – und das ist die Meinung der Antragsteller – erforderlich, das Grundgesetz zu ändern, um dadurch so absolut wie es überhaupt möglich ist, das Recht des Kindes als ein eigenständiges Recht zu verankern. Dem stand die Meinung gegenüber, es sei nicht erforderlich, hierzu eine Grundgesetzänderung herbeizuführen, sondern die Rechtsprechung sei schon heute eindeutig so, daß dem Recht des Kindes im Zweifelsfall gegenüber dem Elternrecht der Vorzug gegeben würde. Keinesfalls dürfte irgendeine Entscheidung gefällt werden, die das Kind benachteiligt.

Nun war die Mehrheit der Mitglieder des Arbeitskreises der Meinung, daß eine solche Auslegung des Kinderrechts nicht genügt, weil Kinder zwar dieses Recht haben mögen, aber nicht in der Lage sind, es irgendwo in Anspruch zu nehmen, es etwa einzuklagen oder ähnliches, und daß daher hier eine öffentliche Feststellung getroffen werden müsse, wie sie durch eine Grundgesetzänderung zustande käme, daß nämlich das Kinderrecht einen gleichen Rang hat wie das Elternrecht gegenüber dem Kind.

Unter diesen Aspekten haben wir dann beschlossen, Euch zu bitten, diesen Antrag III/C/1 anzunehmen. Diese unsere Bitte widerspricht der Empfehlung der Antragskommission, die Euch vorschlagen wird diesen Antrag nicht anzunehmen, sondern ihn als Material weiterzuleiten an Bundestagsfraktion und Justizminister und Gesundheitsminister. Ich richte an Euch also – nachher bei der Antragsberatung – die Bitte des Arbeitskreises „Familie“.

Soweit zu dem einzigen Antrag aus dem ganzen Paket, den wir an diesem Vormittag bewältigen konnten. Das muß ich gestehen, wir haben nicht mehr geschafft, weil wir sehr intensiv diskutiert haben.

Wir haben dann aber, ausgehend von der Frage Elternrecht – Kinderrecht, eine Diskussion gehabt, die ein zentrales Problem für die Frauenpolitik überhaupt berührt. Wir haben nämlich festgestellt, daß es zwar sicher unser aller Willen entspricht, zu fordern, daß das Kinderrecht absolute Priorität erhalten soll. Es ist uns aber deutlich geworden, daß diese Forderung sofort in Widerspruch gerät zu einer anderen Forderung, die in diesem Arbeitskreis auch sehr intensiv vertreten wurde, nämlich dem Recht der Frau auf außerhäusliche Tätigkeit, auf Berufstätigkeit.

Dieser Widerspruch ist in diesem Arbeitskreis außerordentlich intensiv diskutiert worden; aber wir sind da nicht zu einem abschließenden Ergebnis gekommen. Das wäre wohl auch kaum zu leisten gewesen. Wir haben die Diskussion aber nicht abstrakt und allgemein geführt, sondern sie hat sich an ganz konkreten Punkten aus dem familienpolitischen Programm entzündet. Zum Beispiel an der Frage, ob die Öffnungszeiten von Kindergärten sich nach der Arbeitszeit der Mütter richten sollten, was den Müttern die Möglichkeit zu arbeiten erleichtern werde. Für diejenigen, die sagen, Berufstätigkeit der Frau hat Vorrang ist das eine gute Forderung. Für andere, die sagen, das Recht des Kindes hat Vorrang, hat das, daß die Kinder ihren Lebensrhythmus dem Arbeitswunsch der Mutter oder auch dem Zwang zur Arbeit unterordnen müssen, große Nachteile. Da wurde klar, wie stark der Widerspruch ist und daß wir keine Lösung anbieten können, denn hier widersprechen sich zwei Dinge, die die einzelne Frau auf keinen Fall lösen kann, sondern diese Lösung muß in einem größeren gesamtgesellschaftlichen Rahmen gefunden werden.

Ich nenne jetzt noch einige Punkte, an denen sich die Diskussion weiter entzündet hat. Das eine war die Forderung nach Teilzeitbeschäftigung für Frauen, im Sinne des Kinderrechts zu begrüßen, weil die Mutter stärker zur Verfügung steht. Von der Berufstätigkeit der Frau her abzulehnen, weil die Teilzeitbeschäftigung eine geringere berufliche Entfaltungsmöglichkeit bietet.

Ein weiterer Punkt war der Karenz-Urlaub; im Interesse des Kindes ist eine Verlängerung des Karenz-Urlaubes sehr wünschenswert. Von der Frau, die an ihrer beruflichen Entwicklung interessiert ist, zweifellos eine Behinderung.

Der letzte Punkt war die Forderung nach einem erhöhten Kindergeld. Dem stand die Forderung gegenüber, nicht die Familie einzeln zu fördern durch solche Zahlung von Kindergeld, sondern lieber öffentliche Mittel in die Einrichtung von öffentlichen Erziehungsstätten zu stecken. Da gingen die

Emotionen hoch, weil man sich offenbar unter öffentlicher Erziehung etwa Fürsorgeheime oder schlechte Kindergärten oder was auch immer vorstellte. Es wurde deutlich, daß wir gar nicht ausdiskutiert haben, ob und welche guten Möglichkeiten der Erziehung außerhalb der Familie es geben kann. Es erscheint als vordringliche Aufgabe, überhaupt einmal diese Frage zu diskutieren und sich ihr auch ohne Angst zu stellen.

An diesem Punkt gingen die Geister nicht nur auseinander, sondern die Emotionen gingen hoch, wie man sich sehr gut vorstellen kann. Aber es wurde deutlich, daß wir bei der Frage Berufstätigkeit der Frau und Kinderrecht, ein zentrales Problem der Frauenpolitik überhaupt berührt haben. Und wir sind so verblieben, daß wir gesagt haben, hier sollte auch die von uns gewünschte Kommission zur Analyse der Funktion der Kleinfamilie, zur Analyse der Situation der Familie in unserer Gesellschaft einen ihrer Ansatzpunkte sehen und hierzu Aussagen machen, die wir dann auf einer Arbeitskonferenz zusammen mit dem familienpolitischen Programm diskutieren werden.



## **Bericht der Arbeitsgruppe B: Wirtschaft und Verbraucherpolitik**

**Lucie Kurlbaum-Beyer**

Bundesfrauenausschuß

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Verbraucherpolitik hatte den Auftrag, gemäß einem Beschluß des Bundesfrauenausschusses auch die Frage der Frauenentlohnung mit einzubeziehen. Ich sage dies vorweg, um deutlich zu machen, daß die Vielfalt der Probleme, die behandelt werden sollten, es zwangsläufig mit sich brachte, daß bestimmte Teile des Auftrages nicht voll erfüllt werden konnten. Der Arbeitsgruppe lag der Verbraucherbericht der Bundesregierung vor und selbstverständlich auch die allen Delegierten zugangenen Leitsätze zur Verbraucherpolitik.

Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe gab in Stichworten eine kurze Einleitung über die Schwierigkeiten des Verbrauchers im Hinblick auf die Vielfalt des Angebotes und den dauernden Wechsel des Sortiments wie auch im Besonderen über die lohnpolitischen Benachteiligungen der Frauen, die ja ebenfalls zum Thema der heutigen Konferenz gehören. In die Diskussionen einbezogen wurden alle Anträge, soweit sie zu den Themen gehören. Ich sage das hier deshalb, weil für den Bereich, über den ich zu berichten habe, außer der Gliederung III/4 und III/7 praktisch alle anderen Gliederungen, wie wir sie in der Zusammenfassung vorliegen haben, mit einbezogen werden mußten. Ich werde allerdings die einzelnen Anträge nur dann erwähnen, wenn die Arbeitsgruppe Ergänzungen oder Erläuterungen für notwendig hält.

### **Verbraucherfragen**

Im ersten Teil der Diskussion wurde der gesamte Bereich der Verbraucherpolitik, Verbraucheraufklärung und Verbraucherbildung sowie Verbraucherschutz behandelt. Unsere Expertin, Frau Dr. Elstner, machte mit Recht darauf aufmerksam, daß in dem ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen, dem sog. Langzeitprogramm, zu dem ganzen Fragenkomplex praktisch



nichts enthalten ist und daß dieser einer dringenden Ergänzung bedarf. Dies umso mehr, als auch das Godesberger Programm nur den einen Satz enthält, daß „die schwächste Stellung in der Wirtschaft der Mensch als Verbraucher hat“. Die Arbeitsgruppe war der Meinung, daß eine von der Sozialdemokratischen Partei verantwortete Wirtschaftspolitik sich mit einem so lapidaren Satz nicht mehr zufrieden geben kann. Wir haben nun, um dieser Kritik Rechnung zu tragen, einen Antrag formuliert. Er ist der Antragsprüfungskommission vorgelegt worden und enthält – entsprechend der Geschäftsordnung – zwanzig Unterschriften aus mindestens fünf Bezirken.

Zum Inhalt ist folgendes zu sagen:

Zur Schaffung eines kritischen Verbrauchers und einer verbraucherfreundlichen Umwelt sind notwendig

- eine Intensivierung der Verbrauchererziehung oder Verbraucherbildung mit entsprechender Aufklärung und Information an Schulen, Hochschulen, aber auch in der Erwachsenenbildung. Hier kommt es darauf an, mehr Informationsmaterial und Aufklärungsaktionen unter Beteiligung der Massenmedien sicherzustellen, wobei die vergleichende Warenprüfung, wie sie die Stiftung Warentest durchführt, für den Verbraucher von großer Bedeutung ist. Preisbeobachtungen und Preisvergleiche, die auch in den Leitlinien angesprochen sind, gehören ebenso zu einer aktiven Verbraucherarbeit.

(In diesem Zusammenhang verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß der Frauenausschuß vor anderthalb Jahren, glaube ich, eine besondere ad-hoc-Kommission für Verbraucherpolitik ins Leben rief und nur dieser Möglichkeit ist es zu verdanken, daß uns heute der Leitfaden auf dem Tisch liegt, der – so hoffen wir – für die künftige Arbeit auf der Ortsvereinesebene wie auch in den Unterbezirken und Bezirken eine wertvolle Hilfe sein wird.)

- eine Verbesserung des Verbraucherschutzes in allen Gesetzen und Verordnungen. Darunter fällt der Ausbau des Gesundheitsschutzes, des Schutzes vor Täuschung, vor unlauterem Wettbewerb, irreführender Werbung und unlauteren Geschäftsmethoden, wobei die letzte Frage in der Diskussion bei den sozialdemokratischen Juristen ebenfalls eine besondere Rolle spielt.
- die Förderung der Verbraucherorganisation, wobei die Vertreterinnen aus den Verbraucherberatungsstellen nicht nur eine ideelle, sondern auch eine finanzielle Unterstützung für die Einrichtung und den Ausbau der vorhandenen Beratungsstellen erwarten. Hierzu gehört auch die Entwicklung einer umfassenden Verbraucherschutzforschung.
- eine institutionelle Verankerung des Mitspracherechtes der Verbraucher bei Gesetzen und Verordnungen muß selbstverständlich auch in diesem

neuen Orientierungsrahmen eingebaut werden, weil die Vergangenheit genügend Beweise dafür geliefert hat, daß bei allen einschlägigen Aussprachen die Anwesenheit einer Gruppe potenter Verbraucher nur hilfreich sein kann.

Die Arbeitsgruppe war sich bewußt, daß die laufenden Kosten, z. B. für Warenprüfungen, aber auch für die Verbraucherberatung, den üblichen Kostensteigerungen unterworfen sind, so daß eine entsprechende Steigerung der staatlichen Aufgaben sowohl für die Erhaltung aber auch für den Ausbau der bestehenden Einrichtungen zwingend erforderlich ist. Im übrigen sind im ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen zu jedem dort angesprochenen Fragenkomplex auch die finanziellen Steigerungsraten mit angesprochen.

Die Arbeitsgruppe befaßte sich in dem Zusammenhang mit allen für diesen Bereich vorliegenden Anträgen (Verbraucherschutz, Verbraucheraufklärung etc.). In einigen Anträgen wird die Kontrolle der Lebensmittel und die Arbeit der Gewerbeaufsichtsämter angesprochen. Was den Antrag IV/7 betrifft, empfiehlt die Arbeitsgruppe, das Wort Nordrhein-Westfalen herauszulassen und dafür „Bund und Länder“ zu übernehmen. In diesem Zusammenhang ist ein Hinweis aus dem Lande Hessen wichtig. Hier ist seit kurzem sichergestellt, daß die Gewerbeaufsichtsämter wöchentliche Sprechstunden abhalten und Produktuntersuchungen unentgeltlich durchgeführt werden. Dieser Hinweis sollte uns veranlassen, auch in unseren eigenen Ländern ähnliche Anträge einzubringen.

### **Ladenschlußgesetz**

In einer längeren Diskussion wurden die Anträge IV/8 folgende behandelt, die das Ladenschlußgesetz betreffen. Es wurden sowohl die Standpunkte der Verbraucherseite als auch der Gewerkschaften vorgetragen und nach eingehender Diskussion dem Antrag IV/8 der Vorzug gegeben, der eine Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes zum Inhalt hat. Die Arbeitsgruppe hielt es für notwendig, daß dem Wunsch der Antragsteller entsprechend in einer öffentlichen Anhörung im zuständigen Ausschuß des Bundestages sowohl die Interessenlage der Verbraucher als auch der Beschäftigten untersucht wird.

### **Umweltschäden (als Teil des Verbraucherschutzes)**

Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich im Zusammenhang mit den unter C 1 folgende aufgeführten Anträgen vor allen Dingen mit dem Problem der Verwendung gesundheitsschädlicher Stoffe, wie auch mit der Frage der Herstellung phosphatarmer Waschmittel. Zu dem Antrag C 3 wird eine Ergänzung aus der Konferenz gemacht werden, der die Arbeitsgruppe ihre volle Zustimmung gegeben hat. Im übrigen war die Arbeitsgruppe der Auffassung, daß alles getan werden muß, um in der EG keine schlechteren Regelungen zu erhalten als wir sie im nationalen Bereich besitzen.

### **Leichtlohngruppen und Teilzeitbeschäftigung**

Einen breiten Raum in der Diskussion nahm die Frage der Leichtlohngruppen und das Problem der Teilzeitbeschäftigung ein. Ich muß hier deutlich machen, daß die Teilzeitbeschäftigung anders beurteilt wurde als sie eben aus der Arbeitsgruppe I von Dorothee Vorbeck angesprochen worden ist. Das hängt damit zusammen, daß wir die ganze Frage unter dem gesellschafts- und familienpolitischen Gesichtspunkt und natürlich auch von dem Problem des Arbeitsmarktes her diskutiert haben.

Was die Leichtlohngruppen anbetrifft, so wurde von gewerkschaftlicher Seite auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich in den Gesprächen mit den Unternehmungen ergeben. Es ist nach wie vor unmöglich, die auch von uns seit langem verlangten Testuntersuchungen in den Betrieben durchzuführen. Hier kommt es uns darauf an, die Wertung der Arbeit in den Leichtlohn-Frauengruppen zu verbessern, um hier die erforderliche Geschicklichkeit, die Belastung der Sinne und Nerven, aber auch die Belastung, die durch die Monotonie der Arbeit entsteht, richtig bewertet zu sehen. Hierzu ist darauf hinzuweisen, daß die Drucksache 7/90 vom 31. 1. 73 des Deutschen Bundestages, aber auch die Veröffentlichung der Fraktion vom 15. Februar diesen ganzen Bereich ansprechen. In der Drucksache 7/90 sagt die Bundesregierung wörtlich: „Sollte sich der Wunsch, Testuntersuchungen in den Betrieben in absehbarer Zeit nicht verwirklichen lassen und sollten auch die gewünschten weiteren Schritte der Tarifpartner zur Abschaffung von noch vorhandenen Leichtlohngruppen ausbleiben, so wird die Bundesregierung vor der Frage stehen, ob die beabsichtigte Untersuchung nicht aufgrund eines Enquête-Gesetzes durchzuführen ist.“ Nach Darstellung der Vertreterinnen aus den einzelnen Gewerkschaften – und das ist auch die Meinung der Arbeitsgruppe – wird es ohne ein Enquête-Gesetz nicht gehen, denn nur dann wird die Möglichkeit bestehen, die Untersuchungen in den Betrieben durchzuführen.

Zur Teilzeitbeschäftigung vertrat die Arbeitsgruppe die Auffassung, daß dieser ganze Problemkreis nicht nur unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftspolitischen, sondern auch der arbeitsmarktpolitischen Aspekte untersucht werden sollte, wobei Wert darauf gelegt wird, daß in die Diskussion einbezogen wird der ganze Bereich der Sozialversicherung, da es nicht nur eine Arbeitsmarktfrage, sondern auch eine Versicherungs- und Versorgungsfrage ist. Bei der Sozialversicherung sollten nicht die Arbeitsstunden zugelegt werden, sondern der erzielte Monatsverdienst.

### **Werbung**

Dieser Fragenkomplex wurde nur kurz angesprochen und der Antrag VIII/12 unterstützt, der den Einfluß der Werbesendungen und auch des Werbebeiprogramms anspricht und eine Gefährdung für Kinder und Heranwachsende herausstellt. Die Arbeitsgruppe unterstützt das Verlangen, daß hier eine öffentliche Kontrolle eingeführt werden soll.

Aus Zeitgründen konnte der ganze Bereich der Wirtschafts- und Pressepolitik und damit natürlich auch der Agrarbereich nicht mehr diskutiert werden. Es wäre an sich notwendig gewesen, hierfür eine besondere Arbeitsgruppe zu bilden. Wir unterstützen das, was Willy Brandt in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck brachte, daß nämlich die Wiedergewinnung der Preisstabilität eine der drängendsten Fragen ist, die mit den europäischen Partnerstaaten gemeistert werden muß. Wir konnten dies nur voll unterstützen, legen aber Wert darauf, ergänzend zu sagen, daß es notwendig ist, auch einmal den Agrarbereich darauf zu untersuchen, inwieweit hier Bestimmungen enthalten sind, die eine wesentliche Auswirkung auf das Preisniveau beinhalten. Diese Empfehlung richtet sich sowohl an die Partei als auch an die Fraktion und die Bundesregierung.



## Bericht der Arbeitsgruppe C: Steuerpolitik

**Dr. Ruth-Ingrid Kirchner**

Bezirk Westl. Westfalen

Steuerpolitik ist für die meisten Bürger eine Geheimpolitik. Eine feine und praktische Sache für die Politiker – niemand klopft ihnen auf die Finger und sieht ihnen in die gezinkten Karten.

Dabei entscheidet sich in der Steuerpolitik, welche Reformen des SPD-Programms machbar sind.

Spiegelbild dieser Situation ist – daß von 147 Delegierten und Gästen nur 18 am Arbeitskreis Steuerpolitik teilnehmen.

Von 200 Anträgen befassen sich 6 mit diesem Sektor.

Hemmungen der Laien sind im Grunde genommen unbegründet. Der Laie versteht die Steuergesetzgebung nur deshalb nicht, weil das System so ungerecht, unübersichtlich und sozialstaatswidrig ist.

Das Langzeitprogramm der SPD und die Entwürfe zur Steuerreform stehen in keinem Zusammenhang. Im Gegenteil – das Reformprogramm hängt in der Luft, wenn es nicht durch eine grundlegende Steuerreform ermöglicht werden kann. Wenn die augenblicklichen Vorstellungen der SPD zur Steuerreform sich durchsetzen, kann man nur die Unternehmen aufordern, SPD zu wählen und ihr Wohlergehen ist gesichert. Arbeitnehmer- und frauenfreundlich ist dieses Programm jedenfalls nicht.

Als ungerecht stellte sich in der kurzen Zeit, die der Arbeitsgruppe zur Verfügung stand, heraus:

### **1. Arbeitnehmerfreibetrag**

Er beträgt im Jahr DM 240,- Steuerfreibetrag. Demnächst darf man die Jahressteuer um DM 96,- kürzen.



Frankreich hat statt DM 240,- DM 6000,- .

DM 96,- im Jahr eine umwerfende Verbesserung! Keinem Selbständigen wird es schwerfallen, den doppelten Betrag bei einem Abendessen als Spesen abzusetzen.

## 2. Verbrauchersteuer

In keinem Land der Welt – außer der BRD – wird das Bier des kleinen Mannes verbrauchsbesteuert – die Brillanten der MillionärsGattin aber nicht.

## 3. Der Steuergrundfreibetrag,

der das Existenzminimum decken soll, beträgt in der BRD zur Zeit DM 1680,- . Er soll demnächst auf DM 2040,- erhöht werden. Im Jahr wohlweislich!

Damit decke man das Existenzminimum. Die Menschenwürde wird dadurch nicht verletzt?

Der Auslandsdurchschnitt liegt bei DM 3000,- bis DM 4000,- in Frankreich bei DM 6000,- und wird jährlich der Teuerung angepaßt. Bei uns ist er seit 1956 unverändert.

Bei diesen Zahlen hat man den Eindruck, daß die BRD sozialstaatliches Schlußlicht der Industrienationen ist.

## 4. Splitting

Splitting ist ein Steuerverfahren, an dem besonders deutlich wird, wie spießig, unemanzipatorisch und unsozial das geltende Steuersystem ist.

Einkommen addiert = Steuer  $\times$  2

Beispiel:

Ein Ehepaar verdient DM 12 000,-

Einsparung = 0

Ein Ehepaar verdient DM 120 000,-

Einsparung jetzt DM 12 000,-

nach SPD-Vorschlag zukünftig DM 5000,-

eine Subventionierung der MillionärsGattin.

Ein Ehepaar mit Nur-Hausfrau – Einkommen DM 50 000,-

Steuerersparnis DM 4000,-

Beide arbeiten – jeder verdient DM 25 000,-

Steuerersparnis = 0

In unserem augenblicklichen Einkommensteuersystem gilt der Satz, daß Mörder verfolgt werden, wenn sie den Antrag stellen.

Durch unser Steuersystem werden der Arbeiter und Frauen besonders benachteiligt. Erwerbstätige Frauen besonders dann, wenn sie Kinder haben. Auf dieses Problem gehen die vorliegenden Anträge deutlich ein.

Ein Zusammenleben ohne Ehering können sich nur Privilegierte leisten – der Arbeiter ist schon steuerlich gezwungen zu heiraten.

Wenn der Mann auf der Straße wüßte, wie ungerecht er besteuert würde, hätte es schon längst eine Revolution gegeben.

Dieses Bewußsein gilt es an der Basis der Partei zu verbreitern.

„Es wäre staatswissenschaftlich und allgemeinpolitisch ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, man könne auf die Dauer Steuerpolitik erfolgreich ohne Rücksicht auf die herrschende Auffassung darüber betreiben, was die Masse der Bevölkerung als gerecht ansieht“. (Neumark).



## Bericht der Arbeitsgruppe D: Bauen, Wohnen und Umwelt

Eva Meinerts

### I. Wohnbedarf — Wohnbedürfnisse

Die Bestimmung des Wohnbedarfs und der Wohnbedürfnisse soll nicht länger Sache der Bauherren, ihrer Architekten und der Verwaltung bleiben, sondern muß Sache der Bewohner und der Politiker werden. Diese Bedürfnisse beziehen sich nicht allein auf den Bedarf an Wohnfläche, sondern auch auf gesellschafts-politisch notwendige Gemeinschaftseinrichtungen.

Das Ministerium für Raumordnung, Städtebau und Bauwesen soll eine *wissenschaftliche Analyse* über gegenwärtige und zukunftsorientierte Wohnbedürfnisse erstellen lassen und daraus gesetzliche Konsequenzen ziehen. Die Ergebnisse der Analyse sind der Öffentlichkeit vorzulegen.

Der Gesetzgeber muß die Kommunen beauftragen, *Planungsbeiräte* zu bilden, in denen alle Interessenrichtungen vertreten sind, insbesondere die Frauen, Arbeitnehmer und alte und behinderte Bürger, aber auch planende Architekten, Bauträger, Vertreter der Kommune, Soziologen, Psychologen, Ärzte und Pädagogen. Beratungsergebnisse und Forderungen müssen Grundlage für die anschließende Planung, Finanzierung und Realisierung der jeweiligen Bau- und Wohnprojekte werden.

### II. Neue Wohnformen

Die bestehende Wohnungsideologie verhindert jede Kommunikation. Die Wohnungen müssen „offener“ werden. In experimentellen Wohnlagen sollen notwendige und freiwillig zu nutzende Gemeinschaftszonen entstehen.

Der Individualbereich einer Wohnung muß variabel im Grundriß sein.



Der Gemeinschaftsbereich muß umfassen:

1. Serviceleistungen u. a. für Haushaltsführung und Kinderbetreuung.
2. Gemeinschaftsräume für Freizeit und Kommunikation gemeinsam für Kinder und Erwachsene.
3. Gemeinschaftseinrichtungen im Freien, wie Sport und Spielanlagen für alle Altersgruppen.

Die Ausgestaltung der Gemeinschaftseinrichtungen soll von den Bewohnern selbst vorgenommen werden. Sozialarbeiter und Freizeitfachleute sollen bei der Benutzung mitwirken.

Solche Experimente müssen anders und stärker als bisher vom Bund finanziell gefördert und sollen nicht nur in Großstädten realisiert werden.

### **III. Öffentlich geförderter Wohnungsbau**

Die Richtlinien für den öffentlich geförderten Wohnungsbau müssen derartig verändert werden, daß

1. die Mieten einen erträglichen Mietsatz nicht übersteigen, weil die Zinssätze für die Darlehen an die öffentlichen Wohnbauträger durch Subventionen niedrig gehalten werden;
2. die Einkommensgrenzen für die Belegung erhöht werden;
3. für bestimmte sozial benachteiligte Gruppen die Einkommensgrenze aufgehoben wird (für Kinderreiche und Behinderte und Alte).

Es muß ein zusätzliches Gesetz entstehen, das die Mieter der öffentlich geförderten Wohnungen, die die Einkommensgrenze überschritten haben, entsprechend dem Einkommen zu einer Ausgleichsabgabe heranzieht. Dieses Geld muß dem öffentlich geförderten Wohnungsbau zufließen.

### **IV. Stadtsanierung — Denkmalschutz**

Wir fordern:

- a) Ein Denkmalschutzgesetz auf Bundesebene.
- b) Die Novellierung des Städtebauförderungsgesetzes und des Bundesbaugesetzes unter folgenden Gesichtspunkten:
  1. Neben die Flächensanierung muß auch die Förderung der Objektsanierung treten.
  2. Verbesserter Schutz für die Bewohner der Sanierungsgebiete vor sozial nicht tragbarer „Umsetzung“.

3. Erhöhung der Zuschüsse bei Modernisierung von Altbauten unter Erhaltung der städtebaulichen Substanz im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus.
4. In Bebauungsplänen für Stadtkerne und Sanierungsgebiete sind grundsätzlich ausreichende Flächen für die infrastrukturellen Einrichtungen z. B. Kinderspielflächen) bereitzustellen.
5. Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Ballungsgebieten.

#### V. Bodenrecht

Die Bodenrechtsnovelle ist so zu gestalten daß den Gemeinden durch die Festsetzung der Nutzung einzelner Grundstücke und ganzer Stadtbereiche ermöglicht wird, eigenverantwortlich dem ökonomischen Druck des Grundstückmarktes entgegenzuwirken. Bei der Festsetzung von Nutzungen sollten neben parlamentarischen Gremien alle Bürger ein gesetzlich verankertes Recht der Mitbestimmung erhalten.

#### VI. Umweltschutz

Die Landschaft ist als Teil der Umwelt eine Lebensgrundlage der Gesellschaft. Die Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten wird die Landschaft zusätzlich belasten:

Für Wohnungsbau, Industrie, Verkehr etc. entsteht ein jährlicher Flächenbedarf von 30 000 bis 40 000 ha.

Der Ausstoß an Abfallprodukten wie Müll, Abgasen und Abwässern steigt zunächst weiter an.

Andererseits wächst der Bedarf an freien Räumen für die Erholung der Bevölkerung.

Es ist im Rahmen der Umweltpolitik daher dringend erforderlich, die Entwicklung der Landschaft zu ordnen, vorzuplanen, und das Instrument einer aktiven Landschaftspolitik zu vergrößern.

1. *Durch Landschaftsplanung* als Teil der Raumordnung und Landesplanung ist das Gleichgewicht zwischen Mensch und Umwelt zu wahren, wie es die Ökologie fordert. Dabei müssen Fachleute herangezogen werden. Der Zersiedelung der Landschaft ist durch konsequente Verdichtung beim Wohnungsbau entgegenzuwirken, wobei humanes Wohnen gewährleistet sein muß. Auch der Straßen- und Autobahnbau muß auf die Belange des Landschaftsschutzes Rücksicht nehmen.
2. Die *Landwirtschaftspolitik* muß ihre Ziele völlig verändern. Statt einer Subventionierung mit dem Ziel der Vergrößerung der Produktion muß

die Landschaftspflege Ziel der Subventionierung werden. Die einzelnen Länder sollen Landschaftspflegegesetze erlassen.

3. Auch die *Wasserwirtschaft* muß ihre Ziele verändern. Statt einer Begradigung von Flüssen und Bächen, die das biologische Leben der Gewässer zerstört, muß daß natürliche Wassernetz schonend verbessert werden. Für die Begradigung von Wasserläufen dürfen keine öffentlichen Gelder mehr aufgewandt werden. Die Einleitung von Abwässern in Boden und Gewässer ist schärfer zu überwachen.
4. Maßnahmen zur Sicherung von *Erholungsmöglichkeiten*:  
Bauverbot für Uferzonen, freier Zugang zu Uferzonen, Freilegen von bebauten Ufern, wenn nötig durch Enteignung. Konsequente Planung von Erholungszonen, die das wilde Wuchern in die landwirtschaftlich genutzte Fläche verhindert. Verbot von Motorbooten auf allen Seen. Freigabe der Wälder für alle Bürger.
5. Im Sinne der Sozialverpflichtung des Eigentums an Grund und Boden darf das Nutzungsrecht an natürlichen Hilfsquellen und Bodenschätzen nicht mehr gegen die Interessen der Allgemeinheit ausgeübt werden.



## **Bericht der Arbeitsgruppe E: „Schulische und berufliche Bildung“**

**Erika Heß**

Landesverband Berlin

Die Arbeitsgruppe „Schulische und berufliche Bildung“ hat unter dem Generalthema „Benachteiligungen überwinden“ die *berufliche Bildung* als Schwerpunkt ihrer Diskussion gewählt, weil in diesem Bereich die Diskriminierung der Frauen am stärksten hervortritt. Das bedeutet keine Abwertung der Wichtigkeit der schulischen Themen; der Arbeitskreis war aber der Auffassung, daß zum Thema berufliche Bildung auch in der SPD noch kontrovers diskutiert wird und Aussagen getroffen werden müssen.

### **1. Analyse**

Mehr als die Hälfte aller Frauen in der Bundesrepublik verfügt über keinerlei Berufsausbildung. Von den Jugendlichen, die nach der Schule keine Berufsausbildung beginnen, sind 90 % Mädchen. Dabei verteilen sich die weiblichen Lehrlinge auf nur 23 Lehrberufe, während es bei den Männern 65 Lehrberufe gibt. Vorwiegend wählen Mädchen traditionelle Frauenberufe (Verkäuferin, Friseurin, Bürogehilfin, erzieherische und sozialpflegerische Berufe). Dementsprechend gering ist der Anteil der weiblichen Auszubildenden an den technischen Berufen. Auch an Berufsqualifizierenden Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen nehmen Frauen, oft bedingt durch familiäre Zwänge nur in sehr geringem Umfang teil. Die Möglichkeiten zur Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungsgesetz werden z. B. überwiegend von Männern genutzt.

Daraus folgt:

- Frauen befinden sich überwiegend in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen (Problem der Leichtlohngruppen!)
- sie haben kaum berufliche Aufstiegschancen und sind in höheren Leistungsgruppen stark unterrepräsentiert

- sie sind die industrielle Reservearmee in unserer Wirtschaft und ihre Arbeitsplätze sind in Zeiten der Rezession am meisten bedroht.

## **2. Langfristige Zielvorstellungen**

- a) Überwindung der Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung.
- b) Ziel der Aufhebung des bisherigen dualen Bildungssystems. Überführung der Berufsausbildung in ein noch zu schaffendes öffentliches Gesamtbildungssystem.

## **3. Kurzfristige Maßnahmen**

- a) Erweiterung des Anteils der schulischen Bildung durch Ausbau des Berufsprüfungsjahres im Anschluß an das 10. Schuljahr. Verstärkung des Anteils des allgemeinbildenden Unterrichts und entsprechende Änderung der Lehrpläne. Jungarbeiter(innen) müssen die Möglichkeit zum nachgeholtten Hauptschulabschluß haben. Ziel muß sein, daß die Auszubildenden ihren Standpunkt in unserer Gesellschaft und ihre Interessen erkennen können und danach zu handeln wissen.
- b) Verzahnung von betrieblicher und schulischer Ausbildung und kurzfristige Einführung von Blockunterricht in den Berufsschulen.
- c) Berufswahl darf sich nicht länger orientieren an traditionellen Leitbildern in Familie und Schule und an der Arbeitmarktsituation, die in der Praxis der jetzigen Berufsberatung zum Maßstab vieler Beratungen gemacht wird. Entscheidend müssen Interessen und Neigungen der Auszubildenden sein.
- d) Aufhebung der geschlechtsspezifischen Aufteilung der Beratungsstellen in den Berufsberatungen.
- e) Ausbau der Berufsbildungsforschung.
- f) Konzentration der Ausbildungsordnungen durch
  - inhaltliche Zusammenfassung
  - zahlenmäßige Reduzierung der Ausbildungsberufe in Berufsfelder
  - Überprüfung der Ausbildungsdauer.
- g) Novellierung des Berufsbildungsgesetzes: die Zuständigkeit der Industrie- und Handelskammer für die berufliche Bildung muß aufgehoben werden. Der Staat muß analog zu seiner Verantwortung für das Schulwesen auch die Verantwortung für die berufliche Bildung übernehmen. Das Gesetz muß auch für den Bereich des Handwerks Gültigkeit haben.

h) Novellierung des Ausbildungsförderungsgesetzes, vorrangig in folgenden Punkten

- Ausdehnung der Förderung auf das 10. Schuljahr
- Anhebung der Freibeträge der Elternteile
- Anhebung des Gesamtförderungssatzes
- Einbeziehung des Berufsbildungsjahres und der Fachschulen in die Förderungsmaßnahmen
- Aufhebung der Altersbegrenzung für Förderungsmaßnahmen.

Der Kampf der Frauen gegen die Unterprivilegierung muß auf mehreren Ebenen gleichzeitig von den Frauen aufgenommen werden. Die ASF muß auf allen Ebenen durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit sicherstellen, daß Frauen die ihnen vom Staat angebotenen Hilfen kennenlernen und nach Möglichkeit ausnutzen.

# EntschlieÙungen

## EntschlieÙung zum Ehe- und Familienrecht

Die Delegierten der Bundesfrauenkonferenz der SPD fordern die Bundesregierung auf, die Gesetzentwürfe zur Reform des Ehe- und Familienrechts unverzüglich im Bundestag einzubringen. Die sozialdemokratischen Frauen sind tief darüber beunruhigt, daß wegen anscheinend mehr formaler Bedenken des Kabinetts die anstehende parlamentarische Behandlung dieses umfassenden Reformwerks verzögert werden könnte. Sie halten die im Gesetzentwurf vorgesehene Einrichtung des Familienrichters für einen unverzichtbaren Bestandteil der Reform. Vor allem aber drängen die sozialdemokratischen Frauen auf zügige parlamentarische Behandlung der Gesetzentwürfe, damit endlich in dem Bereich des Familien- und Eherechts die wichtigsten gesellschaftlichen Veränderungen verwirklicht werden, wie es unsere Wähler und insbesondere die Frauen von uns erwarten.

## EntschlieÙung zu § 218 StGB

Die Delegierten der Bundesfrauenkonferenz der SPD begrüßen mit Genugtuung den Beschluß der SPD-Fraktion, im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Reform des § 218 StGB im Sinne der Fristenregelung einzubringen.

Die Frauen in der SPD haben mit großem Engagement für dieses Reformmodell gekämpft, damit endlich jene unmenschlichen Strafrechtsvorschriften fallen, die Frauen in Notsituationen, Kriminalität, Verzweiflung und Gesundheitsgefährdung getrieben haben.

Wir Frauen wissen, daß Schwangerschaftsabbruch nur ein letzter Ausweg aus einer Notlage ist. Jede Frau weiß, welche schwere Verantwortung sie damit übernimmt.

Gerade deshalb begrüßen die sozialdemokratischen Frauen die gleichzeitig eingebrachten Gesetzentwürfe der SPD-Fraktion, die der Verhütung ungewollter Schwangerschaften dienen sollen. Die Frauen der SPD setzen sich mit aller Kraft dafür ein, daß gesellschaftspolitische Maßnahmen zur Hilfe für Frauen und Kinder vor, während und nach der Schwangerschaft zügig ausgebaut werden.

Die Delegierten der Bundesfrauenkonferenz der SPD weisen mit allen Nachdruck die bössartigen Unterstellungen von Reformgegnern zurück, die

gerade Sozialdemokraten mangelnde Achtung vor dem menschlichen Leben und vor der verantwortlichen Entscheidungsfreiheit jedes einzelnen Bürgers diffamierend anhängen wollen.

Wir erwarten von allen an der öffentlichen Auseinandersetzung Beteiligten die Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit, die das Reformwerk verlangt. Wir fordern, daß bei dieser Reform des § 218 der unüberhörbar bekundete Wille der betroffenen Frauen endlich in seiner ganzen Bedeutung anerkannt wird.

## **Entschließung zur Verbraucherpolitik**

Das Godesberger Programm stellt zu Recht fest:

„Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher“. Da es Aufgabe sozialdemokratischer Politik sein muß, diese Schwäche zu überwinden, fordert die Bundesfrauenkonferenz, die Verbraucherpolitik als besonderen Abschnitt in den Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens (Langzeitprogramm) aufzunehmen.

Eine dafür zu entwickelnde verbraucherpolitische Konzeption, die auf die Schaffung eines kritischen Verbrauchers und einer verbraucherfreundlichen Umwelt abzielt, sollte vor allem folgende Maßnahmen umfassen:

- Intensivierung der Verbrauchernerziehung, -aufklärung und -information an Schulen und Hochschulen sowie in der Erwachsenenbildung, durch Informationsmaterial und Aufklärungsaktionen unter Beteiligung der Massenmedien; Förderung und Durchführung vergleichender Waren-tests und informativer Warenkennzeichnung; Preisbeobachtung und Preisvergleiche.
- Verbesserung des Verbraucherschutzes in allen Gesetzen und Verordnungen, die für den Verbraucher von Bedeutung sind, insbesondere zur Förderung des Wettbewerbs, Ausbau des Gesundheitsschutzes, des Schutzes vor Täuschung, vor unlauterem Wettbewerb, irreführender Werbung und unlauteren Geschäftsmethoden.
- Förderung der Verbraucherorganisationen durch ideelle und finanzielle Unterstützung; Einrichtung und Ausbau von Beratungsstellen, Entwicklung einer umfassenden Verbraucherschutzforschung.
- Institutionelle Verankerung des Mitspracherechts der Verbraucher bei Gesetzen und Verordnungen; geeignete organisatorische Maßnahmen innerhalb der Regierung zur wirkungsvollen Berücksichtigung der Verbraucherinteressen bei politischen Entscheidungen.

Eine der Bedeutung der Aufgaben entsprechende Steigerung der staatlichen Aufwendungen für die Verbraucherbildung und -information, Verbraucherberatung und -politik ist anzustreben.





Sekretariat

**Frauenreferat des  
Partei Vorstandes der SPD**

Telefon

**Anni Jansen**

53 Bonn

Erich-Ollenhauer-Straße 1

d 0 22 21/50 22 06

d 0 22 21/50 23 31

p 02 41/1 20 35

Bibliothek der FES



1227387

